

HGB-Jahresabschluss 2015

Inhalt

Organe der Gesellschaft 4
Bericht des Aufsichtsrats 8

Lagebericht der Deutschen Kreditbank AG 10

Grundlagen 12
Wirtschaftsbericht 15
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren 31
Chancen- und Risikobericht 36
Prognosebericht 64

Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG 69

Bilanz 70
Gewinn- und Verlustrechnung 72
Anhang 73

Versicherung der gesetzlichen Vertreter 103
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers 104

Kontakt und Impressum 105

Organe der Gesellschaft

Vorstand



Stefan Unterlandstätner
Vorsitzender des Vorstands

Strategie & Beteiligungen
Geschäft mit Sparkassen
Personal und Recht
Nachhaltigkeit
Treasury
Unternehmenskommunikation und
Marketing



Rolf Mähliß
Mitglied des Vorstands

Finanzen
Compliance
Prozesse
Mid Office



Dr. Patrick Wilden
Mitglied des Vorstands

Risikocontrolling
Marktfolge
Workout



Tilo Hacke

Mitglied des Vorstands

Privatkunden

Geschäftskunden

- Landwirtschaft und Ernährung
- Erneuerbare Energien
- Tourismus
- Freie Berufe

Niederlassungen in
Sachsen und Thüringen



Thomas Jebesen

Mitglied des Vorstands

Geschäftskunden

- Wohnungswirtschaft
- Gesundheitswirtschaft
- Energie und Versorgung
- Kommunen, Bildung, Forschung

Niederlassungen in Mecklenburg-
Vorpommern, Brandenburg,
Sachsen-Anhalt, Berlin und Nieder-
lassungen für die alten Bundesländer

Aufsichtsrat

Anteilseignervertreter:

Dr. Johannes-Jörg Riegler

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Michael Huber

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen

Bernd Fröhlich

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Mainfranken Würzburg

Michael Schneider

Vorsitzender des Vorstands
der LfA Förderbank Bayern a. D.

Marcus Kramer

Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Walter Pache

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Günzburg-Krumbach
Unabhängiger Finanzexperte

Dr. Markus Wiegelmann

Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank
Unabhängiger Finanzexperte

Dr. Edgar Zoller

Stellv. Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Günther Troppmann

Ehrenmitglied

Arbeitnehmervertreter:

Bianca Häsen

Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats
Angestellte
Deutsche Kreditbank AG

Michaela Bergholz

Vertreterin DBV
(Deutscher Bankangestellten-
Verband)

Christine Enz

Vertreterin DBV
(Deutscher Bankangestellten-
Verband)

Jörg Feyerabend

Angestellter
DKB Service GmbH

Jens Hübler

Leitender Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Wolfhard Möller

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Radtke

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Gunter Wolf

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Generalbevollmächtigte

Bettina Stark
Jan Walther

Direktoren

Thomas Abrokat
Christof Becker
Harald Bergmann
Christian Breitbach
Sabine Breitschwerdt
Mark Buhl
Matthias Burger
Dominik Butz
Gerhard Falkenstein
Karl Peter Forch
Mark Huel
Steffen Haumann
Frank Heß
Martin Honerla
Jens Hübler
Axel Kasterich
Andreas Kaunath
Christoph Klein

Herbert Klein
Jana Kröselberg
Carsten Kümmerlin
Lars Lindemann
Wolfgang Lohfink
Jörg Naumann
Frauke Plaß
Thomas Pönisch
Dr. Stefan Popp
Roland Pozniak
Wolfgang Reinert
Johann Scheiblhuber
Otto Schwendner
Dr. Jens Schwope
Burkhard Stibbe
Dr. Wulf-Dietmar Storm
Ralf Stracke
Thomas Teuber
Holm Vorpapel
Friedrich Wehrmann
Ekkehard Weiß
Jürgen Wenzler
Andreas Wilmbusse
Dr. Thomas Wolff

Treuhänder

Dr. Bernhard Krewerth
Ehemaliges Vorstandsmitglied

Josef Baiz
Ehemaliges Vorstandsmitglied

Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

stellvertretend für den Aufsichtsrat berichte ich Ihnen im Folgenden von den Überwachungs- und Beratungsschwerpunkten unseres Gremiums im vergangenen Geschäftsjahr. Im 25. Jahr des Unternehmensbestehens konnte der Aufsichtsrat den Vorstand der DKB AG abermals durch ein erfolgreiches Geschäftsjahr begleiten.

Der Vorstand hatte sich für die Weiterentwicklung des operativen Geschäfts erneut anspruchsvolle Ziele gesetzt. Diese konnte das Unternehmen weitgehend erreichen, in Teilen sogar übertreffen. Dabei bewegte sich die DKB AG nach wie vor in einem herausfordernden Umfeld: Das Zinsniveau verharrte auf dem historischen Tiefstand und das Wettbewerbsumfeld verschärfte sich nochmals. Hinzu kommt, dass die stetig umzusetzenden sowie neu zu berücksichtigenden regulatorischen Anforderungen den Verwaltungs- und Finanzaufwand der Bank erhöhten. Trotzdem konnte die DKB AG für das Geschäftsjahr 2015 ein sehr gutes Ergebnis erzielen und die Positionierung im Markt festigen.

Gemäß den ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben hat der Aufsichtsrat die Geschäftsführung des Vorstands im Geschäftsjahr 2015 kontinuierlich überwacht und diesen bei der Leitung des Unternehmens eng beraten. Die Mitglieder des Aufsichtsrats konnten sich dabei stets von der Recht-, Zweck- und Ordnungsmäßigkeit der Vorstandstätigkeit überzeugen. Der Vorstand kam seinen Informationspflichten jederzeit nach und hat den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend in schriftlicher und mündlicher Form über die für das Unternehmen relevanten Vorkommnisse und Maßnahmen unterrichtet.

Arbeitsschwerpunkte des Aufsichtsrats

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2015 trat der Aufsichtsrat zu 4 turnusmäßigen Sitzungen zusammen. Themen aller Sitzungen waren die Überprüfung der Geschäftsentwicklung, der wirtschaftlichen Lage sowie der Risikosituation. Darüber hinaus nahm der Aufsichtsrat regelmäßig die aktuellen Entwicklungen auf den Märkten in die Beratungen auf.

In der Sitzung am 12. März 2015 befasste sich der Aufsichtsrat im Besonderen mit dem Jahres- und Konzernabschluss 2014 der DKB, den das Gremium nach eingehender Prüfung und Beratung und unter Einbeziehung der Prüfungsberichte des Abschlussprüfers billigte. Weitere Sitzungsthemen waren die Bestellung des Abschlussprüfers sowie die Erörterung weiterer Berichte. Dazu zählten die Jahresberichte zur Prävention der Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und Wirtschaftskriminalität, zur Wertpapier-Compliance, MaRisk-Compliance und zum Sachstand Abbau des Nicht-Kerngeschäfts.

Am 10. Juni 2015 befasste sich der Aufsichtsrat vertiefend mit dem Bericht zum Sachstand des aktuell gültigen Unternehmenskonzepts, beriet zum Thema Interchange-Regulierung und nahm die Berichte zu Beteiligungen, Personal sowie Group Principles & Guidelines zur Kenntnis.

In der Sitzung am 16. September 2015 führte der Aufsichtsrat seine Beratungen zur Interchange-Regulierung fort. Weitere Tagesordnungspunkte betrafen die IT-Strategie und die Frauenquote.

Am 9. Dezember 2015 setzte sich der Aufsichtsrat eingehend mit den Themen Risikostrategie, Mehrjahresplanung und Kapitalplanung auseinander und beriet über das Konzernprojekt BCBS 239 sowie das Privatkundengeschäft.

Ausschussarbeit

Zur effektiven Wahrnehmung seiner Aufgaben bildete der Aufsichtsrat weiterhin 5 Ausschüsse: einen Risikoausschuss, einen Prüfungsausschuss, einen Nominierungsausschuss, einen Vergütungskontrollausschuss sowie einen Vermittlungsausschuss. Abgesehen vom Vermittlungsausschuss, der im vergangenen Jahr nicht zusammenkam, traten 2015 alle Ausschüsse viermal zusammen.

Der aus 5 Mitgliedern bestehende Risikoausschuss kam 2015 zu 4 Sitzungen zusammen. Er befasste sich u. a. mit der aktuellen und zukünftigen Gesamtrisikostategie des Konzerns sowie mit den nach Gesetz oder Satzung vorlagepflichtigen Krediten, Finanzierungen und Geschäftsvorgängen der DKB. Ein weiteres Thema war die Sicherstellung des Einklangs der Konditionen im Kundengeschäft mit dem Geschäftsmodell und der Risikostruktur der DKB.

Der Prüfungsausschuss setzt sich aus 5 Mitgliedern zusammen und trat zu 4 Sitzungen zusammen. Er unterstützte die Aufsichtsratsarbeit u. a. mit der Überwachung des Rechnungslegungsprozesses, der Abschlussprüfung sowie der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems. Darüber hinaus befasste er sich mit der Internen Revision sowie Compliance.

Der Nominierungsausschuss, er besteht aus 4 Mitgliedern, kam zu 4 Sitzungen zusammen. Zu den Sitzungsthemen zählten die Effizienzprüfung der Geschäftsleitungs- und Aufsichtsratsstätigkeit gem. § 25d Abs. 11 Nr. 3 und 4 KWG sowie die Besetzung von Führungspositionen in der DKB.

Der Vergütungskontrollausschuss überwachte mit 4 Mitgliedern in 4 Sitzungen die Angemessenheit der Vergütungssysteme und begleitete die Erstellung entsprechender Dokumentationen.

Im Berichtszeitraum gab es in Vorstand und Aufsichtsrat keine personellen Veränderungen.

Abschlussprüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sowie die diesen Dokumenten zugrunde liegende Buchführung für das Jahr 2015 sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlussprüfer bestellten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden.

Nach eingehender Erörterung und Prüfung des Jahresabschlusses stimmt der Aufsichtsrat dem Ergebnis der Abschlussprüfung zu. Es werden keine Einwendungen gegen das Prüfungsergebnis des Jahresabschlusses und des Lageberichts zum 31. Dezember 2015 erhoben. In seiner heutigen Sitzung billigte der Aufsichtsrat den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss der DKB AG. Er ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der DKB AG für ihren hohen Einsatz und die im Geschäftsjahr erbrachten Leistungen.

Berlin, 10. März 2016
Für den Aufsichtsrat



Dr. Johannes-Jörg Riegler
Vorsitzender

Lagebericht der Deutschen Kreditbank AG

Grundlagen	12
Wirtschaftsbericht	15
Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren	31
Chancen- und Risikobericht	36
Prognosebericht	64

Grundlagen

Struktur und Geschäftsmodell

Eines der großen Kreditinstitute Deutschlands

Die Deutsche Kreditbank AG (DKB) hat ihren Sitz in Berlin, ist eine 100%ige Tochter der BayernLB und verfügt über 18 Niederlassungen. Die Geschäftstätigkeit konzentriert sich geografisch auf den Raum der Bundesrepublik Deutschland.

Die DKB gehört zu den großen Kreditinstituten Deutschlands. Als solches geben wir mehr als 80% unserer Bilanzsumme über Kredite an mittelständische Unternehmen, Kommunen und Privatkunden in Deutschland weiter. Wir betreiben kein Investment-Banking und kein Asset-Management.

Das Geschäft der DKB beruht auf 2 Säulen: Als Direktbank begleiten wir über das Internet deutschlandweit 3,2 Millionen Privatkunden und bieten ihnen einfache und selbst-erklärende Produkte zu wettbewerbsfähigen Konditionen. Als Bank für Geschäfts- und Firmenkunden richten wir uns über unser Niederlassungsnetzwerk mit maßgeschneiderten Finanzierungs- und Anlagelösungen an Unternehmen und Kommunen. Dabei fokussieren wir uns auf ausgewählte Branchen in Deutschland: Wir finanzieren unter anderem den Bau und Betrieb von Wind-, Bioenergie- und Photovoltaikanlagen, die Sanierung und den Bau von Wohngebäuden, Schulen, Kindergärten und Gesundheitszentren oder Projekte in der deutschen Landwirtschaft. Unser Branchen-Know-how stellen wir im BayernLB-Konzern sowie Sparkassenverbund zur Verfügung. Die Bank leistet über diese Geschäftstätigkeit einen Beitrag zur regionalen Wirtschafts- und Versorgungsstabilität.

Nachhaltigkeit hat hohen Stellenwert

Wir streben werthaltige und langfristige Geschäftsbeziehungen an. Dabei hat nachhaltiges Handeln für uns einen hohen Stellenwert. Bei der Kreditvergabe achten wir auf die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards. Zudem zielen wir auf einen sparsamen Umgang mit Ressourcen

und nehmen unsere Verantwortung als Arbeitgeber wahr. Auch unserer Verpflichtung gegenüber der Gesellschaft kommen wir über die eigenständige DKB Stiftung für gesellschaftliches Engagement nach.

Als leistungsstarke und effizienzorientierte Retail- und Geschäftsbank setzen wir auf die technischen Möglichkeiten moderner Bankingprozesse, auf Innovation sowie gezielt auf Partnerschaften und Kooperationen, die unseren Kunden zusätzliche Mehrwerte bieten. Bei der Betreuung unserer Firmen- und Geschäftskunden greifen wir auf langjähriges Regional- und Branchenwissen zurück und nutzen ein spezialisiertes Netzwerk.

Marktbearbeitung über 3 Bereiche

Die DKB nimmt die Marktbearbeitung über ihre 3 Markt-bereiche Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden vor:

Im **Bereich Privatkunden** wenden wir uns mit den Finanzdienstleistungen einer modernen Direktbank an internetaffine und kreditkartenfähige Privatkunden. Dabei setzen wir auf verständliche Leistungen zu wettbewerbsfähigen Konditionen. Hauptprodukte sind das Kontopakete DKB-Cash, Baufinanzierungen und Privatarlehen, Anlageprodukte und das Partner-(Co-Branding-)Kreditkartengeschäft.

Im **Bereich Infrastruktur** wenden wir uns mit individuellen Finanzierungs- und Anlageprodukten an Kunden aus den Bereichen Wohnen, Energie und Versorgung, Gesundheit und Pflege sowie Kommunen, Bildung, Forschung. Wesentliche Produkte sind Darlehen, Durchleitdarlehen, Termin- und Kontokorrentkredite, Avale, das Einlagengeschäft sowie das Führen von Geschäftskonten einschließlich der Dienstleistungen im Zahlungsverkehr. Wir bringen bei der Erarbeitung passender Kundenlösungen eine hohe Kompetenz in der Integration von Fördermitteln und Bürgerbeteiligungen ein.

Im **Bereich Firmenkunden** wenden wir uns an Kunden aus den Bereichen Umwelttechnik, Landwirtschaft und Ernährung, Tourismus und Freie Berufe. Die angebotenen Produkte und Leistungen entsprechen im Wesentlichen denen des Bereichs Infrastruktur.

Führung und Kontrolle

Unternehmensführung mit klassischer Aufgabenverteilung

Dem Vorstand der DKB gehörten im Geschäftsjahr 2015 weiterhin 5 Mitglieder an: der Vorsitzende Stefan Unterlandstätter und die weiteren Mitglieder Rolf Mähliß, Dr. Patrick Wilden, Tilo Hacke und Thomas Jeben. Der Vorstand leitet das Unternehmen und führt dessen Geschäfte. Er entwickelt die strategische Ausrichtung, stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab und sorgt für ihre Umsetzung.

Zur wirksamen Wahrnehmung der dem Vorstand zugeordneten Aufgaben sind den Vorstandsmitgliedern Verantwortungsbereiche zugeordnet, die der jeweilige Vorstand operativ führt. Relevante strategische Entscheidungen trifft der Vorstand als Gesamtorgan.

Bestellt wird der Vorstand der DKB durch den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat berät den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens und überwacht dessen Geschäftsführung. Die Schwerpunkte der Aufsichtsratsarbeit im vergangenen Jahr werden im Bericht des Aufsichtsrats dargestellt. Der Aufsichtsrat bestand zum Jahresende 2015 aus 16 Personen und ist paritätisch mit Anteilseigner- und Arbeitnehmervertretern besetzt.

Vorstand und Aufsichtsrat arbeiten eng zusammen. Der Vorstand informiert den Aufsichtsrat regelmäßig, zeitnah und umfassend, insbesondere über sämtliche relevanten Fragen zur Unternehmensplanung, Strategieentwicklung, Ertrags- und Finanzlage sowie zur Risikolage des Unternehmens.

Interessenkonflikte in Verbindung mit der Wahrnehmung von Aufgaben oder Funktionen in anderen Unternehmen oder Organisationen traten im vergangenen Geschäftsjahr nicht auf – weder für Mitglieder des Vorstands noch für Mitglieder des Aufsichtsrats.

Ein klares Bekenntnis zu Governance-Standards

Vorstand und Aufsichtsrat der DKB bekennen sich zu einer verantwortlichen und auf langfristige Wertschöpfung ausgerichteten Unternehmensführung und -überwachung. Die Prinzipien der Corporate Governance bilden die Grundlage und Richtschnur für das Verhalten aller Führungskräfte im Unternehmen.

Vorstand und Aufsichtsrat identifizieren sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben mit den Corporate-Governance-Grundsätzen der DKB. Die Grundsätze basieren auf den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Sie werden regelmäßig auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben, der Weiterentwicklung nationaler und internationaler Standards, der Regelungen im Konzern der Gesellschafterin sowie neuer Erfahrungen überprüft und angepasst.

Eine gute Corporate Governance stärkt das Vertrauen der Kunden, Geschäftspartner, Investoren, Mitarbeiter und der Öffentlichkeit in unsere Bank. Sie erhöht die Unternehmenstransparenz und stützt die Glaubwürdigkeit unseres Unternehmens.

Zu einer guten Corporate Governance gehört für uns auch ein strenges Compliance-Verständnis. Für die DKB ist rechtmäßiges Handeln eine Grundvoraussetzung für dauerhafte und stabile Geschäftsbeziehungen sowie für eine langfristig erfolgreiche Unternehmensentwicklung. Der Vorstand versteht das Thema Compliance als wesentliche Leitungsaufgabe und bekennt sich ausdrücklich zu rechtmäßigem, sozialem und ethischem Handeln.

Das anspruchsvolle Führungs- und Verhaltensverständnis unserer Bank spiegelt sich auch in einer Reihe von Verhaltensmaßstäben bzw. -richtlinien wider. Dazu zählen die auf langfristigen Erfolg ausgerichteten Kriterien bei den unternehmensstrategischen Entscheidungen und der Verhaltenskodex, an dem sich alle Mitarbeiter der DKB orientieren.

Zur gelebten Corporate Governance gehört auch ein transparenter Umgang mit der Vergütung sowie der Vergütungspolitik unseres Unternehmens. Diesem Anspruch kommen wir über die jährliche Veröffentlichung eines Vergütungsberichts nach, der über die Unternehmenswebsite einsehbar ist.

Unternehmenssteuerung

Operative Steuerung leitet sich aus einer strategischen Planung ab

Grundlage für die operativen Steuerungs- und Kontrollprozesse der DKB bildet die strategische Planung. Diese erfolgt nach den für den DKB-Konzern maßgeblichen Vorschriften der IFRS. Mit der strategischen Planung verbinden sich ein Risikomanagement und eine Mehrjahresplanung, aus der wir unsere kurz- und mittelfristigen Ziele ableiten. Diese Zielvorstellungen fließen in die operativen Planungen der jeweiligen Organisationseinheiten ein und werden mit entsprechenden Maßnahmen auf der Arbeitsebene verknüpft.

Eine wichtige Rolle für die operative Planung sowie für die operativen Entscheidungen spielt das Risikomanagement. Alle operativ tätigen Einheiten sind in diesen Prozess eingebunden.

Laufende Prüfung der Rentabilitäts- und Wertentwicklung

Unsere wirtschaftliche Steuerung ist auf eine langfristig stabile und geordnete Vermögens- und Finanzlage sowie eine positive Ertragslage ausgerichtet. Dazu nutzen wir Finanzkennzahlen, die sowohl ertrags- bzw. rentabilitätsorientierte als auch wertorientierte Gesichtspunkte berücksichtigen. Die Steuerung anhand finanzieller Leistungsindikatoren erfolgt auf Konzernebene anhand der IFRS-Werte sowie im Rahmen der Steuerung der Segmente des Konzerns. Auf HGB-Basis ist insbesondere der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung als relevante finanzielle Kennzahl zu betrachten.

Erhebung nichtfinanzieller Leistungsindikatoren stützt langfristigen Erfolg

Neben den finanziellen Steuerungskennzahlen berücksichtigen wir regelmäßig eine Reihe von nichtfinanziellen Erfolgsfaktoren. Dabei handelt es sich um mitarbeiter- sowie kunden-, markt- und produktbezogene Informationen, die von uns in erster Linie als Indikatoren bzw. Hinweise zur weiteren Verbesserung unserer Leistungen genutzt werden.

Zur Umsetzung ergreifen wir eine Vielzahl von im Abschnitt Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren dargestellten Maßnahmen, die zur angestrebten Entwicklung der Mitarbeiterzusammensetzung, -zufriedenheit, -fortbildungsstand und -gesundheit sowie zur Stärkung der Kundenzufriedenheit und der Marktanteile, zur positiven Bewertung unserer Produkte und Leistungen durch externe Institutionen dienen.

Die Verfolgung der vorgenannten Ziele erfolgt stets unter Berücksichtigung einer nachhaltigen Unternehmensentwicklung.

Wirtschaftsbericht

Umfeldentwicklung

Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Umfelds

Konjunktur: positive Entwicklung auf niedrigem Niveau

Die weltwirtschaftliche Expansion schwächte sich im Jahresverlauf 2015 leicht ab und lag mit 3,1 % unter dem Niveau des Vorjahres (2014: 3,4 %). Die fortgeschrittenen Volkswirtschaften wuchsen insgesamt weiter moderat, wobei sich die Dynamik zwischen den Ländern und Regionen deutlich unterschied: Wie bereits im Vorjahr blieb das Wachstum in den USA stark. Auch in Großbritannien zeigte sich die Konjunktur trotz einer leicht verlangsamten Expansion weiterhin intakt. Im Euroraum entwickelte sich die Konjunktur ebenfalls positiv, allerdings mit geringer Dynamik. Zwar haben sich vereinzelte Rahmenbedingungen wie die Beschäftigungssituation leicht verbessert; für einen grundsätzlich positiven Aufwärtsimpuls reichte dies allerdings nicht aus.

Die Wirtschaft in den Schwellenländern expandierte weiter schwach, wobei sich zum Jahresende eine Stabilisierung erkennen ließ. In Russland und Brasilien verschärfte sich die Rezession. In China kam im Zuge drastischer Kursverluste an den Aktienmärkten Mitte des Jahres die Sorge auf, dass die Wirtschaft in einen krisenhaften Anpassungsprozess geraten könnte. Auch wenn sich dieses Szenario so nicht einstellte, zeigte das Wachstum in den Schwellenländern eine eher moderate Dynamik.

Deutsche Wirtschaft zieht 2015 leicht an

Die deutsche Wirtschaft befand sich 2015 in einem verhaltenen Aufschwung. Zwar verlor die Konjunktur im 3. Quartal zeitweilig an Schwung. Über das Jahr gesehen wuchs die Wirtschaft nach Daten des Statistischen Bundesamtes aber um 1,7 % (Vorjahr: 1,6 %). Gestützt wurde die Expansion weiter vom privaten Konsum. Dieser profitierte von der spürbaren Ausweitung der Beschäftigung, steigenden Reallöhnen und einem sinkenden Rohölpreis. Konsumfördernde Faktoren waren auch die nach wie vor sehr niedrigen Zinsen und die Einführung des Mindestlohns. Die Investitionstätigkeit nahm eher verhalten zu, mit steigender Tendenz zum Jahresende.

Ungeachtet des mäßigen weltwirtschaftlichen Expansions tempos stiegen die Exporte kräftig. Wesentlichen Anteil daran hatten die Erholung im Euroraum und die Abwertung des Euro. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich weiter positiv: So erreichte die Zahl der Beschäftigten mit jahresdurchschnittlich 43 Mio. Personen (+0,8 %) einen Rekordwert. Die Zahl der Erwerbslosen sank erstmals seit der Wiedervereinigung unter 2 Mio. Personen (–6,7 %).

Die Preistendenz blieb 2015 aufwärtsgerichtet, wurde aber durch die niedrigen Energiepreise deutlich gedämpft. Die Verbraucherpreise stiegen um 0,3 %. Während die inländischen Erzeugerpreise für Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter zurückgingen, stiegen die Preise für Bauleistungen leicht an.

Entwicklung des Branchenumfelds

Märkte bleiben volatil, wegweisende US-Zinsentscheidung zum Jahresende

In den beiden großen Krisensituationen des vergangenen Jahres zeigte sich das globale Finanzsystem robust: Weder die im Zuge des griechischen Referendums gestiegene Unsicherheit über den weiteren Verbleib des Landes im Euroraum noch die Sorgen um die Wachstumsperspektiven in China und anderen Schwellenländern führten auf den Finanzmärkten zu gravierenden Verwerfungen.

Großen Einfluss auf die Finanzmärkte hatte die Ankündigung der US-Notenbank (Fed), ihre Geldpolitik zu straffen und den Leitzins zu gegebener Zeit zu erhöhen. Nachdem die Fed im Herbst 2014 ihre milliardenschweren Aufkäufe von Staatsanleihen und anderen Wertpapieren eingestellt hatte, rechneten die Marktteilnehmer zeitnah mit weiteren geldpolitischen Signalen. Die erwartete Zinswende wurde aber mehrfach verschoben. Die unsichere Situation wirkte tendenziell dämpfend auf die Risikoneigung der Investoren in Teilbereichen der Finanzmärkte. Mitte Dezember 2015 hob die Fed den Leitzins auf die Spanne von 0,25 % bis 0,5 % an.

Wenige Tage zuvor hatte die Europäische Zentralbank EZB bekannt gegeben, die zum Jahresbeginn angekündigten und seit März laufenden monatlichen Anleihekäufe von 60 Mrd. Euro bis mindestens März 2017 fortführen zu wollen. Darüber hinaus senkte die EZB die Einlagefazilität noch einmal auf –0,3 %.

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen verzeichnete der deutsche Rentenmarkt das volatilste Jahr seit 2011. Noch im April lag die Rendite für 10-jährige deutsche Anleihen bei 0,07 %. Angesichts überraschend starker Inflationszahlen stiegen die Renditen und erreichten im Juni sogar die Marke von 1 %. Zum Jahresende 2015 lagen 10-jährige deutsche Bundesanleihen bei 0,63 %, das entspricht im Jahresverlauf einem Anstieg von 9 Basispunkten.

Aktienmärkte zeichneten sich durch eine hohe Volatilität aus

Die Aktienmärkte waren 2015 von einer hohen Volatilität gekennzeichnet: Unterstützt durch die expansive Geldpolitik der Zentralbanken verzeichneten sie in den ersten 4 Monaten des Jahres einen verstärkten Aufwärtstrend. Dann gaben die Kurse weltweit nach und brachen im August massiv ein. Anschließend erholten sie sich wieder – in den Industrienationen schneller als in den Schwellenländern. Der MSCI World, der die Aktienmärkte von 23 Industriestaaten abbildet, stieg über das Jahr um 11,48 %, der MSCI Emerging Markets sank dagegen um 5,91 %. Der deutsche Leitindex Dax beendete das Jahr 2015 mit einem Plus von 9,66 %. Dabei schwankte der Index über das Jahr gesehen um 3.000 Punkte.

Auch für die Entwicklung an den Börsen waren die prägenden Faktoren die wirtschaftliche Schwäche in den Schwellenländern und die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung in den Industriestaaten. Hinter dem schwachen Wachstum der Schwellenländer stehen die allgemeine Verlangsamung des Kreditwachstums und eine gesunkene Profitabilität der Unternehmen. Großer Kostendruck lastet auf China, das sich weiterhin in einem Transformationsprozess befindet.

Der Wechselkurs des Euro zum US-Dollar ist – nach einer zwischenzeitlichen Erholung im Jahresverlauf – deutlich gesunken: von 1,2099 zum Jahresbeginn auf 1,0859 zum Jahresende.

Wettbewerb im Bankenumfeld bleibt sehr hoch

Das niedrige Zinsumfeld stellt die Ertragskraft der Banken mit zunehmender Dauer auf eine hohe Bewährungsprobe. Sie zwingt die Banken dazu, zur Sicherung ihrer Profitabilität die Effizienz zu erhöhen und neue Produktlösungen zu finden. Gleichzeitig nimmt die Zahl der neu zu berücksichtigenden regulatorischen Anforderungen weiter zu.

Nähere Informationen zu Marktstellung und Wettbewerbssituation in den unterschiedlichen Zielmärkten der DKB werden aus Gründen der Übersichtlichkeit weiter unten bei den Ausführungen zum Geschäftsverlauf der 3 Marktbereiche (Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden) gegeben.

Geschäftsentwicklung

Gesamtentwicklung der DKB

Geschäft entwickelte sich über den Erwartungen gut

Auch 2015 setzte unsere Bank ihren Weg erfolgreich fort. Wir hatten uns für das Jahr anspruchsvolle Ziele gesetzt. Diese wurden übertroffen. Dabei blieb das Umfeld schwierig: Der Wettbewerb ist in allen Marktbereichen unverändert hoch, zum Teil verschärfte er sich noch. Von der Regulierungsseite kamen neue Anforderungen auf unsere Bank zu, weitere neue wurden bereits angekündigt.

Prognose-Ist-Abgleich der im Vorjahr erwarteten Entwicklung

Konzern	Prognose 2015	Ist 2015
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung	Verbesserung auf einen Wert zwischen 220 Mio. EUR und 240 Mio. EUR	<p>Prognose grundsätzlich übertroffen Die DKB hat im Geschäftsjahr 100 Mio. EUR den Reserven nach § 340g HGB zugeführt. Ohne diese freiwillige Zuführung zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals hätte der Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung mit 262 Mio. EUR deutlich über der prognostizierten Bandbreite gelegen.</p>
CIR	Wert auf Vorjahresniveau (Vorjahr: 47,7%)	<p>Prognose deutlich übertroffen Die Cost Income Ratio verbesserte sich insbesondere aufgrund des verbesserten Zinsüberschusses auf 46,2%.</p>

Regulierungsdichte nimmt noch einmal zu

Die Zahl der Regulierungen erhöhte sich 2015 weiter, so dass die organisatorischen Herausforderungen an unsere Bank ein weiteres Mal stiegen:

- Die Interbankenentgelte für Kredit- und Debitkartenzahlungen von Verbrauchern sind seit Dezember 2015 gedeckelt.
- Es wurden Mindeststandards für die Sicherheit von Internetzahlungen gesetzt.
- 2015 war erstmals die Kirchensteuer direkt von den Banken einzubehalten und an den Fiskus abzuführen.

Zudem bereitete sich die DKB im Berichtszeitraum auf zahlreiche regulatorische Neuerungen vor, die für die Jahre 2016 und 2017 anstehen.

Die Umsetzung der regulatorischen Anforderungen verursacht weiter steigende Kosten für Personal, IT und externe Beratung.

Dazu kommen die direkten Kosten für Bankenabgabe, Einlagensicherung und Bankenaufsicht. Gegenüber 2014 erhöhten sich allein diese jährlichen Kosten um über 100% auf 23,7 Mio. EUR.

in Mio. EUR	2015	2014
Bankenabgabe*	12,4	2,2
Einlagensicherung	9,5	7,2
Bankenaufsicht EZB	1,0	0,0
Bankenaufsicht BaFin	0,8	0,6
Gesamt	23,7	10,0

* Bankenabgabe im Jahr 2015 in Höhe von 17,6 Mio. EUR abzüglich 30 % erfolgsneutraler Zahlungsverpflichtung.

Gesamtentwicklung der Bereiche

Im Operativgeschäft unserer Bereiche entwickelten wir unsere Leistungen wie auch schon im Vorjahr weiter. Im Berichtszeitraum wurden neue Produkte eingeführt,

bestehende Services verbessert und Kooperationen mit neuen Partnern eingegangen, durch die unsere Kunden Mehrwerte erzielen.

Prognose-Ist-Abgleich der im Vorjahr erwarteten Entwicklung

Segmente	Prognose 2015	Ist 2015
		Prognose insgesamt übertroffen
	Kundenanstieg und 300.000 Neukunden	Neukunden: +310.000
	Forderungsvolumen auf Vorjahresniveau (12,4 Mrd. EUR), ggf. leichter Rückgang	Forderungsvolumen: -0,1 Mrd. EUR
Privatkunden	Anstieg der Einlagen um 1,5 Mrd. EUR	Einlagenvolumen: +3,0 Mrd. EUR
	Aktivwachstum um knapp 1 Mrd. EUR	Prognose insgesamt übertroffen Forderungsvolumen: +2,5 Mrd. EUR Einlagenvolumen: -1,4 Mrd. EUR
Infrastruktur	Leichtes Passivwachstum	Aufgrund des starken Einlagenzuwachses bei Privatkunden wurden nur sehr begrenzt Einlagen im Segment Infrastruktur eingeworben.
	Kreditwachstum um mindestens 1 Mrd. EUR	Prognose erreicht Forderungsvolumen: +0,9 Mrd. EUR
Firmenkunden	Einlagenwachstum um 0,5 Mrd. EUR auf über 4 Mrd. EUR	Einlagenvolumen: +0,4 Mrd. EUR

Privatkunden

Rahmenbedingungen: dynamischer Markt mit hohem Wettbewerb

Der Trend zur Abwicklung von Bankgeschäften über das Internet hielt auch 2015 an: Gemäß den Angaben von Statista nutzen im Jahr 2015 58 % der Internetnutzer Online-Banking. Der Vergleich – insbesondere mit den Zahlen in nordeuropäischen Ländern – weist darauf hin, dass sich die Entwicklung auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Dementsprechend investiert die Branche intensiv in den Ausbau ihrer Online-Präsenzen und die Digitalisierung ihres Leistungsangebots.

Mit ihren Erfahrungen im digital geprägten Alltag entwickeln sich auch die Erwartungen der Kunden an ihre Banken weiter: Umfassend informiert und gewohnt, ihr Produkt einfach, sofort und unabhängig von Zeit und Ort wählen zu können, suchen sie vor allem leistungsstarke mobile Bankanwendungen.

Die fortschreitende Digitalisierung des Finanzgeschäfts verschärft den Wettbewerb im Privatkundengeschäft erheblich: So wurden Neukunden von den etablierten Banken aus dem In- und Ausland auch 2015 intensiv umworben – teilweise mit Prämien von bis zu 250 EUR. FinTechs boten vermehrt Produkte und Finanzdienstleistungen für Privatkunden an und beförderten den Wettbewerb damit zusätzlich.

Die Konjunktur beeinflusst das Privatkundengeschäft weiterhin positiv: Gestützt durch das nach wie vor niedrige Zinsumfeld blieb die Konsumneigung der privaten Haushalte hoch. Sie trieb die deutsche Wirtschaft vor allem in der zweiten Jahreshälfte voran.

Die zahlreichen neuen und veränderten Regulierungsanforderungen betrafen zu einem großen Teil das Segment Privatkunden.

Zahl der Kunden weiter ausgebaut, Einlagenvolumen gestiegen

Im Geschäftsjahr konnte die DKB im Bereich Privatkunden 310.000 Kunden hinzugewinnen (2014: rund 300.000). Damit wurde das für 2015 gesetzte Neukundenziel übertroffen. Mit rund 3,2 Millionen Privatkunden ist die DKB in Deutschland weiterhin die zweitgrößte Direktbank.

Gemessen an der Zahl der Girokonten ist die DKB weiterhin Marktführer: Zum Stichtag betrug die Zahl der DKB-Cashs 2,2 Millionen (Vorjahr: 2,0 Millionen).

Trotz des weiterhin schwierigen Marktumfelds baute der Bereich das Einlagenvolumen 2015 deutlich um 3,0 Mrd. EUR auf 22,3 Mrd. EUR aus und lag damit zum Jahresende leicht über den Planwerten. Zu dem höheren Einlagenvolumen führten die trotz einer geringeren Verzinsung gestiegenen täglich fälligen Einlagen. Hintergrund waren die aus Kundensicht fehlenden rentablen Anlagealternativen.

Das Kreditgeschäft verlief 2015 im Rahmen der Erwartungen und verzeichnete gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang. Dieser wurde kompensiert durch Neugeschäft und die Verschmelzung der SKG BANK AG auf die DKB. Das Forderungsvolumen lag 2015 daher stabil bei 12,4 Mrd. EUR (Vorjahr: 12,4 Mrd. EUR).

Plattformen für den Kundenkontakt weiter verbessert

Im Fokus der Geschäftsaktivitäten stand die Intensivierung der Kunde-Bank-Beziehung bei gleichzeitig optimaler Gestaltung der Kostensituation. Der Digitalisierung des Bankgeschäfts folgend arbeitete der Bereich an der Weiterentwicklung des Privatkundengeschäfts durch Eigenentwicklungen und dem Aus- und Aufbau strategischer Partnerschaften u.a. mit Unternehmen aus dem FinTech-Umfeld.

Im Jahr 2015 ging die DKB eine neue Zusammenarbeit mit dem Berliner Start-up FinReach ein. Im Zentrum dieser Partnerschaft stand die Einrichtung eines automatisierten Kontowechselservice mit nur wenigen Klicks.

Zur komfortableren Nutzung des Internet-Bankings wurde zum Jahresende hin die DKB-Website optimiert: Sie arbeitet jetzt in einem responsiven Design. Das bedeutet, dass sich die Web-Darstellungen auf die spezifischen Eigenschaften des vom Kunden genutzten Endgeräts einstellen.

Anlass für zahlreiche Sonderaktionen gab das 25-jährige Unternehmensjubiläum: Unsere Kunden erhielten Zinsvorteile auf Privatdarlehen oder einen Orderentgeltnachlass auf Wertpapiertransaktionen. Darüber hinaus profitierten die Kunden von extra DKB-Punkten für den DKB-Club.

DKB-Cash: Konditionen angepasst, Kundeninteresse bleibt hoch

Beim DKB-Cash, unserem kostenfreien Girokonto mit Kreditkarte, passten wir 2015 die Guthabenverzinsung von 0,9 % p. a. auf 0,7 % p. a. und damit an das aktuelle Zinsumfeld an. Das Kundeninteresse an unserem Produkt im Girokontobereich ist nach wie vor groß: 2015 verzeichneten wir gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum von mehr als 8 %.

Privatdarlehen: Volumen ausgebaut

Das allgemein niedrige Zinsniveau gaben wir auch auf der Kreditseite durch Zinssenkungen an unsere Kunden weiter. Das DKB-Privatdarlehen war damit gut am Markt positioniert. Entsprechend konnte das Volumen auf 1,0 Mrd. EUR ausgebaut werden.

DKB-Broker: Handelsaktivität legt zu

Für Wertpapiertransaktionen boten wir im vergangenen Jahr ein neues Produkt an: Der „Broker u18“ ermöglicht nun die Eröffnung eines Depots für Minderjährige. Insgesamt verzeichneten wir eine deutlich gestiegene Handelsaktivität der Kunden. Erstmals führten wir mehr als 100.000 Depots. Das verwaltete Vermögen lag bei 1,8 Mrd. EUR.

Co-Branding-Portfolio mit stabiler Entwicklung

Mit unseren Co-Branding-Kreditkarten bieten wir Leistungen rund um das Thema Kreditkarten in Zusammenarbeit mit strategischen Partnern an. Dazu zählen die Lufthansa oder auch die Studentenorganisation ISIC. Im Rahmen der Partnerschaft mit BMW und MINI erweiterten wir unser Produktportfolio 2015 mit der Einführung der BMW-Credit-Card- und der MINI-Credit-Card-Produktlinien. Diese Kreditkarten vereinigen die Funktion von Zahlungsmittel und Schlüssel für Fahrzeuge des Carsharing-Dienstes DriveNow. Möglich wird dies durch die Integration der modernen NFC-Technik. Verknüpft mit der neuen Karte ist eine Mitgliedschaft bei DriveNow, sodass Kunden die volle Funktionalität der Karten direkt nach Abschluss nutzen können. Die Zahl der Co-Branding-Kreditkarten stieg zum Jahresende insgesamt auf über 645.000 (Vorjahr: 615.000).

Infrastruktur

Deutliches Wachstum trotz erschwelter Marktbedingungen

Der Bereich Infrastruktur umfasst Geschäftskunden aus den Kundengruppen „Wohnen“, „Energie und Versorgung“, „Gesundheit und Pflege“ sowie „Kommunen, Bildung, Forschung“.

In einem wettbewerbsintensiven Umfeld konnte der Bereich sein Operativgeschäft sehr erfolgreich weiterentwickeln. Das prognostizierte Wachstum im Aktivgeschäft wurde deutlich übertroffen. Zu diesem Volumenwachstum trugen vor allem die Kundengruppen „Wohnen“, „Energie und Versorgung“ sowie „Kommunen, Bildung, Forschung“ bei.

Zentraler Motor für die gute Entwicklung blieb das Niedrigzinsumfeld. Es motivierte die Kunden vermehrt zu Kreditanfragen und in der Folge zu konkreten kreditfinanzierten Investitionen: Das Forderungsvolumen (nominal) verbesserte sich im Jahresvergleich stärker als prognostiziert um 7,6 % auf 35,9 Mrd. EUR.

Die niedrigen Zinsen beschleunigten die Investitionsdynamik, drückten zugleich aber auch auf das Passivgeschäft. Das Einlagenvolumen sank um 1,4 Mrd. EUR auf 17,9 Mrd. EUR und lag damit unter der Vorjahresprognose. Der Grund waren steuerungsbedingte Abflüsse – insbesondere von Großanlegern und institutionellen Kunden, maßgeblich in den Kundengruppen „Energie und Versorgung“ sowie „Gesundheit und Pflege“.

Wohnen: leichtes Aktivwachstum trotz umfangreicher Tilgungen durch Kunden

Für Wohnungskredite blieb das Marktumfeld 2015 grundsätzlich günstig. Allerdings nutzten die Wohnungsunternehmen das günstige Zinsniveau weiterhin vermehrt dazu, Kredite zurückzuführen. Daneben blieb die Konkurrenz durch Versicherungen und andere Banken im Wohnungskreditmarkt sehr stark. Außerdem führte der allgemeine Mangel an attraktiven Anlagealternativen dazu, dass Investitionen verstärkt aus Eigenkapital getätigt wurden.

Dennoch konnte in der Kundengruppe „Wohnen“ das Forderungsvolumen auf 19,0 Mrd. EUR ausgebaut werden (Vorjahr: 18,3 Mrd. EUR). Bei den langfristigen Zusagen ging der Anteil der KfW-refinanzierten Darlehen weiter zurück. Die Finanzierung mit Fördermitteln ist

zweckgebunden und wegen des allgemein niedrigen Zinsniveaus nicht immer attraktiv.

Die Kundeneinlagen erhöhten sich zum Jahresultimo auf 4,9 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,5 Mrd. EUR). Über den Jahresverlauf zeigte sich das Passivvolumen allerdings sehr volatil.

Die Marktdurchdringung bei Wohnungsunternehmen lag im vergangenen Jahr in den neuen Bundesländern stabil bei 88%. In den alten Bundesländern stieg der Marktanteil um 1 Prozentpunkt auf 60%. Die Basis für die Berechnung bildet der Anteil der Unternehmen im Zielkundensegment, zu denen die DKB eine Geschäftsbeziehung hat.

Das auf Verwalterkonten geführte Vermögen erhöhte sich im Berichtszeitraum um 0,5 Mrd. EUR auf 2,3 Mrd. EUR. Zum Stichtag verwalteten 6.500 gewerblich tätige Immobilienverwalter mit rund 38.500 Wohneigentümergeinschaften ihre Bestände bei der DKB.

Die Verwalterplattform ist bei den Nutzern sehr beliebt. Laut einer aktuellen Umfrage schätzen diese vor allem die einfache Kontoführung, die Kautionsverwaltung sowie das Preis-Leistungs-Verhältnis. 95% der Nutzer würden die Plattform weiterempfehlen. Inzwischen verwenden 24.000 Kunden die DKB-Verwalterplattform für das Management eigener und fremder Immobilien; darunter sind 15.000 Privatkunden.

Energie und Versorgung: Energiesektor investiert in erneuerbare Energien

Die Kundengruppe „Energie und Versorgung“ war gekennzeichnet durch einen starken Wettbewerb. Dennoch entwickelte sich das Kreditgeschäft hier noch dynamischer als im Vorjahr, vor allem in den Sektoren Energie sowie Wasser- und Abwasserwirtschaft. Bei den Energieversorgern resultierten die Zuwächse zum Teil aus der Übernahme von Projektfinanzierungen im Bereich Erneuerbare Energien. Ebenfalls solide wuchs der Bereich Verkehr (öffentlicher Personennahverkehr). Insgesamt stieg das Forderungsvolumen inklusive Darlehensneugeschäft auf 5,7 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,9 Mrd. EUR). Das Einlagenvolumen lag bei 3,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 4,1 Mrd. EUR).

Zur Kundenbindung haben wir im ersten Halbjahr 2015 ein Analyseinstrument für Stadtwerke eingeführt. Darin werden Finanzkennzahlen von Stadtwerken verglichen. Wir sind dadurch in der Lage, unseren Kunden wertvolle

Vergleichsdaten zu den wichtigsten Finanzkennzahlen an die Hand zu geben. Das Angebot kam bei den Kunden sehr gut an, sodass wir es weiterentwickeln und auch in Zukunft anbieten werden.

Gesundheit und Pflege: hohe Tilgungsneigung und anhaltende Investitionszurückhaltung

Die Gesundheitswirtschaft entwickelte sich bei unveränderten Rahmenbedingungen stabil. Unser Aktivgeschäft war unter wettbewerbsintensiven Bedingungen und im anspruchsvollen Zinsumfeld von einer erhöhten Tilgungsbereitschaft geprägt. Mit Blick auf anstehende Reformvorhaben im Krankenhaus- und Pflegebereich war eine deutliche Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben festzustellen. Im ambulanten Sektor gewannen wir weiter Neukunden hinzu, die Zahl war aber geringer als erwartet.

Infolge der erhöhten Tilgungsneigung stieg das Forderungsvolumen nur leicht um 0,6% auf 2,4 Mrd. EUR. Die Kundeneinlagen gingen steuerungsbedingt um 0,7 Mrd. EUR auf 3,7 Mrd. EUR, insbesondere bei institutionellen Anlegern, zurück.

Kommunen, Bildung, Forschung: Volumen-zuwachs

Mit der Schuldenbremse von Bund und Ländern geht ein anhaltender Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur einher. Dennoch gelang es, in dieser Kundengruppe Neugeschäft zu generieren und das Kreditvolumen auszubauen. Vor allem im Kreditgeschäft mit Kommunen verzeichneten wir einen Zuwachs, insbesondere bei kurzfristigen Finanzierungen. Erschwert wurde das Geschäft durch einen starken Wettbewerb und einen intensiven Margendruck. Der Bedarf am Ausbau von Betreuungsplätzen in Kindertagesstätten ist ungebrochen hoch – in erster Linie in den alten Bundesländern und in den Ballungszentren der neuen Bundesländer.

Das Forderungsvolumen der Kundengruppe „Kommunen, Bildung, Forschung“ stieg um 13,7% auf 8,9 Mrd. EUR. Der Kundenbestand wuchs über das Jahr kontinuierlich bis auf 8.500 Kunden an (Vorjahr: 8.100 Kunden). Das Einlagenvolumen beläuft sich auf nahezu unverändert 6,4 Mrd. EUR.

Bürgerbeteiligung: großes Interesse bei Initiatoren und Bürgern

Im Geschäftsfeld Bürgerbeteiligungen begleiten wir regionale Investitionen in erneuerbare Energien oder Infrastrukturmaßnahmen mit Finanzierungen, bei denen Kunden und Bürger vor Ort eingebunden werden. Dabei finanziert die DKB konkrete Projekte. Zugleich gibt es für interessierte Bürger die Möglichkeit, ein spezielles Sparprodukt der DKB zu zeichnen, das eine ideelle Beteiligung am Projekt ermöglicht.

Das Geschäftsfeld Bürgerbeteiligung entwickelte sich 2015 wie erwartet positiv. Im Jahresverlauf wurden 18 neue Bürgerbeteiligungsvorhaben abgeschlossen, vor allem aus dem Bereich Bürgerwindparks und Bürgersolarparks. Die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen DKB-Bürgerbeteiligungsvorhaben stieg damit auf 73. Die Finanzierungen sind jeweils den betreffenden Kundengruppen zugeordnet.

Firmenkunden

Insgesamt gute Entwicklung

Die Kreditnachfrage im Firmenkundengeschäft blieb im Jahr 2015 hoch. Das Forderungsvolumen (nominal) konnte weiter ausgebaut werden. Es stieg prognosegemäß von 11,7 Mrd. EUR auf 12,6 Mrd. EUR. Wachstumstreiber waren die Kundengruppen Umwelttechnik und Landwirtschaft. Die Einlagen nahmen um 0,4 Mrd. EUR auf 3,7 Mrd. EUR zu. Dies entsprach dem im Vorjahr prognostizierten Zuwachs.

Umwelttechnik: leichtes Wachstum mit dem Markt

Im Geschäftsfeld Umwelttechnik herrscht ein intensiver Wettbewerb. Das Marktumfeld war geprägt von Konditionenreduzierungen und erhöhter Risikobereitschaft. Hinzu kommt, dass die Komplexität der zu finanzierenden Projekte zunahm.

Die Nachfrage nach Investitionen in Windenergie war trotz nachlassender Genehmigungen für Windkraftprojekte in einigen Bundesländern unverändert hoch. Insgesamt konnte das Wachstum sowohl bei Windenergie als auch bei Photovoltaik analog zum Markttrend beibehalten werden. Das Forderungsvolumen der Kundengruppe Umwelttechnik stieg im Geschäftsjahr nominal um 8,0% auf 7,1 Mrd. EUR. Die Kundeneinlagen legten um 0,3 Mrd. EUR auf 1,1 Mrd. EUR zu.

Landwirtschaft und Ernährung: Kundenbasis weiter ausgebaut

Für Landwirtschaftsbetriebe waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen 2015 herausfordernd. Die Preisentwicklung in einzelnen Segmenten belastete die Betriebe spürbar. Insgesamt herrschte ein Angebotsüberhang bei verhaltener Nachfrage.

Die meisten Landwirtschaftsbetriebe konnten jedoch auf Reserven aus den ertragsstarken Vorjahren zurückgreifen. Das Kreditneugeschäft speiste sich vor allem aus Bodenkäufen, dem Erwerb landwirtschaftlicher Unternehmen und der Finanzierung von Stallbaumaßnahmen. Hinzu kamen stärker ausgeschöpfte Kontokorrentlinien. Das Forderungsvolumen stieg entsprechend um 14,4% auf 3,3 Mrd. EUR. Das Einlagenvolumen lag mit 1,0 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres.

In den neuen Bundesländern konnte der bereits hohe Marktanteil ausgebaut werden. Die Zahl der begleiteten Kunden in den alten Bundesländern wuchs ebenfalls. Zum Stichtag betreute die DKB 8.300 Landwirtschaftskunden.

Tourismus: mit konstanter Entwicklung

Das Tourismusgeschäft entwickelte sich 2015 weiter stabil. Das Forderungsvolumen blieb mit nominal 1,1 Mrd. EUR auf dem erwarteten Vorjahresniveau. Das Einlagengeschäft spielte mit 0,1 Mrd. EUR nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Freie Berufe: weiterer Kundenzuwachs

Das Leistungsangebot für rechts- und steuerberatende Berufe sowie für wirtschaftsberatende, technische und naturwissenschaftliche Berufszweige trifft im Markt weiter auf eine gute Nachfrage. So wuchs die Zahl der Kunden im vergangenen Jahr auf 25.000 (Vorjahr: 23.000).

Das Forderungsvolumen liegt mit 0,9 Mrd. EUR auf dem Niveau des Vorjahres. Das Einlagenvolumen stieg im Geschäftsjahr um 8,7% auf 1,5 Mrd. EUR.

Finanzmärkte

Liquiditätsbestand weiter erhöht

Zur weiteren Stärkung unseres aufsichtsrechtlichen Liquiditätspuffers vergrößerten wir 2015 den Bestand an hochliquiden Wertpapieren gemäß den Definitionen der Kapitaladäquanzverordnung um netto 1,0 Mrd. EUR auf 5,2 Mrd. EUR zum Jahresende.

Trotz des im Berichtszeitraum volatilen Rentenmarkts wurden durch eine defensive Ausrichtung des Wertpapierbestands starke Ausschläge in den Marktwerten vermieden.

Refinanzierung

Die wesentlichen Säulen der Refinanzierung der DKB sind die Kundeneinlagen, die Emission von Pfandbriefen sowie das Fördergeschäft.

Bei den Kundeneinlagen verbuchten wir im Geschäftsjahr ein leichtes Wachstum: Sie stiegen um 1,6 Mrd. EUR auf 48,5 Mrd. EUR.

Die Pfandbriefemissionen der DKB beliefen sich auf 1,9 Mrd. EUR. Die Ratingagentur Moody's bewertet sowohl die von der DKB emittierten Öffentlichen Pfandbriefe als auch die Hypothekenpfandbriefe mit der Bestnote „Aaa“.

Das Gesamtvolumen des Neugeschäfts mit Förderinstituten stieg im Jahr 2015 um 0,1 Mrd. EUR auf 2,2 Mrd. EUR. Der Bestand an Programmkrediten und Globaldarlehen insgesamt lag zum Jahresende 2015 bei 13,1 Mrd. EUR.

Nicht-Kerngeschäft

Abbauaktivitäten fortgesetzt

Der Abbau der dem Nicht-Kerngeschäft zugeordneten Geschäftstätigkeiten wurde 2015 so wie geplant fortgeführt. Die wesentlichen Maßnahmen waren die Rückführung bzw. Tilgung von Krediten sowie Ablösungen in Verbindung mit erfolgreichen Verwertungen.

Das Forderungsvolumen im Segment lag zum Stichtag bei 0,7 Mrd. EUR und damit unter dem Vorjahreswert in Höhe von 0,8 Mrd. EUR.

Beteiligungen

DKB Service GmbH

Die Tätigkeitsfelder der DKB Service GmbH sind die Bearbeitung von Backoffice-Aufgaben für die DKB AG, die Abwicklung des standardisierbaren Massengeschäfts für die DKB-Produkte sowie das Erbringen von Dienstleistungen für die DKB-Gruppe. Dies sind insbesondere Dienstleistungen des Facility-Managements und der IT, der Personalverwaltung und -abrechnung sowie des Rechnungswesens. Den Großteil der Dienstleistungen erbrachte die DKB Service GmbH auch 2015 für die DKB.

SKG BANK AG erfolgreich auf die DKB verschmolzen

Das bisherige Tochterunternehmen SKG BANK AG wurde am 13. Juli 2015 juristisch auf die DKB verschmolzen. Die Verschmelzung ist rückwirkend zum 1. Januar 2015 wirksam. Der Geschäftsbetrieb wird unter der Firma „SKG BANK, Niederlassung der Deutsche Kreditbank Aktiengesellschaft“ fortgeführt. Die Marke SKG BANK bleibt bestehen und wird auch künftig am Markt eingesetzt. Nach der strategischen Neuausrichtung konzentriert sich die Geschäftseinheit auf das Produkt Ratenkredit.

DKB Grundbesitzvermittlung GmbH: Vertrieb von Immobilien- und Finanzdienstleistungen

Die DKB Grundbesitzvermittlung GmbH konzentriert sich auf den Vertrieb von Immobilien und Finanzdienstleistungen. Dies umfasst den Verkauf und die Vermietung von Immobilien an Eigennutzer und Kapitalanleger für Unternehmen der DKB-Gruppe und Dritte sowie die Vermittlung von Baufinanzierungen und Privatdarlehen für die DKB.

Der Schwerpunkt lag im Jahr 2015 auf Immobilienverkäufen und dem Investorengeschäft sowie auf der Baufinanzierungsvermittlung sowohl für die DKB als auch für Fremdbanken.

FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH: Spezialistin für gekündigte Forderungen

Die FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH übernimmt für die DKB den Erwerb, das Servicing sowie die Realisierung von gekündigten Forderungen.

DKB Finance GmbH: Beteiligungs- und Managementgesellschaft

Als organisatorisch eigenständig geführte Beteiligungs- und Managementgesellschaft übernimmt die DKB Finance GmbH mit ihrer Tochter MVC Unternehmensbeteiligungs GmbH Unternehmens- und Objektbeteiligungen zur Reduzierung von Vermögensschäden. Daneben generiert sie durch gezieltes Asset-Management in verschiedenen Bereichen Wertsteigerungspotenziale für die DKB-Gruppe und deren Kunden, indem sie Projekt- und Wachstumsfinanzierungen bereitstellt.

Die Schwerpunkte lagen 2015 auf der Sicherheitenverwertung aus Debt-Equity-Swap-Transaktionen und auf dem Gebiet Landwirtschaft und Ernährung. Daneben finanzierte die Gesellschaft Bürgerbeteiligungsprojekte und EEG-basierte Projekte.

Im Rahmen der Verschmelzung der SKG BANK AG auf die DKB wurden im vergangenen Jahr die ausgegebenen Genussscheine vollständig zurückgezahlt.

2014 hat die DKB Finance-Gruppe im Rahmen eines strukturierten Bieterverfahrens ihre Anteile an der Stadtwerke Cottbus GmbH veräußert. Die Übertragung der DKB-Anteile erfolgte sukzessive in 3 Teilschritten. Nach der Veräußerung der ersten Tranche 2014 folgten 2015 die Tranchen 2 und 3.

Sonstige Beteiligungen: erfolgreiche Beteiligungsveräußerung und Fortschritte bei Restrukturierung

Die DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH mit ihren wesentlichen Tochterunternehmen DKB Wohnen GmbH und Bauland GmbH konzentrierte sich 2015 weiter auf die Restrukturierung der Gesellschaften. Die wesentliche Aufgabe der Gesellschaften besteht darin, das Altgeschäft der Baumanagementunternehmen abzarbeiten und die im Geschäftsfeld verbliebenen Aktivitäten erfolgreich abzuwickeln. 2015 konnten die Maßnahmen erfolgreich fortgeführt werden.

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Ertragslage

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Zins- und Beteiligungsergebnis	775,2	673,6	101,6	15
Provisionsergebnis	-13,2	-14,3	1,1	8
Verwaltungsaufwendungen	-344,9	-315,0	-29,9	-9
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-30,7	-21,3	-9,4	-44
Betriebsergebnis vor Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	386,4	323,0	63,4	20
Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis	-119,4	-112,0	-7,4	-7
Zuführung nach § 340g HGB	-100,0	0,0	-100	< -100
Außerordentliches Ergebnis	-4,7	-6,4	1,7	27
Ergebnis vor Steuern und Ergebnisabführung	162,3	204,5	-42,2	-21
Steuern	0,0	0,0	0,0	0
Ergebnis vor Ergebnisabführung	162,3	204,5	-42,2	-21
Abgeführte Gewinne	-162,3	-204,5	42,2	21
Jahresüberschuss	0,0	0,0	0,0	0

Die DKB konnte ihr Betriebsergebnis vor Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis im Geschäftsjahr deutlich um 63,4 Mio. EUR steigern. Wesentliche Ursache hierfür war das im Vergleich zum Vorjahr stark um 101,6 Mio. EUR verbesserte Zins- und Beteiligungsergebnis. Belastende Effekte durch erhöhte Aufwendungen aus der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen, die sich in den gestiegenen Verwaltungsaufwendungen und dem geringeren sonstigen betrieblichen Ergebnis zeigen, konnten daher überkompensiert werden.

Zins- und Beteiligungsergebnis

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Zinserträge	2.209,3	2.280,5	-71,2	-3
Zinsaufwendungen	-1.452,9	-1.630,9	178,0	11
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Unternehmen, Beteiligungen sowie Anteilen an verbundenen Unternehmen	2,9	4,9	-2,0	-41
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	15,9	19,1	-3,2	-17
Zins- und Beteiligungsergebnis	775,2	673,6	101,6	15

Das Zins- und Beteiligungsergebnis konnte im Geschäftsjahr deutlich verbessert werden.

Diese Entwicklung resultiert vor allem aus deutlich geringeren Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden in Höhe von 473,8 Mio. EUR (Vorjahr: 607,6 Mio. EUR). Der Rückgang ist auf Konditionsanpassungen aufgrund des weiterhin niedrigen Zinsniveaus

zurückzuführen. Die weiteren Zinsaufwendungen sind mit 979,1 Mio. EUR (Vorjahr: 1.023,4 Mio. EUR) ebenfalls leicht gesunken.

Die Zinserträge stammen mit 2.046,7 Mio. EUR (Vorjahr: 2.094,8 Mio. EUR) aus den Forderungen an Kunden. Auch der Rückgang des Zinsertrags ist trotz Ausweitung des entsprechenden Kreditvolumens auf das weiterhin niedrige Zinsniveau zurückzuführen.

Provisionsergebnis

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Kreditkartengeschäft	58,7	45,5	13,2	29
Zahlungsverkehr	-48,9	-45,2	-3,7	-8
Kreditgeschäft	-13,5	3,0	-16,5	< -100
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	-9,5	-17,6	8,1	46
Provisionsergebnis	-13,2	-14,3	1,1	8

Die Nettoerträge im **Kreditkartengeschäft** haben sich vor allem aufgrund der auf 645.000 gestiegenen Zahl der Co-Branding-Kreditkarten sowie periodenfremder Erstattungen aus einer Betriebsprüfung in Höhe von 9,2 Mio. EUR erhöht.

Die Nettoaufwendungen für den **Zahlungsverkehr** sind bedingt durch den höheren Kundenbestand angestiegen.

Die Nettoerträge im **Kreditgeschäft** sind insbesondere durch geringere Erträge aus Bearbeitungsgebühren in Höhe von 18,4 Mio. EUR (Vorjahr: 27,3 Mio. EUR) gesunken.

Verwaltungsaufwendungen

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Personalaufwendungen	131,7	119,3	12,4	10
Andere Verwaltungsaufwendungen	213,2	195,7	17,5	9
Verwaltungsaufwendungen	344,9	315,0	29,9	9

Die höheren **Personalaufwendungen** ergeben sich aus der vereinbarten Tarifierhöhung im Bankgewerbe und dem erforderlichen Mitarbeiteraufbau, vor allem für die Umsetzung und Erfüllung neuer regulatorischer Vorschriften.

Die **anderen Verwaltungsaufwendungen** konnten trotz gestiegener variabler Kosten zur Erzielung des Geschäfts- und Kundenwachstums fast auf dem Vorjahresniveau gehalten werden.

Sonstiges betriebliches Ergebnis

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Sonstige betriebliche Erträge	13,9	15,9	-2,0	-13
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-44,6	-37,2	-7,4	-20
Sonstiges Ergebnis	-30,7	-21,3	-9,4	-44

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen, aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus der Währungsumrechnung enthalten.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** zeigen vor allem Schäden, u.a. aus dem Missbrauch im Kreditkartengeschäft und aus Rechtsrisiken, sowie den Beitrag zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe). Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Aufwendungen wurde insbesondere durch die im Vergleich zum Vorjahr deutlich höhere Bankenabgabe in Höhe von 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 2,2 Mio. EUR) verursacht.

Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis

Das Risikovorsorge- und Bewertungsergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-135,2	-132,1	-3,1	-2
Bewertungsergebnis Wertpapierbestand	15,8	22,6	-6,8	-30
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	0,0	-2,5	2,5	100
Risikovorsorge und Bewertungsergebnis	-119,4	-112,0	-7,4	-7

Zuführung nach § 340g HGB

Die DKB hat im Geschäftsjahr zur Stärkung ihres aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenkapitals der Reserve nach § 340g HGB 100,0 Mio. EUR zugeführt.

Außerordentliches Ergebnis

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Außerordentliche Erträge	1,7	0,0	1,7	> 100
Außerordentliche Aufwendungen	-6,4	-6,4	0,0	0
Außerordentliches Ergebnis	-4,7	-6,4	1,7	27

Der **außerordentliche Ertrag** resultiert aus der Verschmelzung mit der SKG AG.

Die **außerordentlichen Aufwendungen** beinhalten Restrukturierungsaufwendungen, die sich aus der Umsetzung der für die DKB als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen ergeben haben.

Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG

Die Kapitalrendite betrug auf der Grundlage des Ergebnisses vor Gewinnabführung im Geschäftsjahr 0,22%. Bereinigt um die Zuführung nach § 340g HGB hätte sich im Geschäftsjahr eine Kapitalrendite von 0,36% (Vorjahr: 0,29%) ergeben.

Vermögenslage

Aktiva

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Forderungen an Kreditinstitute	4.865,8	6.411,6	-1.545,8	-24
Forderungen an Kunden	61.129,0	57.834,2	3.294,8	6
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.707,2	5.191,9	515,3	10
Weitere Aktiva	970,6	976,8	-6,2	-1
Bilanzsumme	72.672,6	70.414,5	2.258,1	3

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben aufgrund eines geringeren Darlehensbestands gegenüber der BayernLB im Rahmen konzerninterner Refinanzierungen im Vergleich zum Vorjahr abgenommen.

Der Anstieg der **Forderungen an Kunden** ist insbesondere durch das Neugeschäft in den Bereichen Infrastruktur und Firmenkunden begründet.

Der Anstieg der **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** basiert auf Zukäufen, die im Hinblick auf den nach Basel III/CRD IV vorzuhaltenden aufsichtsrechtlichen Liquiditätsbestand getätigt wurden. Kompensierend wirkten sich Verkäufe sowie planmäßige Fälligkeiten aus.

Passiva

	2015 in Mio. EUR	2014 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	16.061,8	15.829,3	232,5	1
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	48.541,6	46.920,6	1.621,0	3
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.765,7	4.158,9	606,8	15
Rückstellungen	169,9	163,6	6,3	4
Weitere Passiva	247,9	263,1	-15,2	-6
Nachrangkapital und Genussrechte	319,8	613,1	-293,3	-48
Reserve nach § 340g HGB	230,0	130,0	100,0	77
Eigenkapital	2.335,9	2.335,9	0,0	0
Bilanzsumme	72.672,6	70.414,5	1.258,1	3

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** bewegen sich leicht unter dem Niveau des Vorjahres. Dabei wurde der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Durchleitungsdarlehen durch geringere Verpflichtungen aus Tages- und Termingeldern und im Geschäftsjahr fällige Schuldscheindarlehen in etwa kompensiert.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich aufgrund gestiegener Verbindlichkeiten aus Sicht- und Tagesgeldguthaben, die den Rückgang bei den befristeten Verbindlichkeiten deutlich überstiegen.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten**, zu denen öffentliche und hypothekarische Pfandbriefe ebenso wie Inhaberschuldverschreibungen gehören, erhöhten sich im Geschäftsjahr durch die Emission neuer Papiere, die die Fälligkeiten des Geschäftsjahres überstiegen.

Die **Rückstellungen** beinhalten vor allem Rückstellungen für Pensionen und weitere langfristige Personalverpflichtungen, Rückstellungen für Prozessrisiken sowie Rückstellungen im Kreditgeschäft.

Das **Nachrangkapital** verringerte sich vor allem aufgrund von Fälligkeiten um 293,2 Mio. EUR auf 298 Mio. EUR.

Die **Genussrechte** blieben im Wesentlichen unverändert.

Das bilanzielle **Eigenkapital** setzt sich unverändert aus dem gezeichneten Kapital (339,3 Mio. EUR), der Kapitalrücklage (1.314,4 Mio. EUR) sowie der Gewinnrücklage (682,2 Mio. EUR) zusammen.

Mit der BayernLB besteht ein **Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag**. Der an die BayernLB aufgrund des Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinn beträgt 162,3 Mio. EUR (Vorjahr: 204,5 Mio. EUR).

Finanzlage

Die Liquiditätssteuerung beruht auf den aus dem Kreditwesengesetz abgeleiteten Grundsätzen, die im Risikobericht erläutert sind. Daher wird an dieser Stelle auf eine ausführliche Analyse der Kapitalflussrechnung verzichtet und auf die Darstellungen im Risikobericht sowie auf die Kapitalflussrechnung verwiesen.

Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, haben sich nicht ergeben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren haben einen hohen Stellenwert für uns. Um unsere diesbezüglichen Ziele zu erreichen, stehen für uns keine quantitativen Kennzahlen, sondern zahlreiche Maßnahmen im Vordergrund.

Insbesondere durch die nachfolgend dargestellten Maßnahmen konnten wir im Jahr 2015 unsere Ziele in Bezug auf:

- unsere Mitarbeiter – deren Zufriedenheit, Fortbildungsstand und Gesundheit –,
- unsere Kunden – deren Zufriedenheit durch Produkte, Qualität und Innovationen – und
- unsere Nachhaltigkeitsleistung

erreichen.

Mitarbeiter

Zahl der Mitarbeiter weiter gestiegen

Im Geschäftsjahr 2015 beschäftigte die DKB durchschnittlich 1.494 Mitarbeiter nach Kapazitäten (Vorjahr: 1.359).

Offene Positionen haben wir auch 2015 bevorzugt mit qualifizierten Mitarbeitern aus der DKB-Gruppe besetzt. Für Positionen, die Spezialkenntnisse erfordern, rekrutieren wir vermehrt auch aus dem externen Umfeld.

Wie bereits in den Jahren zuvor richten wir bei der Nachwuchsarbeit unser besonderes Augenmerk auf die Arbeit mit Hochschulabsolventen.

Im Jahr 2015 wurden 11 Hochschulabsolventen als Direkt-einsteiger eingestellt. Zudem wurden aus dem Traineejahrgang, der im Herbst 2014 begann, im vergangenen Jahr 5 neue Mitarbeiter in das Unternehmen aufgenommen. Nach dem guten Erfolg des Auftaktjahres startete 2015 ein neuer Traineejahrgang mit 8 Teilnehmern.

Neben den festen Arbeitsverhältnissen beschäftigt die DKB auch Werkstudenten und Praktikanten in befristeten Arbeitsverhältnissen. Um unsere Attraktivität als Arbeitgeber zu unterstreichen und potenzielle Leistungsträger an uns zu binden, fördern wir junge Erwachsene zudem in breitem Umfang über Deutschlandstipendien.

Der Altersdurchschnitt betrug im vergangenen Jahr 43,3 Jahre (Vorjahr: 43,0 Jahre). Der Anteil der Arbeitnehmer unter 30 Jahre lag bei 7,7% (Vorjahr: 7,6%). Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei 10,5 Jahren (Vorjahr: 10,0 Jahre).

Mitarbeiter der SKG BANK AG rechtlich umgliedert

Zum 13. Juli 2015 wurde die ehemalige Tochter SKG BANK AG auf die Muttergesellschaft DKB verschmolzen. Mit dieser Organisationsänderung ging ein Betriebsübergang nach § 613a BGB einher. Die ehemaligen Mitarbeiter der SKG werden überwiegend im Privatkundengeschäft eingesetzt.

Moderne Arbeitszeitmodelle und Chancengleichheit werden gefördert

Über die weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit haben wir 2015 das Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ weiter vorangebracht. Seit 2015 arbeiten neben der 1. Managementebene auch alle Mitarbeiter der 2. Managementebene der Muttergesellschaft DKB in dem Modell der Vertrauensarbeitszeit.

Das Modell der Jobrotation in der DKB-Gruppe, aber auch mit der BayernLB, wurde im vergangenen Jahr erfolgreich fortgesetzt. Der zeitlich begrenzte Arbeitsplatztausch fördert das gegenseitige Verständnis, übergreifendes Denken und die Zusammenarbeit.

Die DKB legt großen Wert auf das Thema Chancengleichheit. Die Geschlechterverteilung lag im Jahr 2015 bei 56,3% Frauen und 43,7% Männern. Um die Chancengleichheit in der DKB noch weiter zu erhöhen und insbesondere Frauen in Führungspositionen zu fördern, wurden gemäß § 111 Abs. 5 AktG iVm. dem Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen Zielgrößen auf den jeweiligen Ebenen verbindlich definiert:

Zielgrößen Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der DKB besteht derzeit aus 16 Mitgliedern darunter 3 Frauen. Dies entspricht einem Frauenanteil von 18,75%. Der Aufsichtsrat strebt bis zum 30. Juni 2017 eine Steigerung des Frauenanteils auf 25% an.

Zielgrößen Geschäftsleitung / 1. und 2. Managementebene

Der Vorstand der DKB besteht aus 5 männlichen Mitgliedern, weshalb aktuell der Frauenanteil bei 0% liegt. Die Festlegung einer Zielgröße ist aufgrund der über den 30. Juni 2017 hinausgehenden Bestellung der Vorstände derzeit nicht möglich.

Der Anteil von Frauen in den leitenden Führungspositionen liegt derzeit bei 11,9% und soll perspektivisch bis zum 30. Juni 2017 auf 16% ansteigen.

Auf der 2. Managementebene liegt der Frauenanteil derzeit bei 33,6%, Ziel ist eine Steigerung bis zum 30. Juni 2017 auf 34%.

Freiwillige Sozialleistungen für Mitarbeiter

Wir bieten unseren Mitarbeitern freiwillige (und übertarifliche) Sozialleistungen, Zuschüsse für Versicherungen oder Kinderbetreuung und Leistungen zur Altersvorsorge. Im Rahmen eines Service für Familien können sich Mitarbeiter über einen festen Vertragspartner kostenfrei Beratung einholen, zum Beispiel bei Fragen der Kinderbetreuung oder der Pflege Angehöriger. Das Unternehmen ist Ansprechpartner für alle Lebenslagen (privat oder beruflich), berät aber auch konkret bei der Wahl der optimalen Betreuungsform, vermittelt passende Kinderbetreuungsleistungen und leistet schnelle Hilfe bei Betreuungsengpässen.

Darüber hinaus können die Beschäftigten der DKB und ihrer 100%igen Tochtergesellschaften Genussscheine erwerben und so am Erfolg der Bank partizipieren. Die Genussscheine tragen eine 4%ige Grundverzinsung und einen in Abhängigkeit von der Cost Income Ratio variablen Zinsaufschlag.

Wissens- und Kompetenzausbau besitzen hohe Relevanz

Wir geben unseren Mitarbeitern umfassend Gelegenheit, sich fachlich und persönlich weiterzuentwickeln: Dazu bietet die DKB Management School zahlreiche Seminare, Kompetenztrainings, Fachweiterbildungen und Workshops an. 2015 fanden 241 Seminarveranstaltungen statt, an denen insgesamt 1.225 Mitarbeiter und Führungskräfte teilnahmen. 221 Mitarbeiter und Führungskräfte nutzten externe Seminare mit insgesamt 539 Schulungstagen. Im Durchschnitt bildete sich ein Mitarbeiter bei uns im vergangenen Jahr 3,4 Tage weiter.

Das Weiterbildungsprogramm 2015 hatte den Schwerpunkt „Zusammenarbeit und Teamgeist fördern“. Die Schlüsselkompetenzen Offenheit für Veränderungen, Teamarbeit, Verhandlungsgeschick, Transferdenken, Selbstorganisation und Neukundenakquise wurden über Kompetenz- und Führungsseminare weiter ausgebaut. Mit verschiedenen Formaten zur Vermittlung von Fachwissen wurden aktuelle Themen und Trends in den Märkten vertieft, Best-Practice-Lösungen ausgetauscht oder Spezialwissen vertieft. Im Jahr 2015 entfielen allein 2.641 Schulungstage auf fachliche Weiterbildungen.

Gesundheitsmaßnahmen ausgebaut

Im Blickpunkt unseres Gesundheitsmanagements steht das Schaffen präventiver Strukturen und Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung. Darüber hinaus können unsere Mitarbeiter – und neben ihnen auch ihre Freunde und Familienangehörigen – vielfältige Workshops mit gesundheitlicher Ausrichtung sowie Bewegungsangebote nutzen. Die Gesundheitsquote in der DKB ist nach wie vor sehr hoch: 2015 lag sie bei 96,0%. Die Gesundheitsquote ergibt sich aus dem Anteil der krankheitsbedingten Fehltagen zu den Gesamttagen.

Seit 2012 haben 33 DKB-Mitarbeiter das Angebot genutzt, über eine Fachhochschule nebenberuflich die Qualifikation „Gesundheitscoach“ zu erwerben. Die ausgebildeten Mitarbeiter sind an allen Standorten der DKB im Einsatz. Sie wirken dort als Multiplikatoren zur Förderung der betrieblichen Gesundheit, indem sie in Kooperation mit ausgewählten Partnern standortspezifische Maßnahmen umsetzen.

Auch im vergangenen Jahr wurden in Zusammenarbeit mit Gesundheits- und Betreuungszentren Impfungen sowie medizinische Gesundheitschecks auf freiwilliger Basis durchgeführt.

2015 führten wir für alle Mitarbeiter der DKB eine Gesundheitsaktion zum Thema Stressprävention durch. Im Rahmen der Aktion führten Sportwissenschaftler der Hochschule für Gesundheit und Sport, Technik und Kunst aus Berlin kostenfreie Untersuchungen durch und gaben den Mitarbeitern individuelle Empfehlungen.

Regelmäßige externe Evaluierungen

Die Themen Mitarbeitergesundheit und Mitarbeiterzufriedenheit lassen wir in der DKB regelmäßig extern evaluieren: Im Jahr 2015 führte ein externes Beratungsunternehmen eine umfassende Mitarbeiterbefragung zum Thema Unternehmenskultur durch. Zudem haben wir im Dezember 2014 unser betriebliches Gesundheitsmanagement im Rahmen des „Corporate Health Award“ reauditieren lassen.

Kunden

Produkte, Qualität, Innovation richten sich voll auf den Kunden aus

Um in einem intensiven Wettbewerb mit einer zunehmenden Zahl von direkten und mittelbaren Marktteilnehmern unsere Position bzw. unsere Vorsprünge zu halten, entwickeln wir unsere Produkte und Leistungen permanent weiter. Ansatz und Ziel ist es dabei immer, das Nutzererlebnis für unsere Kunden zu verbessern. Bei der Weiterentwicklung unserer Produkte und Leistungen konzentrieren wir uns konsequent auf die ausgewählten Geschäftsfelder.

Wir streben eine sehr hohe Kundenzufriedenheit an. Dazu setzen wir im Privatkundenbereich auf den Ausbau digitaler Services mit einem Mehrwert für den Kunden mit dem Ziel einer möglichst intuitiven Nutzung unserer Produkte und Leistungen. Gegebenenfalls gehen wir dazu langfristige Kooperationen ein – sowohl auf der Technologie- als auch auf der Produktseite.

Als Geschäftsbank für Kommunen und mittelständische Unternehmen ist es unser Anspruch, unsere Kunden auf hohem Niveau zu beraten. Dabei hilft uns unser großes Branchenwissen. Dieses stellen wir sicher, indem wir in unseren Kundenteams Fachspezialisten einsetzen, zum Beispiel Agrar- und Bauingenieure, Verfahrens- und Umwelttechniker. Zudem kooperieren wir innerhalb der jeweiligen Regionen und Branchen mit Fachverbänden, Förderbanken und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Zahlreiche Verbesserungen und Neuerungen zur Verbesserung des Angebots

Auch im Jahr 2015 haben wir unsere Bankdienstleistungen verbessert: So können unsere Kunden unsere Website seit November 2015 bequem mit unterschiedlichen Endgeräten ansteuern und erhalten eine Display-Ansicht, die zu ihrem jeweils genutzten Endgerät passt. Diese endgeräteoptimierte Darstellung (responsives Design) verbessert die Nutzerfreundlichkeit vor allem auf den mobilen Geräten erheblich.

Mit dem FinTech-Unternehmen FinReach gingen wir im vergangenen Jahr eine Partnerschaft ein. Mit der neuen Technologie von FinReach wird der Kontowechsel für einen Neukunden noch einmal deutlich erleichtert.

Gemeinsam mit der BMW Bank und MasterCard geben wir die neue Generation der BMW- und MINI-Kreditkarten heraus. Die Karten dienen als kontaktloses Zahlungsmittel und zugleich als Autoschlüssel für Fahrzeuge des Car-sharing-Dienstes DriveNow. Auf den Karten befindet sich ein Chip, der die Near-Field-Communication-Technologie (NFC) unterstützt. Über diesen Chip wird neben dem Bezahlen auch die Funkschlüsselfunktionalität realisiert.

Die DKB hat frühzeitig auf die neueste NFC-Technologie gesetzt. So verfügt mittlerweile ein Großteil der ausgegebenen DKB-VISA-Cards (90 %) über VISA payWave. payWave ist eine innovative Möglichkeit zum kontaktlosen Bezahlen. Bei Beträgen bis 25 EUR muss lediglich die Karte an das Lesegerät gehalten werden, eine Bestätigung mittels PIN bzw. Unterschrift ist nicht nötig. Eine sichere Abwicklung wird dadurch gewährleistet, dass bei jedem Bezahlvorgang ein dynamischer Code erzeugt wird. Vorteile für die DKB-Kunden ist ein schnellerer und bequemerer Bezahlvorgang, bei dem die Suche nach Kleingeld entfällt.

Anlass für Sonderaktionen gab das 25-jährige Jubiläum der DKB. Unter dem Motto „Wir feiern und belohnen Ihre Treue“ führten wir zahlreiche Kundenaktionen durch – mit Zinsvorteilen bei Privatdarlehen, Gebührenvorteilen bei Wertpapiertransaktionen und Möglichkeiten zum Sammeln von DKB-Punkten, die entsprechend nutzenbringend im DKB-Club eingelöst werden können.

Zur Pflege unserer Kunden im Bereich Energie und Versorgung führten wir im ersten Halbjahr 2015 ein Analyseinstrument für Stadtwerke ein. Es vergleicht Finanzkennzahlen von Stadtwerken und vermittelt einen konzentrierten Überblick über die Branche. Das Instrument wurde in den ersten Monaten sehr gut angenommen.

Für die Bereiche Infrastruktur und Firmenkunden bieten wir seit Juli 2015 in Kooperation mit der Deutschen Leasing ein neues Leasingprodukt an, über das die Kunden Anschaffungen schnell und eigenkapitalschonend finanzieren können: Bis zu einer Investitionssumme von 150.000 EUR erfolgt die Finanzierungsentscheidung innerhalb eines Werktags.

Im Berichtsjahr hat die DKB das neue Veranstaltungsformat „DKB-Zukunftsforum“ eingeführt. Referenten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung geben einen Ausblick auf wichtige Fragestellungen der Zukunft und zeigen Lösungswege auf. Teilnehmer sind Vorstände und Geschäftsführer aus den unterschiedlichen Kundengruppen der DKB. 2015 fanden 2 Zukunftsforen statt. Die Themen waren „Strategien für die Arbeitswelt von morgen“ und „Zukunftsfähige Unternehmen – nachhaltig, wirtschaftlich, sozial engagiert“.

Nachhaltigkeit

Eine nachhaltigkeitsorientierte Unternehmenspolitik

Für die DKB führt der Weg zu einer nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts über die sinnvolle Verbindung von ökonomischen, ökologischen und sozialen Zielen. Aus diesem Grund arbeitet das Unternehmen daran, die Nachhaltigkeitsleistung kontinuierlich zu verbessern. Das bedeutet:

- die Ausrichtung auf nachhaltige Bankprodukte,
- eine bestmögliche Berücksichtigung und Unterstützung der sozialen Bedürfnisse der Mitarbeiter,
- die Übernahme sozialer Verantwortung durch Beteiligung an sozialen, nutzenstiftenden Projekten,
- das Minimieren der umweltbeeinträchtigenden Auswirkungen der Geschäftstätigkeit und
- die Dialogpflege mit den unterschiedlichen Anspruchsgruppen über nachhaltige Themen als Chance zur eigenen Weiterentwicklung und Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft.

Regelmäßiges Rating durch imug und oekom

Zur Unterstreichung der Ernsthaftigkeit, mit der wir das Thema Nachhaltigkeit betreiben, aber auch als Signal für den nachhaltigkeitsorientierten Kapitalmarkt unterziehen wir uns regelmäßig entsprechenden Ratings. So prüfen die Nachhaltigkeits-Ratingagenturen imug und oekom die DKB auf die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards, das Vorhandensein und die Einhaltung von selbst gegebenen Richtlinien sowie auf spezielle, zur Geschäftstätigkeit des Unternehmens passende Maßnahmen.

Beim Nachhaltigkeitsrating von oekom research ist die DKB derzeit alleiniger „Industry Leader“ und wurde mit einem „B-“ bewertet. Dies ist die höchste Note unter allen gerateten deutschen Geschäfts-, Landes- und Regionalbanken. Dieses Corporate Rating bedeutet zugleich den „Prime-Status“ und zum Zeitpunkt der Label-Vergabe die Einstufung als erstes und derzeit einziges dieser Institute in die Kategorie „good“.

Ausschlaggebend für das sehr gute Abschneiden waren das geringe Risikoniveau der Bank in Bezug auf Kontroversen und sogenannte ESG-Risiken (Umwelt, Soziales und Unternehmensführung), die Leistungen als Arbeitgeber und die nachhaltige Ausrichtung der Kreditvergabe. Die DKB finanziert seit 1996 Windparks und Solaranlagen und verfügt über eines der größten Kreditportfolios (ca. 9 Mrd. EUR) bei erneuerbaren Energien in Deutschland.

Die Nachhaltigkeits-Ratingagentur imug sieht die Stärken der DKB unter anderem bei „socially responsible products“, der Umweltberichterstattung, der Arbeitsplatzsicherheit, der Chancengleichheit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie bei der Zusammenarbeit mit Förderbanken.

imug bewertet auch die Öffentlichen Pfandbriefe sowie die Hypothekendarlehen der DKB: Erstere mit dem Rating „sehr positiv (A)“, Letztere mit dem Rating „positiv (B)“.

Chancen- & Risikobericht

Im Nachfolgenden werden die wesentlichen Risiken (Risikobericht) sowie Chancen (Chancenbericht) für das Jahr 2016 dargestellt:

- Die Risikoberichterstattung umfasst dabei Angaben zum Risikomanagementsystem und zu einzelnen Risiken sowie eine zusammenfassende Darstellung der Risikolage.
- Der Chancenbericht geht auf mögliche positive Abweichungen von unseren Planungen ein, die wir im Prognosebericht darstellen.

Risikobericht

Der Risikobericht bezieht sich, soweit nicht explizit anders gekennzeichnet, entsprechend der internen Risikosteuerung auf den DKB-Konzern. Die DKB als Muttergesellschaft stellt innerhalb des DKB-Konzerns den dominierenden Anteil dar. Die Konzernzahlen ergeben sich demnach im Wesentlichen aus der DKB.

Unter Risiken werden mögliche künftige Entwicklungen oder Ereignisse verstanden, die zu einer für die Bank negativen Prognose- bzw. Zielabweichung führen können. Mit Blick auf Chancen verweisen wir auf die Ausführungen im Chancenbericht.

Wesentliche Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Kapitalanforderungen und die Sicherstellung der Risikotragfähigkeit sind zentrale Bestandteile der Steuerung der Bank. Die Bank erfüllte im Berichtszeitraum sowohl die regulatorischen Vorgaben hinsichtlich der Eigenkapitalausstattung und der Liquidität als auch die Anforderungen an die ökonomische Kapitaladäquanz im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung. Allen bekannten Risiken trägt die

Bank durch Vorsorgemaßnahmen angemessenen Rechnung und hat zur Risikofrüherkennung geeignete Instrumente implementiert.

Wesentliche methodische Änderungen im Berichtszeitraum betreffen die Deckungsmasse in der Risikotragfähigkeitsrechnung, die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für Adressausfallrisiken und die Erweiterung des Instrumentariums für inverse Stresstests.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung (ICAAP) sowie dem ICAAP-Stressszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ wird seit dem 31. Januar 2015 ein Puffer für potenzielle Verluste aus Rentenpapieren bis zum Erreichen des Stop-Loss-Limits nach IFRS von der Deckungsmasse abgezogen.

Im Zuge der Weiterentwicklung des Kreditportfoliomodells wurde zum 30. Juni 2015 der analytische durch einen simulativen Rechenkern abgelöst. Gleichzeitig wurde ein Floor bei der Ermittlung des Zuschlags für Migrationsrisiken eingeführt, wodurch konservativ keine Ratingverbesserungen mehr zugelassen werden. Entsprechend steigt der Zuschlagsfaktor deutlich an und bewirkt einen Anstieg des Risikokapitalbedarfs für Adressausfallrisiken.

Weiterhin wurde das Going-Concern-Szenario zum 31. Dezember hinsichtlich des Risikokapitalbedarfs für das Adressausfallrisiko und des Risikokapitals angepasst.

Als Risikomaß für Adressausfallrisiken dient nun konzern-einheitlich der Unexpected Shortfall zum Konfidenzniveau von 80 %. Im Gegensatz zum bisherigen Vorgehen auf Basis der historischen Verluste aus dem Kreditgeschäft der letzten fünf Jahre wird durch Umstellung auf eine monatliche Risikorechnung mit dem Kreditportfoliomodell jetzt ein sensitiverer Ansatz verfolgt.

Weiterhin wurde die Ermittlung des Risikokapitals im Going-Concern-Szenario überarbeitet. Neben dem bereits realisierten Jahresergebnis und der Hochrechnung für

das Gesamtjahr wird bei der Ermittlung des anrechenbaren Jahresergebnisses zusätzlich das nachhaltige Jahresergebnis berücksichtigt. Dies dient zur Glättung des Cliff-Effektes, der sich bei der bisherigen Betrachtung des Minimums aus Hochrechnung und realisiertem Ergebnis nach Abführung des Jahresüberschusses an die Eigentümer in den ersten Monaten des Jahres ergeben hat.

Weiterhin wurden im Rahmen der jährlichen Validierung die Abhängigkeiten zwischen den Sektoren auf Basis der aktuellen Ausfallzeitreihen des Statistischen Bundesamtes überarbeitet. Insbesondere in der Abhängigkeitsstruktur für Privatkunden kam es dabei zu Veränderungen, was sich in einer Verschiebung des Anteils am Risikokapitalbedarf zwischen Privatkunden und Firmenkunden widerspiegelt.

In der Risikotragfähigkeitsrechnung lag die Auslastung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals zum 31. Dezember 2015 bei 44 % und befindet sich damit weiterhin auf einem komfortablen Niveau. Ebenso wurden die Limite für den Risikokapitalbedarf der einzelnen Risikoarten im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

Die Verschmelzung der SKG BANK AG auf die DKB hatte keine wesentlichen Auswirkungen auf das Risikoprofil, da die Risikopositionen der SKG BANK AG bereits vor der Verschmelzung nach dem Durchschauprinzip betrachtet worden sind.

Auch bei den durchgeführten Stresstests reichte das Risikokapital aus, um die Szenarioverluste abzudecken.

Das Instrumentarium für inverse Stresstests wurde im 1. Halbjahr um risikoartenübergreifende Szenarien ergänzt. Die Eintrittswahrscheinlichkeiten der Szenarien bzw. Parameterverschiebungen, die die Fortführung des Geschäftsbetriebs gefährden, sind sowohl bei den Betrachtungen auf Ebene der einzelnen Risikoarten als auch bei den risikoartenübergreifenden Betrachtungen als relativ gering einzuschätzen.

Bestandsgefährdende Risiken bestehen nach Einschätzung der Bank derzeit nicht.

Aufsichtliche Kapitaladäquanz

Die Beurteilung über die Angemessenheit der Eigenmittel erfolgt seit 2014 auf Basis der europäischen Eigenmittel-Verordnung „Capital Requirements Regulation (CRR)“ und wird auf Einzelinstitutsebene nach dem Kreditrisikostandardansatz (KSA) vorgenommen.

Die entsprechenden bankaufsichtsrechtlichen Kennzahlen der DKB sind folgender Tabelle zu entnehmen:

Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz

in Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Adressrisiken	28.913	27.366
Operationelle Risiken	964	963
Credit Valuation Adjustment (CVA)	3	6
Summe der anrechnungspflichtigen Positionen	29.880	28.335
Eigenmittel	2.719	2.797
davon Kernkapital	2.460	2.461
Eigenmittelquote	9,10 %	9,87 %
Kernkapitalquote	8,23 %	8,69 %

Die Ausweitung der Adressrisiken resultiert hauptsächlich aus dem Wachstum des Kreditvolumens sowie aus der Verschmelzung der SKG BANK AG auf die DKB im Jahr 2015. Dabei wurden die Risiken aus Beteiligungspositionen um 79,8 Mio. EUR reduziert und für das übernommene Kundengeschäft um 509,8 Mio. EUR erweitert.

Die raterliche Abschmelzung der Nachrangverbindlichkeiten sowie deren Fälligkeiten führten zu einem Rückgang des anrechenbaren Ergänzungskapitals um 76,7 Mio. EUR auf 259,2 Mio. EUR. Im Gegensatz zum Vorjahr wurden 2015 keine neuen Nachrangverbindlichkeiten aufgenommen.

Die Ausweitung der Adressrisikopositionen bei gleichzeitig leicht sinkenden Eigenmitteln ist ursächlich für den Rückgang der Eigenmittelquote um 0,77 % auf 9,10 %.

Eine Verstärkung des Kernkapitals erfolgt im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 durch die Zuführung von § 340g HGB-Reserven i. H. v. 100,0 Mio. EUR, welche aufsichtsrechtlich im ersten Quartal 2016 zur Anrechnung kommen.

Die aufsichtsrechtlich geforderte Mindestquote von 8,00 % für die Eigenmittelunterlegung war jederzeit eingehalten.

Risikoorientierte Steuerung

Organisation des Risikomanagements

Der Risikoausschuss des Aufsichtsrats überwacht das vom Vorstand verantwortete Risikomanagement. Der Risikoausschuss befasst sich im Wesentlichen mit Fragen im Zusammenhang mit der Geschäftsstrategie, der Risikostrategie und der Risikosituation. Weiterhin entscheidet er über Kredite, die gemäß dem Gesetz über das Kreditwesen in der Zuständigkeit des Aufsichtsrats liegen, sowie über Kredite oberhalb der Kompetenzgrenze des Vorstands.

Der Vorstand trägt die Verantwortung für die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements und die Umsetzung der Risikostrategie. Zur Erfüllung der ihm obliegenden Verantwortung für die Implementierung eines angemessenen und funktionstüchtigen Risikomanagementsystems hat der Vorstand eine Risikomanagementorganisation eingerichtet, zu der insbesondere die Festlegung und Dokumentation der risikopolitischen Grundsätze gehört. Neben Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sind entsprechend den MaRisk Prozesse zur

Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung sowie Kommunikation der Risiken festgelegt worden.

Neben der funktionalen Trennung von Markt- und Marktfolgeeinheiten bzw. von Handels- und Abwicklungseinheiten erfordert eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation insbesondere angemessene interne Kontrollverfahren sowie eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken. Die Bereiche Risk Office, Compliance, Kreditanalyse und Votierung, Kredit Risikobetreuung und Mid Office bilden den Rahmen für das Risikomanagement- und Überwachungssystem und sind organisatorisch dem Risikodezernenten bzw. dem Finanzvorstand zugeordnet.

Die Aufgaben des Risikocontrollings gemäß MaRisk AT 4.4.1 nimmt der Bereich Risk Office wahr. Dazu zählt insbesondere die Unterstützung des Vorstands in allen risikopolitischen Fragen, d. h. insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie und bei der Ausgestaltung des Systems zur Begrenzung der Gesamtbankrisiken über Risikosteuerungs- und -controllingprozesse sowie Risikofrüherkennungsverfahren. Neben der laufenden Überwachung der Risikosituation, der Risikotragfähigkeit und der Risikolimiten ist der Bereich Risk Office mit der Risikoberichterstattung befasst.

Der Bereich Mid Office ist für die Sicherstellung interner und externer Vorgaben für das Management von Sicherheiten sowie die Methoden, Verfahren und Prozesse zur Sicherheitenbewertung verantwortlich. Weiterhin obliegen dem Fachbereich Rating die Integration und Weiterentwicklung der Rating- und Scoringsysteme sowie der Ausfall- und Verlustdatensysteme.

Die risikoorientierte und prozessunabhängige Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements obliegt dem Bereich Revision. Dieser nimmt die Aufgaben der Internen Revision nach BT 2 der MaRisk wahr. Ziele der Internen Revision sind die Überwachung der Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftstätigkeit sowie die Förderung der Optimierung der Steuerungs- und Überwachungsverfahren.

Daneben wirken der Bereich Compliance und der Fachbereich Datenschutz und Sicherheit auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hin und steuern Risiken

resultierend aus Finanzsanktionen, im Bereich der Geldwäscheprävention, der Betrugsprävention und des Datenschutzes.

Risikostrategie

Der Gesamtvorstand ist verantwortlich für die Festlegung und Umsetzung der Risikostrategie, überprüft sie anlassbezogen und passt sie gegebenenfalls an aktuelle Entwicklungen an. Im Rahmen der jährlichen Überprüfung und Aktualisierung wird die Risikostrategie sämtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats zur Kenntnis gebracht und mit diesen erörtert. Als wesentliche Vorgabe für Bankgeschäfte ist sie Teil der schriftlich fixierten Ordnung.

Der Inhalt der Risikostrategie basiert auf der Geschäftsstrategie und richtet sich nach der Group Risk Strategy Guideline sowie den geschäftsstrategischen Vorgaben, d. h. nach der Konzernrisikostrategie und den Teilrisikostrategien der BayernLB. Die Risikostrategie definiert die Ziele der Risikosteuerung in den wesentlichen Geschäftsaktivitäten und konkretisiert dabei die in der Geschäftsstrategie getroffenen Planungsprämissen hinsichtlich der Identifizierung, Steuerung und Überwachung bedeutender Risiken. Die Risikostrategie erstreckt sich über alle Geschäfte und Risiken nach MaRisk AT 2.2 und 2.3.

Die Vorgaben der Risikostrategie zielen darauf ab, die Unternehmensziele auf Grundlage des angestrebten Risikoprofils im Zeitverlauf zu erfüllen und dabei ein ausgewogenes Verhältnis von Risiko und Ertrag sowie die permanente Risikotragfähigkeit sicherzustellen. Damit bildet die Risikostrategie die Grundlage für die Risikotragfähigkeit.

Die Risikostrategie legt entsprechend den MaRisk AT 4.2 Tz. 2 konsistent zur Geschäftsstrategie die Grundhaltung der Bank zur Risikoübernahme und zum Risikomanagement fest. Die Ableitung der Risikostrategie aus der Geschäftsstrategie ist Bestandteil des nach MaRisk AT 4.2 Tz. 4 eingerichteten Strategieprozesses. In Verbindung mit der Geschäftsstrategie und der Risikotragfähigkeitskonzeption beschreibt die Risikostrategie die Rahmenbedingungen für den internen Risikokapitalallokations- und Planungsprozess. Im Rahmen der Formulierung der Risikotoleranzen für die einzelnen Risikoarten wird das bereitgestellte Risikokapital bestimmt und auf die Risikoarten verteilt. Dabei werden auch mögliche adverse Entwicklungen berücksichtigt. Die Höhe des bereitgestellten Risikokapitals dokumentiert die Risikoneigung der Bank.

Die Risikostrategie umfasst die Grundsätze und Teilstrategien für die einzelnen Risikoarten. Die konkreten Bestandteile des Risikomanagementsystems (Methoden, Instrumente, Prozesse) werden in den Teilstrategien aufgeführt und sind im Risikohandbuch detailliert beschrieben.

Darüber hinaus legt die Risikostrategie Rahmenbedingungen für die Kreditvergabe bzw. für die Zusammensetzung des Wertpapierportfolios fest. Das Engagement fokussiert grundsätzlich nur auf Geschäftsfelder, in denen die Bank über eine entsprechende Expertise zur Beurteilung und Steuerung der spezifischen Risiken verfügt. Der Aufnahme neuer Geschäftsfelder oder Produkte geht grundsätzlich eine adäquate Risikoanalyse voraus.

Als Mitglied des BayernLB-Konzerns ist die Bank in dessen konzernweite Risikosteuerung und Risikotragfähigkeitskonzeption eingebunden. Die Bank übernimmt grundsätzlich die geltenden Standards und Methoden der BayernLB. Wenn das Risikoprofil der Bank jedoch eine differenzierte Sichtweise erfordert, werden eigene Verfahren und Methoden eingesetzt, die mit dem zentralen Risikocontrolling abgestimmt sind. Die Bank folgt den Vorgaben der Konzernstrategie und der konzernweiten Teilrisikostrategien und ist darüber hinaus zur Einhaltung der konzernweit gültigen Guidelines verpflichtet. Die Überwachung der risikostategischen Vorgaben für den Konzern hinsichtlich ihrer Zielerreichung sowie das Reporting erfolgt durch den Bereich Group Risk Control der BayernLB. Abweichungen von der Konzernrisikostrategie werden ad hoc an den Vorstand der DKB sowie den Vorstand der BayernLB gemeldet. Zudem bedürfen Geschäfte und Handlungen, die im Widerspruch zu der Konzernrisikostrategie stehen, der Zustimmung des Vorstands der BayernLB.

Risikoinventur und wesentliche Risikoarten

Um wesentliche Risiken zu identifizieren und die Angemessenheit des Risikomanagementsystems in Relation zum Risikogehalt zu überprüfen, werden regelmäßig Risikoinventuren durchgeführt. Die Wesentlichkeit leitet sich aus den tatsächlichen Risikokosten der letzten 5 Jahre bzw. dem prognostizierten Risikokapitalbetrag ab.

Als wesentliche Risiken wurden Adressausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungs- und operationelle Risiken sowie Liquiditäts-, Reputations- und Geschäftsrisiken identifiziert.

Die Analyse und Bewertung der einzelnen identifizierten Risikoarten und deren Steuerung und Überwachung sind in den dazugehörigen Bankpolitiken, dem Risikotragfähigkeitshandbuch und den verschiedenen Teamhandbüchern festgelegt.

Adressausfallrisiken umfassen die Gefahr, dass ein Vertragspartner (Kreditnehmer, Emittent, Kontrahent) seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht oder nicht vollständig nachkommen kann, sowie das Verlust- und Wertveränderungsrisiko aus gestellten Sicherheiten. Darüber hinaus wird das Länderrisiko berücksichtigt. Es umfasst die Gefahr, dass sich aufgrund ökonomischer oder politischer Entwicklungen Restriktionen ergeben, die den Transfer von Finanzmitteln an ausländische Gläubiger beeinträchtigen. Die Bank geht Adressausfallrisiken im klassischen Kundengeschäft (Kreditrisiko) und in Form der Emittenten- und Kontrahentenrisiken sowie aus gruppeninternen Forderungen ein. Länderrisiken bestehen vornehmlich im Wertpapierportfolio bei ausländischen Emittenten. Im Hinblick auf das Gesamtportfolio sind diese nicht wesentlich. Kontrahentenrisiken in Form von Wiedereindeckungsrisiken werden in sehr geringem Umfang vor allem zur Absicherung von Zinsrisiken und im besicherten Geldhandel eingegangen. Verbriefungen in Form von ABS- oder MBS-Konstruktionen oder der Kauf von verbrieften Forderungen sind in der Bank keine zugelassenen Produkte. Die Bank ist derartige Risiken nicht eingegangen.

Unter **Beteiligungsrisiken** werden Adressausfallrisiken aus Beteiligungspositionen zusammengefasst. Dabei handelt es sich um potenzielle Wertverluste durch die Bereitstellung von Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Finanzierungen (z. B. stille Einlagen) aus Haftungsrisiken sowie Wertverluste aus Einzahlungsverpflichtungen oder Ergebnisabführungsverträgen. Kredite an Beteiligungen sind Bestandteil des Adressausfallrisikos.

Marktpreisrisiken sind definiert als potenzielle Verluste aus Marktpreisveränderungen von Wertpapieren, Geld- und Devisenprodukten, Rohstoffen und Derivaten sowie der Veränderung von Zinsen und Währungskursen. Marktpreisrisiken werden in Form der Zinsänderungsrisiken des Bankbuchs und des Wertpapierbestands eingegangen. Währungsrisiken sind nur marginal vorhanden; Rohstoff- und Verbriefungsrisiken bestehen nicht. Optionsrisiken bestehen vor allem durch implizite Optionen aus Kündigungsrechten im Kreditgeschäft nach § 489 BGB und Zinsbegrenzungsvereinbarungen, die in der Messung

des Zinsänderungsrisikos des Bankbuchs berücksichtigt werden.

Liquiditätsrisiken umfassen das Risiko, gegenwärtige oder zukünftige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können. Zusätzlich werden erhöhte Kosten zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit dem Liquiditätsrisiko zugeordnet. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden Liquiditätsrisiken gemeinsam mit Reputationsrisiken betrachtet. Unter **Reputationsrisiko** versteht man die Gefahr eines finanziellen Verlusts bzw. entgangenen Gewinns aufgrund einer (drohenden) Schädigung respektive Verschlechterung der Reputation der Bank bei ihren Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern sowie Trägern/Anteilseignern oder der (breiteren) Öffentlichkeit durch entsprechende Berichterstattung in den öffentlichen Medien, inklusive Social Media (Facebook, Twitter u. Ä.), z. B. aufgrund von persönlichem negativem Auftreten von Bankvertretern nach außen oder nach innen. Dabei ist Reputation der aus Wahrnehmungen der Anspruchsgruppe resultierende öffentliche Ruf einer Bank bezüglich ihrer Kompetenz, Integrität und Vertrauenswürdigkeit. Reputationsrisiken bestehen insbesondere im Rahmen unerwarteter Abflüsse von Kundeneinlagen als Folge eines massiven Vertrauensverlusts in die Bonität oder die IT-Sicherheit mit Auswirkungen auf die Liquiditätsausstattung und die Ertragslage.

Operationelle Risiken sind in enger Anlehnung an die bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR als die Gefahr von unerwarteten Verlusten definiert, die durch menschliches Verhalten, Prozess- und Kontrollschwächen, technologisches Versagen, Katastrophen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen werden. Das Rechtsrisiko ist in diese Definition eingeschlossen und wird als die Gefahr von Verlusten, die aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht rechtzeitiger Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen definiert. Darüber hinaus werden IT-Risiken zu den operationellen Risiken gezählt. Sie werden definiert als die Gefahr der Realisierung von Verlusten, die infolge von Verletzungen der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit, Integrität und Authentizität von Daten aufgrund eines durchgeführten Angriffs unter Ausnutzung von Schwachstellen in der IT-Infrastruktur eintreten.

Geschäftsrisiken bezeichnen unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und zu einer Abweichung der Planungsprämissen – wie z. B. konjunkturelle Entwicklung, Kapitalmärkte, Eigenkapitalausstattung – von der tatsächlichen Ertragslage führen. Als Geschäftsrisiken werden auch strategische Risiken ausgewiesen.

Einbindung der Tochterunternehmen

Alle Tochterunternehmen der DKB sind Bestandteil der Risikostrategie und werden entsprechend ihrer Wesentlichkeit für das Gesamtrisikoprofil in den strategischen Vorgaben und dem Risikomanagementsystem berücksichtigt. Zur Umsetzung der Anforderungen an das Risikomanagement auf Gruppenebene wird durch den Fachbereich Strategie & Beteiligungen in Abstimmung mit dem Bereich Risk Office jährlich eine Beteiligungsinventur zur Ermittlung wesentlicher Risikopotenziale von direkten Tochtergesellschaften durchgeführt.

Risikotragfähigkeit und Stresstesting

Risikotragfähigkeit

Die Analyse der Risikotragfähigkeit mittels des Internal Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP) ist ein wesentlicher Bestandteil der Gesamtbanksteuerung. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn das Risikokapital ausreicht, um zukünftige Risiken aus den zugrunde liegenden Geschäften abzudecken. Durch die aktive Steuerung der ökonomischen Kapitaladäquanz auf Basis der internen Risikomessmethoden ist sichergestellt, dass das eingegangene Risiko jederzeit im Einklang mit der Kapitalausstattung steht.

Als führenden Steuerungsansatz im Rahmen des ICAAP hat die Bank einen Liquidationsansatz gewählt, in dem das Risiko wertorientiert ermittelt wird.

Die Auslastung des Gesamtrisikokapitals und der Risikoartenlimite für die Risikoarten wird vom Bereich Risk Office überprüft und im Rahmen der monatlichen Risikoberichterstattung an den Vorstand berichtet. Bei Überschreitung der Risikoartenlimite erfolgt die Einleitung der im Eskalationsmodell aufgeführten Maßnahmen. Darüber hinaus versorgt die Bank die verantwortlichen zentralen Einheiten der BayernLB monatlich mit den zur Darstellung des

Konzernrisikos und der konzernweiten Risikotragfähigkeit erforderlichen Daten.

Risikodeckungsmasse

Die Risikodeckungsmasse basiert auf einem Mischkonzept aus Bilanz- und GuV-Werten der Bank. Sie enthält sowohl Kapitalbestandteile, die kurzfristig verfügbar sind oder als Ergebnisgrößen im Laufe des Geschäftsjahres realisiert werden, als auch Reserven, die langfristig zur Verfügung stehen und geringeren Schwankungen unterliegen. Ergänzt werden die Bestandteile um weitere Eigenkapitalpositionen sowie Eigenkapitaläquivalente, unter die insbesondere Fremdkapitalpositionen mit Nachrangcharakter fallen.

Zur Ermittlung der Liquidationsdeckungsmasse, dem zur Risikosteuerung vorhandenen Risikokapital im engeren Sinne, werden stille Lasten aus Wertpapieren und immaterielle Vermögensgegenstände in Abzug gebracht. Nachrangmittel werden abzüglich der im Eigenbestand befindlichen Nachrangmittel berücksichtigt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Liquidationsdeckungsmasse abzüglich von Puffern für quantifizierbare Risiken wie Liquiditäts-, Reputations-, Geschäfts- und strategische Risiken. Es erfolgt eine differenzierte Betrachtung, sodass im ICAAP sowie in den betrachteten Stressszenarien verschiedene Puffer angesetzt werden. Neben den Puffern für schwer quantifizierbare Risikoarten wird dabei auch ein Puffer für das IFRS-Limit der Rentenscheine in Abzug gebracht. Die den Puffern zugrunde liegenden Annahmen werden jährlich geprüft.

Ein Teil der verfügbaren Deckungsmasse wird zur Unterlegung des operativen Geschäfts verteilt und steht zur Abdeckung der Verlustpotenziale im ICAAP zur Verfügung. Der restliche Anteil steht zusätzlich zur Abdeckung des konzernweiten Standardszenarios „Schwerer konjunktureller Abschwung“ zur Verfügung.

Risikokapitalbedarf

In die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs werden Adressausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Beteiligungsrisiken und operationelle Risiken quantitativ einbezogen. Die Bank wählt bei Verfahren der ökonomischen Risikomessung mit Ausnahme des operationellen Risikos ein einheitliches Konfidenzniveau von 99,95 %. Die angesetzte Haltedauer

beträgt grundsätzlich ein Jahr; für Marktpreisrisiken werden abhängig vom Risikofaktor institutsspezifische Haltedauern verwendet. Bei Beteiligungsrisiken und operationellen Risiken greift die Bank auf aufsichtsrechtliche Anrechnungsvorschriften zurück. Für Beteiligungsrisiken wird auf aufsichtsrechtliche Vorschriften nach Artikel 155 CRR zurückgegriffen. Der Risikokapitalbedarf für operationelle Risiken wird nach dem Standardansatz gemäß Artikel 317 CRR ermittelt.

Die Aggregation der einzelnen Risikokapitalbedarfe der Risikoarten erfolgt konzerneinheitlich entsprechend den Vorgaben der BayernLB durch Summation.

Entwicklung der Risikosituation

Zum aktuellen Stichtag ergibt sich folgendes Risikoprofil:

in Mio. EUR	31.12.2015	31.12.2014
Adressausfallrisiken	427	328
davon Kundenforderungen	374	318
davon gruppeninterne Forderungen ggü. der BayernLB	53	10
Marktpreisrisiken	395	306
Beteiligungsrisiken	11	6
Operationelle Risiken	77	79
Risikokapitalbedarf gesamt	910	719
Verfügbare Deckungsmasse	3.131	3.092
davon als Limite verteilt	2.045	2.045

Gegenüber dem Vorjahr ist der Risikokapitalbedarf um 186 Mio. EUR auf 910 Mio. EUR angestiegen.

Der Risikokapitalbedarf für Adressausfallrisiken ist im Berichtszeitraum um insgesamt 99 Mio. EUR gestiegen. Hintergrund ist vor allem die Einführung eines Floors bei der Ermittlung des Zuschlags für Migrationsrisiken. Dadurch werden konservativ keine Ratingverbesserungen zugelassen. Weiterhin ergab sich aus der Validierung der Risikoparameter LGD und CCF eine Erhöhung des ausgewiesenen Risikokapitalbedarfs. Ursächlich hierfür sind überwiegend methodische Änderungen, die insgesamt zu einer stark konservativen Vorgehensweise bei der Ermittlung der Schätzunsicherheiten und der Berücksichtigung von Diskontierungssätzen führten.

Die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs für gruppeninterne Forderungen gegenüber der BayernLB wurde von einer Differenzenbetrachtung auf eine integrierte Rechnung umgestellt. Aufgrund der Größe des Engagements, das im Wesentlichen aus dem Funding innerhalb der

BayernLB-Gruppe resultiert, verschieben sich im Rahmen der integrierten Rechnung die Gewichte innerhalb des Portfolios. Entsprechend stärker tritt die Konzentration des Risikos zutage und führt zu einem Anstieg des Risikokapitalbedarfs für die gruppeninternen Forderungen.

Im Anstieg des Risikokapitalbedarfs für Marktpreisrisiken spiegelt sich zum einen der Anstieg der Marktpreisrisiken aus dem Wertpapiergeschäft wider. Dieser ergibt sich aufgrund der volatileren Marktlage und des damit verbundenen Anstiegs der Ausreißer in der historischen Zeitreihe zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs. Zum anderen führt die Ausweitung des Darlehensneugeschäfts zu einem Anstieg der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch.

Der Risikokapitalbedarf für operationelle Risiken, der gemäß Standardansatz auf den Bruttoerträgen der aufsichtlich vorgegebenen Geschäftsfelder basiert, ist nur leicht gesunken und liegt weiterhin deutlich über dem realisierten Schadenvolumen von 25,1 Mio. EUR.

Die verfügbare Liquidationsdeckungsmasse beträgt zum Berichtsstichtag 3,1 Mrd. EUR und bewegt sich leicht über Vorjahresniveau. Davon sind 2,0 Mrd. EUR als Limite zur Unterlegung des operativen Geschäfts verteilt. Der restliche Anteil steht zur Abdeckung des konzernweiten Standardszenarios „Schwerer konjunktureller Abschwung“ zur Verfügung.

Das zur Verfügung stehende Risikokapital ist zum Stichtag zu 44 % (31. Dezember 2014: 35 %) ausgelastet. Die Auslastung befindet sich damit trotz des Anstiegs weiterhin auf einem komfortablen Niveau. Die Risikotragfähigkeit war im Berichtszeitraum durchgängig gegeben. Ebenso wurden die Limite für den Risikokapitalbedarf der einzelnen Risikoarten im gesamten Berichtszeitraum eingehalten.

Stresstesting

Ergänzend zum ICAAP analysiert die Bank im Rahmen von Stress- und Szenarioanalysen für alle relevanten Portfolios die Auswirkungen von außergewöhnlichen, aber plausiblen Ereignissen. Dabei werden Stressszenarien verwendet, die neben der Betrachtung der ökonomischen Effekte auch die Auswirkungen auf die Kapitalsituation berücksichtigen.

Das konzernweite Standardszenario „Schwerer konjunktureller Abschwung“ basiert entsprechend dem ICAAP auf der Liquidationssicht und wirkt sich auf alle Risikoarten aus. Dabei wird untersucht, ob die Risikotragfähigkeit auch im Falle einer schweren Rezession gegeben ist. Der daraus resultierende Risikokapitalbedarf wird der verfügbaren Deckungsmasse gegenübergestellt. Aus dem Stressszenario wird zum 31. Dezember 2015 ein zusätzlicher Risikokapitalbedarf über den ICAAP hinaus von 1.526 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 1.358 Mio. EUR) ermittelt, der durch die verfügbare Deckungsmasse abgedeckt ist. Insgesamt liegt der Risikokapitalbedarf für das Szenario bei 2.437 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 2.077 Mio. EUR).

Die Betrachtungen in der Liquidationssicht werden um eine Going-Concern-Perspektive ergänzt, die die Fortführbarkeit des Instituts bzw. den Schutz der Eigentümer in den Mittelpunkt stellt. Das konzernweite Standardszenario „5-Jahres-Verlust“ simuliert eine gravierende Veränderung der relevanten Risikoparameter, mit der in einem Zeithorizont von 5 Jahren gerechnet werden kann. Die Betrachtung erfolgt ebenfalls risikoartenübergreifend. Das berücksichtigte Risikokapital basiert auf den freien Eigenmitteln im Sinne der Capital Requirements Regulation

(CRR). Weiterhin fließt eine Ergebniskomponente ein, die das nachhaltig erzielbare Ergebnis sowie den bereits anteilig erwirtschafteten Jahresüberschuss berücksichtigt und durch die jeweils aktuelle Hochrechnung des Jahresüberschusses nach oben begrenzt wird. Für Liquiditätsrisiken bzw. Geschäfts- und strategische Risiken werden zudem von der Deckungsmasse Puffer abgezogen. Aus der Going-Concern-Perspektive muss dieses kurzfristig verfügbare Kapital ausreichen, um den Szenarioverlust zu decken, sodass der Geschäftsbetrieb unter Einhaltung der bankaufsichtsrechtlichen Mindestkapitalanforderungen fortgeführt werden kann. Zum 31. Dezember 2015 beträgt die Auslastung des Going-Concern-Kapitals 63 % (31. Dezember 2014: 46 %).

Neben den von der BayernLB vorgegebenen Stresstests hat die Bank institutsspezifische Stresstests installiert, sodass den Erfordernissen der MaRisk im Hinblick auf eine individualisierte Risikobetrachtung auch für Extremsituationen Rechnung getragen wird. Die institutsspezifischen Szenarien umfassen beispielsweise Marktanteilsverluste in bedeutenden Geschäftsfeldern, singuläre Branchenkrisen durch Änderungen der Rahmenbedingungen aufgrund exogener Schocks, Auswirkungen des aufsichtsrechtlichen Zinsschocks auf das Kreditportfolio, einen starken Anstieg operationeller Risiken sowie negative Entwicklungen im Beteiligungsbestand. Diese Szenarien basieren ebenfalls auf der Going-Concern-Sicht. Die institutsspezifischen Stressszenarien waren im Berichtsjahr zu allen Stichtagen ausreichend mit Kapital unterlegt.

Weiterhin ergänzen Sensitivitätsanalysen die Betrachtungen durch eine Erhöhung der Transparenz hinsichtlich der Auswirkungen denkbarer Veränderungen einzelner Risikofaktoren wie z. B. der Ausfallwahrscheinlichkeit.

Für alle Stressszenarien liegt die Verantwortlichkeit für die Quantifizierung und die Kommentierung im Bereich Risk Office. Die Ergebnisse der konzernweit gültigen Stresstests werden im Rahmen des monatlichen Risikoberichts an den Vorstand kommuniziert. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der institutsspezifischen Stressszenarien quartalsweise in der Portfolioanalyse dargestellt. Zur monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung werden für den Fall von z. B. akuten Marktstörungen anlassbezogene Stresstests durchgeführt und die Ergebnisse sowie ggf. Handlungsempfehlungen im Rahmen der Ad-hoc-Berichterstattung an den Vorstand kommuniziert.

Die Angemessenheit der Stressszenarien wird einmal jährlich überprüft und bei Bedarf angepasst. Bei den institutsspezifischen Stressszenarien werden zusätzlich die tatsächlich erlittenen Verluste des Vorjahres den ursprünglich prognostizierten Verlusten gegenübergestellt und hieraus ggf. ein Anpassungsbedarf für die Stressrechnung abgeleitet.

Die Bank hat darüber hinaus entsprechend der Maßgabe der MaRisk inverse Stresstests installiert. Abweichend von den konventionellen Stresstests werden dabei retrograd Szenarien identifiziert, die die Überlebensfähigkeit der Bank gefährden. Da bereits die Nichteinhaltung der bankaufsichtlichen Mindestkapitalanforderungen zu einer aufsichtlich angeordneten Einstellung des Geschäftsbetriebs führen kann, gilt ein Verlustbetrag als bestandsgefährdend, wenn er das zur Verfügung stehende Going-Concern-Kapital übersteigt. Inverse Stresstests werden dabei sowohl für einzelne Risikoarten als auch risikoartenübergreifend durchgeführt. Die Quantifizierung sowie der Ausweis der Stresstestergebnisse und deren Analyse erfolgt mindestens jährlich.

Adressausfallrisiken

Risikosteuerung und -überwachung Strategien und Policies

Das Risikomanagementsystem für Adressausfallrisiken wird in der Risikostrategie beschrieben. Sie enthält die zur Geschäftsstrategie konsistente Planung und Verteilung des Risikokapitals und Vorgaben zum Neugeschäft. Aus ihr leiten sich die Anforderungen an die Limitierung von Kreditrisiken ab. Die Geschäftsanweisungen präzisieren diese Anforderungen.

Das Kreditgeschäft wird durch die Kreditpolitik geregelt, die die allgemeine Philosophie für das Kreditrisiko sowie die Methoden zur aktiven Steuerung des Risikos vorgibt. Die Kreditpolitik definiert wichtige organisatorische Anforderungen, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten sowie Grundsätze für das Kreditrisikomanagement und gilt für alle Kreditgeschäfte.

Das Management der Adressausfallrisiken ist eine gemeinschaftliche Aufgabe der Markt- und Marktfolgeeinheiten. In diesem Prozess übernimmt der Bereich „Kreditanalyse und Votierung“ die Marktfolgefunktion und ist zuständig für die Risikoanalyse, -bewertung und -steuerung bezüglich

der risikorelevanten Engagements (Marktfolgefunktion). Weiterhin trägt er die Verantwortung für die laufende Bonitäts- und Transaktionsanalyse und gibt im Rahmen der Kreditgenehmigung das Votum der Marktfolge ab. Die Kreditkompetenzordnung regelt in Abhängigkeit von dem zu genehmigenden Kreditvolumen, der Kundengruppe und der Ratingeinstufung die Zuständigkeit der verschiedenen Kompetenzträger.

In den jeweiligen Teamhandbüchern bzw. der Kreditvergabeberichtlinie sind Richtlinien bzw. Raster je Kundengruppe fixiert, die die Rahmenbedingungen aus Vertriebs- und Risikosicht für Neukundengewinnung, Neugeschäft und Prolongationen festlegen. Für die identifizierten Abbauportfolios bestehen Rahmenbedingungen in Form einer übergeordneten Abbaustrategie der Internen Restrukturierungseinheit sowie Abbaustrategien auf Einzelkundenbasis.

Über einen Kreditgenehmigungs- und Kreditvotierungsprozess analog zu den Ausfallrisiken des Kreditgeschäfts und über ein System von Plafonds stellt die Bank auf Emittentenebene sicher, dass auch für Handelsgeschäfte der Grundsatz „kein Geschäft ohne Limit“ eingehalten wird. Die Bank limitiert dabei abhängig von der Bonität des jeweiligen Emittenten die maximale Höhe des Limits und unterteilt dieses in produktspezifische Teillimite für Schuldnerisiken, Emittentenrisiken, Wiedereindeckungsrisiken und Erfüllungsisiken. Die Einhaltung der Limite wird vom Bereich Risk Office täglich überwacht und fließt in die tägliche bzw. monatliche Berichterstattung ein. Bei Limitüberschreitungen werden die bestehenden Eskalationsprozesse aktiviert. Für Risiken aus Handelsgeschäften werden im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung die Rahmenbedingungen für Emittenten- und Kontrahentenrisiken in der Marktpreisrisikostrategie fixiert.

Die Bank berichtet im Rahmen des monatlichen Risikoberichts und der vierteljährlich erstellten Portfolioanalyse über die Entwicklung der Adressausfallrisiken.

Risikokonzentrationen und Limitierung auf Teilportfolioebene

Zur Überwachung und Begrenzung von Risikokonzentrationen hat die Bank verschiedene Limitsysteme implementiert. Die Überwachung der Limite erfolgt regelmäßig durch den Bereich Risk Office. Über die Auslastung der Limite wird im Rahmen des monatlichen Risikoberichts

an den Vorstand und den Aufsichtsrat der DKB berichtet. Überziehungen der Limite ziehen Handlungsempfehlungen und Maßnahmen entsprechend dem beschlossenen Eskalationsmodell nach sich.

Zur Begrenzung der konzernweiten Branchenrisiken werden für ausgewählte Branchen durch die BayernLB konzernweite Branchenlimite festgelegt, an denen die Bank entsprechend ihrer Mehrjahresplanung und ihres Risikoprofils beteiligt wird. Der Bank werden hieraus Sublimite eingeräumt.

Für die jeweiligen Kundengruppen in den Bereichen Infrastruktur, Firmenkunden, Privatkunden, Treasury und das Nicht-Kerngeschäft sowie ausgewählte Teilportfolios legt die Bank darüber hinaus Kundengruppenlimite fest. Diese Limite leiten sich aus der Mehrjahresplanung ab und berücksichtigen die konzernweiten Branchenlimite.

Für das Geschäft mit der öffentlichen Hand existieren auf Konzernebene Limite für die deutschen Bundesländer bzw. den Bund, aus denen die Bank ebenfalls Sublimite erhält.

Länderrisiken sind aufgrund der klaren Fokussierung auf inländische Kreditnehmer und ausländische Emittenten aus Ländern im Investment-Grade-Bereich nicht wesentlich und werden in der ökonomischen Risikomessung aufgrund der Marginalität nicht betrachtet.

Zur Steuerung der Länderrisiken ist die Bank in den konzernweiten Limitverteilungsprozess im Rahmen der konzernweiten Region-Round-Tables eingebunden und erhält entsprechend Sublimite. Die Limitierung umfasst auch Länder, die derzeit kein messbares Ausfallrisiko aufweisen. Die Auslastung der eingeräumten Sublimite wird monatlich überprüft und im Risikobericht reportet.

Zusätzlich existiert ein Prozess zur Überwachung von Sicherheitenkonzentrationen. Mindestens jährlich werden die relevanten Sicherheitenkonzentrationen identifiziert und quartalsweise einem Stresstest zur Quantifizierung des Verlustpotenzials unterzogen. Dadurch ist sichergestellt, dass Konzentrationen aus homogen reagierenden Sicherheiten unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit erkannt und begrenzt werden können.

Risikokonzentrationen und Limitierung auf Kreditnehmerebene

Zur Begrenzung kreditnehmerbezogener Risikokonzentrationen ist die Bank in die konzernweite Limitierung von Adressrisikokonzentrationen gemäß Group Risk Customer Limitation Guideline des BayernLB-Konzerns eingebunden.

Um Risikokonzentrationen im Konzern frühzeitig identifizieren zu können, zeigt die Bank Neugeschäfte und Erhöhungen, die das kompetenzrelevante Exposure einer Gruppe verbundener Kunden (GvK) nach Art. 4 Abs. 1 Nr. 39 der CRR von 50 Mio. EUR überschreiten bzw. ausweiten, der BayernLB an. Bei Engagements mit einem konzernweiten Bruttolimit von mindestens 400 Mio. EUR erfolgen die Limitierung und die Zuteilung von Sublimiten durch die BayernLB. Die Höhe der Sublimite wird monatlich mit der BayernLB abgeglichen und die Auslastung überprüft.

Zusätzlich hat die Bank zur internen Steuerung eine institutsspezifische Klumpenobergrenze auf Basis des Bruttokundenlimits für Gruppen verbundener Kunden in Höhe von 50% der aktuellen Großkreditgrenze festgelegt.

Die Überwachung zur Einhaltung der Klumpenobergrenzen erfolgt im operativen Geschäft laufend im Rahmen des Kreditgenehmigungsprozesses. Bei Neukreditgenehmigung mit Überschreitung der internen Klumpenobergrenze ist für das Engagement im Rahmen der Kreditvorlage eine Strategie zu erarbeiten. Die Genehmigung erfolgt durch den Gesamtvorstand. Die Berichterstattung über die Einhaltung der Klumpenobergrenzen erfolgt quartalsweise durch den Bereich Risk Office an den Gesamtvorstand.

Projektfinanzierungen der Kundengruppe Umwelttechnik sind von der internen Klumpensteuerung ausgenommen. Auf Basis des Bruttokundenlimits besteht für diese Gruppen verbundener Kunden eine feste Engagementobergrenze in Höhe von 350 Mio. EUR. In begründeten Ausnahmefällen sind Kreditgenehmigungen oberhalb dieser Grenze nur mit Genehmigung durch den Gesamtvorstand sowie entsprechend der Kreditkompetenzordnung durch den Risikoausschuss möglich. Die Limitüberwachung erfolgt quartalsweise durch den Bereich Risk Office im Rahmen der Portfolioanalyse.

Risikoklassifizierungsverfahren

Zur Beurteilung der Kundenbonität und somit zur Bestimmung der Ausfallwahrscheinlichkeit setzt die Bank im Rahmen des Kreditrisikomanagements vor allem die von der S Rating und Risikosysteme GmbH (SR) angebotenen Risikoklassifizierungsverfahren ein. Weiterhin kommen Verfahren der Rating Service Unit GmbH & Co. KG (RSU) zur Anwendung. Der Großteil der eingesetzten Ratingsysteme ist für die Berechnung der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen im Rahmen der IRB-Konzernmeldung der BayernLB zugelassen.

Die verwendeten Ratingverfahren nutzen statistische Modelle und basieren vorwiegend auf Scorecard-Verfahren. Darüber hinaus kommen in Abhängigkeit von der Finanzierungsstruktur bei der Bewertung von Projektfinanzierungen und nationalen Immobilien teilweise Simulationsmodelle zum Einsatz. Diese simulieren szenariobasiert die Cashflows aus Einnahmen und Ausgaben der finanzierten Objekte. Sowohl bei den Scorecard- als auch bei den Simulationsverfahren werden neben den quantitativen auch qualitative Faktoren berücksichtigt.

Die Ergebnisse der Risikoklassifizierungsverfahren werden in einer 18-stufigen Masterskala abgebildet, wobei die Ratingklassen 16–18 die Ausfallklassen umfassen. Grundlage für die Einstufung in die Ausfallklassen ist das Vorliegen mindestens eines der nachfolgenden Ausfallgründe: Zahlungsverzug/Überziehung > 90 Tage, Wertberichtigung, unwahrscheinliche Rückzahlung, Restrukturierung/Umschuldung, Kündigung/Fälligestellung, Forderungsverkauf, Abschreibung oder Insolvenz.

Die Ratingklassen 1 und 15 sind in mehrere Unterklassen mit unterschiedlichen Ausfallwahrscheinlichkeiten eingeteilt.

Alle Ratings aus manuellen Verfahren werden durch Marktfolgeeinheiten festgesetzt. Die Ratings unterliegen einer regelmäßigen Überprüfung und Aktualisierung. Die Pflege der Qualität der Systeme, die prozessuale Implementierung und Qualitätssicherung sowie die laufende Validierung und Umsetzung von Neukalibrierungen übernimmt der Fachbereich Rating. Er ist im Bereich Mid Office angesiedelt.

Risikomessung

Zur Messung der Adressenausfallrisiken auf Portfolioebene verwendet die Bank eine erweiterte, simulationsbasierte Variante des Kreditportfoliomodells CreditRisk+, welches durch die BayernLB programmiert und weiterentwickelt wurde. Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Konzentrationen und über ein Korrelationsmodell die Abhängigkeiten zwischen Branchen und Kreditnehmern im Portfolio. Zusätzlich werden Effekte aus Ratingmigrationen und Unsicherheiten bei der Ermittlung von Verlustquoten einbezogen. Für Zwecke der Risikoanalyse werden zudem die Risikobeiträge der einzelnen Kreditnehmer zum unerwarteten Verlust des Gesamtportfolios ermittelt.

Neben der Ausfallwahrscheinlichkeit wird das Adressenausfallrisiko vor allem durch den zum Ausfallzeitpunkt ausstehenden Kreditbetrag sowie die prognostizierte Verlustquote beeinflusst. Für beide Eingangsgrößen greift die Bank auf selbst geschätzte Parameter zurück. Für Banken, Länder und Kommunen werden Informationen der RSU genutzt.

Das Portfoliomodell und die maßgeblichen Parameter werden mindestens jährlich einer Validierung unterzogen.

Management problembehafteter Engagements

Die Bank bindet das Risikomanagement der drohend oder tatsächlich problembehafteten Engagements an das Rating. Kreditengagements der Bereiche Firmenkunden, Infrastruktur und Privatkunden, deren verschlechterte Bonität und Liquidität eine besondere Überwachung erfordern, werden in Engagements der Intensivbetreuung (Rating 10–12) und des Problemkreditengagements (Rating 13–18) unterteilt. Die kundenbetreuenden Einheiten erhalten monatlich eine Übersicht der betreffenden Engagements vom Bereich Kredit Risikobetreuung (KR), bei dem die Methodenverantwortung gemäß MaRisk liegt.

Ratingklasse	Kategorisierung	Risikoverantwortung Marktfolgeeinheiten
1–9	Normalbetreuung	Kreditanalyse und Votierung (KuV)*
10–12	Intensivbetreuung	
13–15	Problemkreditbetreuung	Kredit Risikobetreuung
16–18	Problemkreditbetreuung	Kredit Risikobetreuung

* Ziehungsrecht für den Bereich KR.

Die Verantwortlichkeit für Engagements der Intensivbetreuung obliegt den kundenbetreuenden Einheiten. Diese erstellen im Rahmen der von Kredit Risikobetreuung festgelegten Vorgaben und Gestaltungsspielräume eigenverantwortlich eine Strategie und einen Maßnahmenplan.

Der Bereich Kredit Risikobetreuung ist gemäß MaRisk bei Problemkreditengagements als Kompetenzträger für sämtliche Entscheidungen, Festlegung von Strategien und Gestaltungsspielräume einzubinden. Dem Bereich Kredit Risikobetreuung wird bei Engagements in der Normal- und Intensivbetreuung ein Ziehungsrecht eingeräumt, mit dessen Ausübung die Marktentscheidung überstimmt werden kann, die Kompetenzen des Bereichs Kreditanalyse und Votierung übertragen werden können oder das Engagement in die Eigenbetreuung des Bereichs KR übernommen werden kann. Für das Nicht-Kerngeschäft ist grundsätzlich der Bereich Kredit Risikobetreuung Kompetenzträger.

Im Umgang mit Wertminderungen verfügt die Bank über eine EWB-Politik. Diese regelt die Grundprinzipien für den Umgang mit drohend oder tatsächlich problembehafteten Krediten, die Bildung der Risikovorsorge und das Reporting. Erforderliche Wertberichtigungen, Rückstellungen oder deren Verbrauch bzw. Auflösung werden durch den Bereich Kredit Risikobetreuung regelmäßig ermittelt und entsprechend den in der Kompetenzordnung der Bank festgelegten Kompetenzen genehmigt und die erforderlichen Buchungen veranlasst.

Die Bank nimmt für Engagements in den Ratingklassen 16–17 (Klassifizierung: „doubtful“) bzw. 18 (Klassifizierung: „loss“) mit einem Bruttoexposure ab 0,75 Mio. EUR die Bildung von Wertberichtigungen durch eine anlassbezogene oder mindestens halbjährliche barwertige Impairment-Einzelbetrachtung vor. Kleinere Engagements unterliegen einer pauschalierten Einzelwertberichtigung (pEWB).

Sicherheitenmanagement

Ein weiteres zentrales Instrument zur Risikobegrenzung ist die Hereinnahme und laufende Bewertung banküblicher Sicherheiten. Das Sicherheitenportfolio der Bank besteht entsprechend der Kundenstruktur überwiegend aus dinglichen Sicherheiten von Privatkunden, Wohnungsunternehmen und wohnwirtschaftlichen Investoren, kommunalen Sicherheiten und Bürgschaften sowie Forderungsabtretungen bzw. Sicherungsübereignungen der Kundengruppe Erneuerbare Energien. Sonstige relevante Sicherheiten haben nur eine geringe Bedeutung.

Die Bank regelt die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Sicherheitenbearbeitung und -bewertung in ihrer Sicherheitenpolitik – angelehnt an den Konzernstandard der BayernLB. Die Sicherheitenpolitik schafft die Grundlage für die Inanspruchnahme regulatorischer Erleichterungen nach KWG und CRR und die Berücksichtigung der Sicherheiten nach ökonomischen Interessen.

Die Ermittlung von Markt- und Beleihungswerten für grundpfandrechtliche Sicherheiten nimmt einen bedeutenden Stellenwert im Rahmen der Sicherheitenbewertung ein. Die Bank greift dabei insbesondere auf die Expertise der LB ImmoWert, einer Tochtergesellschaft der BayernLB, zurück. Die Festsetzung der Beleihungswerte erfolgt durch den dem Bereich Mid Office zugeordneten marktunabhängigen Fachbereich Immobilienservice. Diesem Fachbereich sind zudem die dezentral tätigen Bauingenieure zugeordnet. Von den Vereinfachungsmöglichkeiten, die der § 24 BelWertV bietet, wird Gebrauch gemacht.

Für die Engagements in den Ausfallklassen nimmt der Bereich Kredit Risikobetreuung im Rahmen der Impairment-Betrachtung zusätzlich eine Sicherheitenbewertung unter Verwertungsaspekten vor. Bei allen Engagements wird der Sicherheitenwert für die Inanspruchnahme

der Erleichterungen nach KWG und CRR auf Basis der Beleihungswerte ermittelt. Für die ökonomische (interne) Steuerung erfolgt die Ermittlung der Liquidationswerte auf Basis der Verkehrswerte. Die Bank überprüft die Ordnungsmäßigkeit der Wertermittlungen regelmäßig im Zuge der Beleihungswertfestsetzung. Sie nimmt kontinuierlich Kontrollen von Engagements im Rahmen von Auszahlungskontrollen, Sicherheitenbearbeitung, jährlicher Engagementüberwachung und Prüfungen durch den Bereich Revision vor.

Die Einhaltung der Sicherheitenpolitik und der weiteren Konzernstandards sowie die zentrale Sicherheitenbearbeitung verantwortet der Fachbereich Collateral Management.

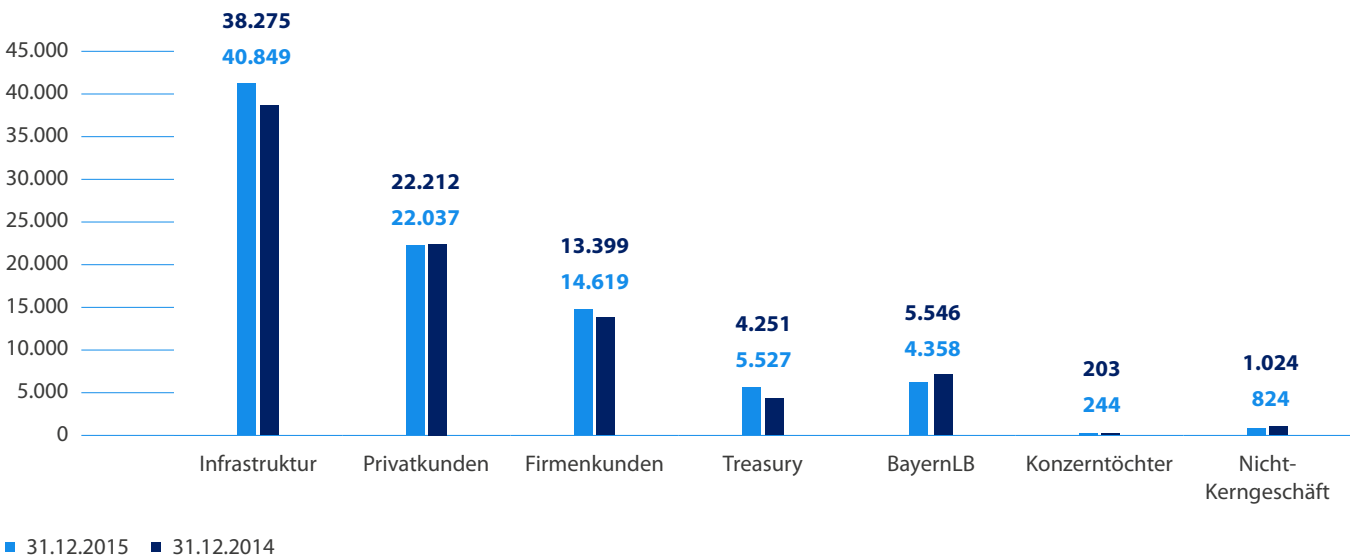
Der Vorstand und die Mitglieder des Aufsichtsrats werden im Rahmen der vom Bereich Risk Office durchgeführten Risikoanalysen über die Höhe der Sicherheiten informiert. Zusätzlich erhält der Vorstand Informationen über den Umgang mit Sicherheiten durch die monatlichen Qualitätsberichte des Bereichs Prozesse.

Entwicklung der Risikosituation

Das Kreditexposure hat sich im Berichtsjahr leicht um 4 % erhöht. Aufgeteilt auf die Geschäftsfelder der Bank ergibt sich folgendes Bild:

Kreditexposure

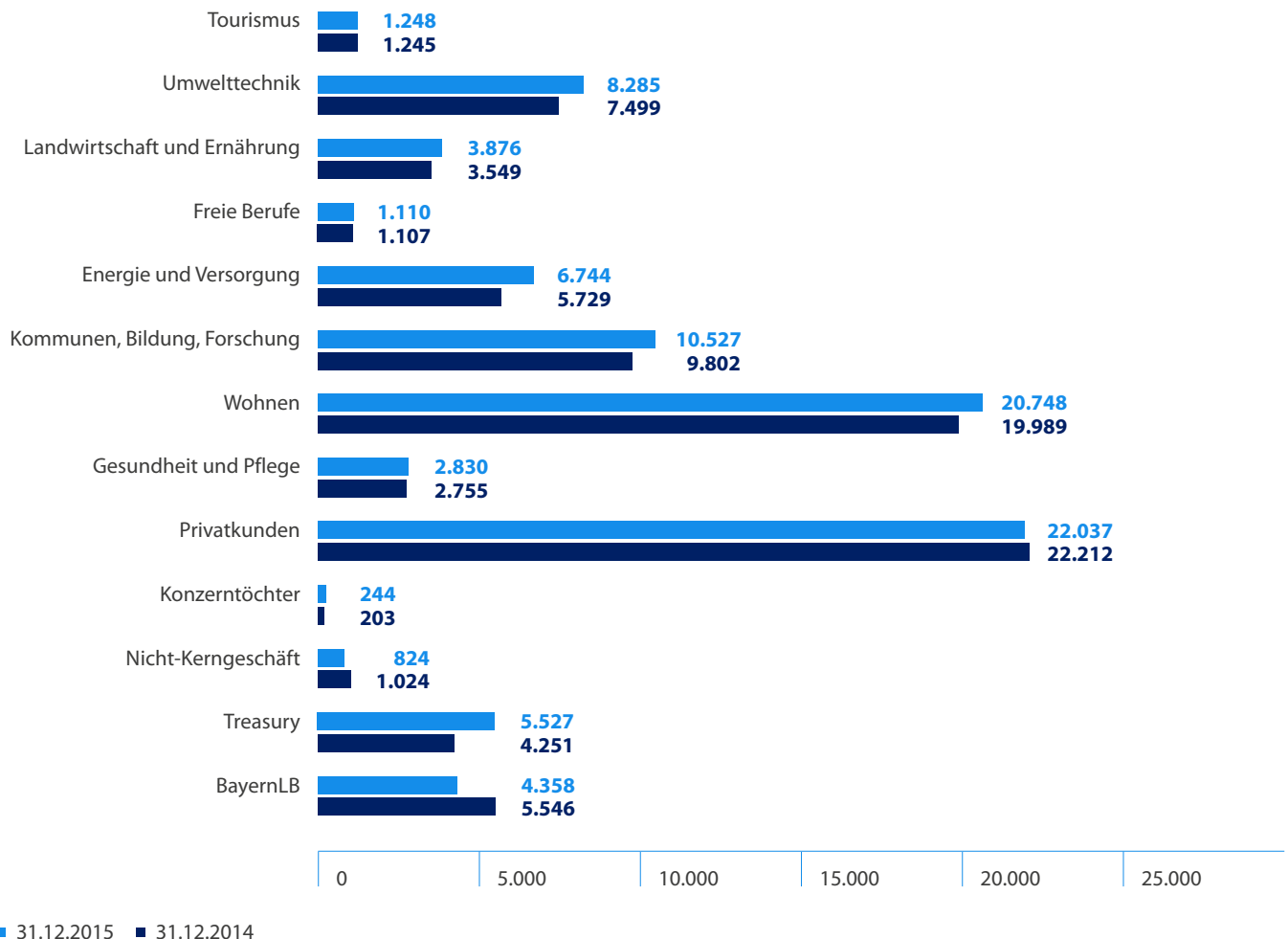
in Mio. EUR



Der Anstieg des Kreditexposures resultiert vorwiegend aus dem strategiekonformen Wachstum im Kundengeschäft bei Firmenkunden und Infrastruktur sowie dem Ausbau des Liquiditätsbestands. Gleichzeitig wurde der Abbau des Nicht-Kerngeschäfts fortgesetzt.

Kreditexposure nach Kundengruppen

in Mio. EUR



Das Wachstum im Kundengeschäft konzentriert sich auf die strategischen Geschäftsfelder Infrastruktur und Firmenkunden. Bei Firmenkunden liegt der Fokus auf den Kundengruppen Umwelttechnik sowie Landwirtschaft und Ernährung. Das Volumenwachstum im Geschäftsfeld Infrastruktur entfällt vor allem auf die Kundengruppen Wohnen, Energie und Versorgung sowie Kommunen, Bildung, Forschung.

Im Privatkundengeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang des Kreditexposures zu beobachten. Die Reduzierung ergibt sich in erster Linie aus planmäßigen Tilgungen bei Wohnungsbauendfinanzierungen, die nur

teilweise durch das weitere Wachstum bei anderen Produkten wie Girokonten und Kreditkarten kompensiert werden.

Das gruppeninterne Exposure ist im Rahmen des Fundings innerhalb der BayernLB-Gruppe im Berichtsjahr aufgrund der Rückführung von Schuldscheindarlehen gesunken. Zum 31. Dezember 2015 bestehen gegenüber der BayernLB Forderungen in Höhe von 4,4 Mrd. EUR (31. Dezember 2014: 5,5 Mrd. EUR).

Die Kundengruppe Treasury umfasst im Wesentlichen den Wertpapierbestand der DKB sowie das Geschäft mit institutionellen Kunden. Im Anstieg des Kreditexposures

spiegelt sich insbesondere der Ausbau des Liquiditätsbestands wider. Der Schwerpunkt des Wertpapierbestands liegt neben Anleihen öffentlicher Haushalte im Inland sowie aus Eurostaaten mit erstklassiger Bonität auch auf Anleihen von supranationalen Emittenten und Förderinstituten.

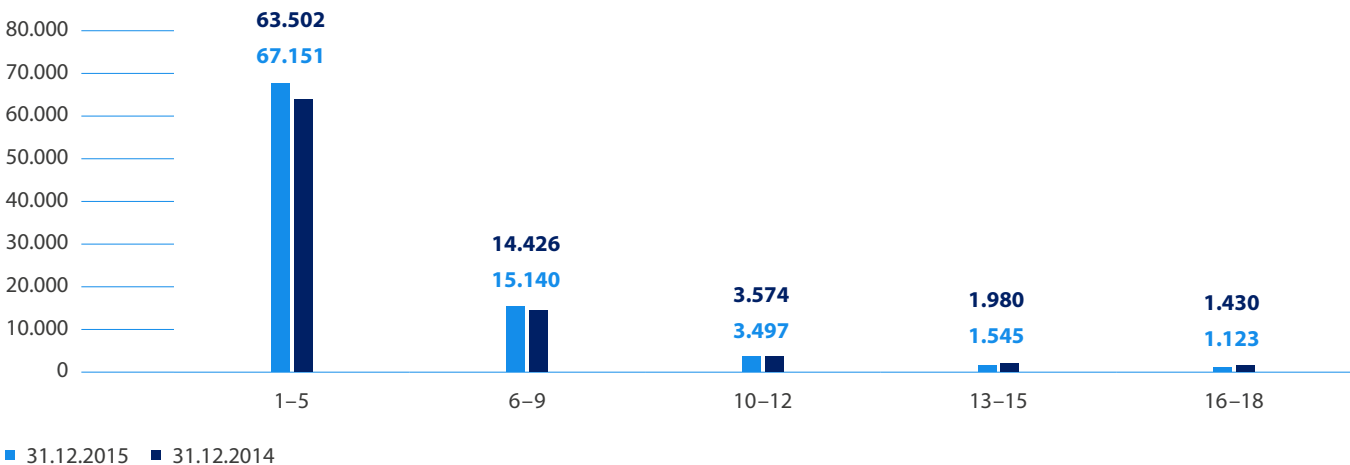
Offene Wertpapierpositionen in den Peripheriestaaten der Eurozone wurden seit 2008 sukzessive deutlich reduziert und bestehen zum 31. Dezember 2015 in Höhe von nominal 125 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 90 Mio. EUR). Diese umfassen ausschließlich Wertpapiere italienischer und spanischer Emittenten. Der Anteil in Bezug auf den Gesamtbestand ist weiterhin sehr gering.

Unter Beachtung enger Limite wurde erstmals seit der Finanz- und Länderkrise der Bestand italienischer Staatsanleihen auf nominal 90 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 45 Mio. EUR) ausgebaut. Weiterhin bestehen offene Positionen gegenüber italienischen (nominal 20 Mio. EUR) sowie spanischen Banken (nominal 15 Mio. EUR). Die Wertpapiere von Banken konnten im Berichtszeitraum durch planmäßige Tilgungen um nominal 10 Mio. EUR weiter abgebaut werden.

Die Portfolioentwicklung nach Ratingklassen zeigt folgendes Bild:

Kreditexposure nach Ratingklassen

in Mio. EUR



Die Portfolioqualität hat sich im Jahresverlauf verbessert. Der Investmentgrade-Anteil, das heißt der Anteil der Positionen mit einem Rating in den Klassen 1–5, hat sich leicht auf 76 % erhöht (31. Dezember 2014: 75 %). Die durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit des Portfolios hat sich auf 0,75 % (31. Dezember 2014: 0,86 %) verringert. Dieser Wert entspricht der Ratingklasse 7. Der Anteil der ausgefallenen Engagements (Ratingklassen 16–18) ist leicht rückläufig und liegt zum 31. Dezember bei 1,3 % (31. Dezember 2014: 1,7 %).

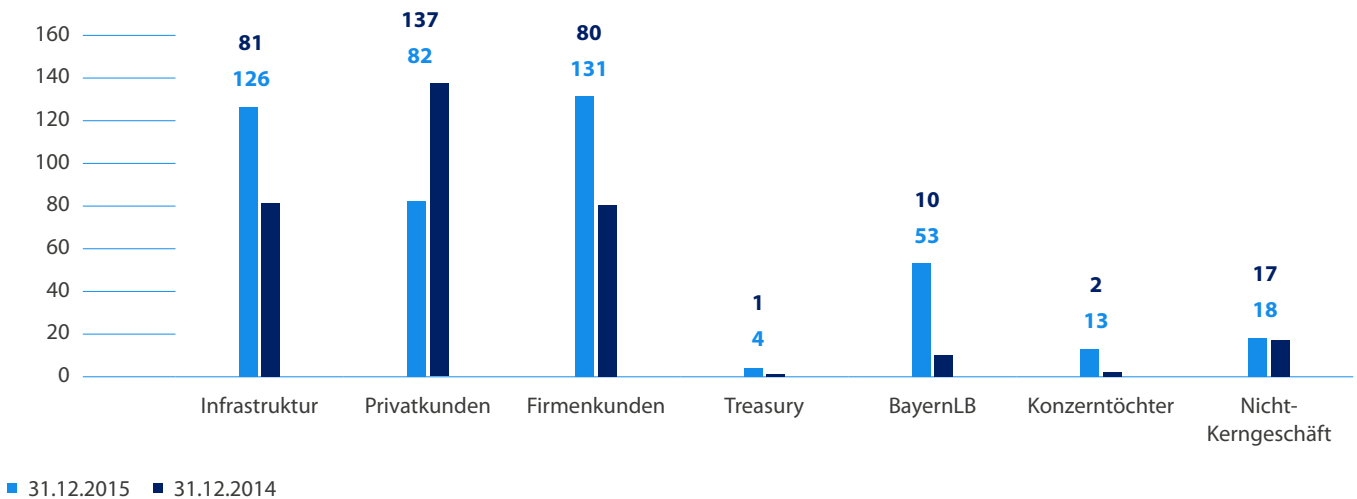
Verbriefungen in Form von ABS- oder MBS-Konstruktionen oder der Kauf von verbrieften Forderungen sind in der Bank keine zugelassenen Produkte. Die Bank ist derartige Risiken nicht eingegangen.

Zum 31. Dezember 2015 wurden 34 Gruppen verbundener Kunden nach Artikel 4 Abs. 1 Nr. 39 der CRR als Klumpenengagements identifiziert.

Der Risikokapitalbedarf ist vor allem durch das strategische Kundengeschäft geprägt. Auf die Kundengruppen Treasury, Konzerntöchter sowie das Nicht-Kerngeschäft entfallen sehr geringe Anteile.

Risikokapitalbedarf

in Mio. EUR



Zum 30. Juni 2015 erfolgte die Berechnung des Risikokapitalbedarfs für Adressausfallrisiken erstmalig mittels einer simulationsbasierten Variante des Kreditportfoliomodells, das wie die bisher verwendete analytische Variante von der BayernLB programmiert und weiterentwickelt wurde.

Der Risikokapitalbedarf für Adressausfallrisiken ist im Berichtsjahr deutlich um 99 Mio. EUR auf insgesamt 427 Mio. EUR gestiegen. Das Neugeschäft wird in erster Linie im Investmentgrade-Bereich getätigt, sodass sich bei gleichzeitigem Rückgang des Geschäfts in den Ratingklassen 13–18 aus der normalen Geschäftstätigkeit keine deutliche Änderung des Risikokapitalbedarfs ergibt. Der Anstieg der absoluten Höhe ist vor allem auf die Einführung eines Floors bei der Ermittlung des Zuschlags für Migrationsrisiken zurückzuführen. Dadurch werden konservativ keine Ratingverbesserungen zugelassen.

Weiterhin wurden im Rahmen der jährlichen Validierung die Abhängigkeiten zwischen den Sektoren auf Basis der aktuellen Ausfallzeitreihen des Statistischen Bundesamtes überarbeitet. Insbesondere in der Abhängigkeitsstruktur für Privatkunden kam es dabei zu Veränderungen, was sich in einer Verschiebung des Anteils am Risikokapitalbedarf von Privatkunden zu Firmenkunden zeigte. Weiterhin wirkt sich die Übernahme der Validierungsergebnisse für die prognostizierten Verlustquoten im Anstieg des Risikokapitalbedarfs für Infrastrukturkunden aus.

Der Risikokapitalbedarf für die gruppeninternen Forderungen gegenüber der BayernLB, die primär aus dem Funding innerhalb der BayernLB-Gruppe resultieren, hat sich deutlich erhöht. Hintergrund ist die Umstellung von einer Differenzbetrachtung auf eine integrierte Rechnung zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs. Aufgrund der Größe des Engagements ergibt sich eine stärkere Gewichtung innerhalb des Portfolios und die Konzentration des Risikos tritt deutlicher zutage.

Beteiligungsrisiken

Zur Ergänzung und Abrundung der Produkt- und Leistungsfelder für die gemäß der Strategie der Bank definierten Kundengruppen sowie zur Erbringung interner Serviceleistungen für die DKB-Gruppe verfügt die DKB grundsätzlich über strategische Beteiligungen mit dem Ziel, die Wertschöpfungstiefe zu optimieren sowie bestehende Ertragsfelder auszubauen und neue Ertragsfelder zu erschließen. Die Beteiligungsstrategie und deren Grundsätze sind in der Beteiligungs politik geregelt.

Dabei strebt die DKB an, für alle Beteiligungen (ausgenommen Restrukturierungsgesellschaften) eine angemessene und nachhaltige Rentabilität nach Risiko zu erwirtschaften.

Die Abarbeitung des Altgeschäfts der Baumanagementgesellschaften und die nachhaltige Abwicklung der noch in den Gesellschaften verbliebenen Geschäftsaktivitäten werden konsequent von den Restrukturierungsgesellschaften fortgeführt. Der Abbau wird unter Vermeidung von Vermögensschäden forciert.

Die laufende Überwachung und Steuerung der Beteiligungs- und Anteilseignerrisiken wird durch den Fachbereich Strategie & Beteiligungen wahrgenommen. In Abgrenzung zur Überwachung der Beteiligungsrisiken obliegt die Überwachung der Kreditrisiken aus an verbundene Unternehmen gewährten Krediten der Engagement betreuenden Niederlassung.

Die Steuerung des gesamten Anteils- und Beteiligungsbesitzes erfolgt durch den Vorstand.

Bei ihren strategischen Beteiligungen strebt die DKB grundsätzlich an, die strategische Ausrichtung nach Maßgabe der aktuellen Geschäftsstrategie und Mehrjahresplanung sowie der Risikostrategie der DKB vorzugeben. Dies geschieht durch die Übernahme von Mehrheitsbeteiligungen. Ferner ist die Einflussnahme auf die Geschäfts- und Risikopolitik der Beteiligungsunternehmen durch entsprechende Maßnahmen (Satzung, Geschäftsordnung, Mitgliedschaft in Aufsichtsgremien u. Ä.) oder durch den Abschluss entsprechender Unternehmensverträge möglich.

Die Auswirkungen der Beteiligungsrisiken auf die Risikotragfähigkeit sind Bestandteil der monatlichen Risikoberichterstattung des Bereichs Risk Office. Darüber hinaus ist der Fachbereich Strategie & Beteiligungen zuständig für die laufende Berichterstattung an den Vorstand. Er erstellt ein vierteljährliches Reporting über die Beteiligungen. Dem Aufsichtsrat wird zudem ein jährlicher Beteiligungsbericht zur Kenntnis gegeben. Ergänzend wird der Aufsichtsrat über aktuelle Beteiligungsthemen in den regelmäßigen Sitzungen informiert. Über beteiligungsrelevante Sachverhalte wird der Vorstand unverzüglich informiert.

Für Beteiligungsportfolios erfolgt die Ermittlung des Risikokapitalbedarfs mittels der ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikogewichtungsmethode nach Artikel 155 der CRR. Hierbei leitet sich die Ausfallwahrscheinlichkeit aus dem internen Rating der einzelnen Beteiligungen ab. Bei einem Konfidenzniveau von 99,95 % wird entsprechend den aufsichtlichen Vorgaben als LGD 90 % verwendet.

Die vorhandenen Steuerungs- und Überwachungssysteme gewährleisten, dass die DKB laufend über die wirtschaftliche Entwicklung und strategische Ausrichtung der Beteiligungsunternehmen unterrichtet ist.

Marktpreisrisiken

Risikosteuerung und -überwachung

Die Marktpreisrisiken werden in Marktpreisrisiken des Wertpapierbestands und des Bankbuchs gegliedert.

Unter Marktpreisrisiken des Wertpapierbestands werden Aktienkursrisiken aus dem Eigenbestand und den Investmentfonds sowie Zinsänderungsrisiken, Fremdwährungsrisiken und Rohstoffrisiken verstanden, die beiden letztgenannten Risiken sind jedoch im Wertpapierbestand nicht vorhanden. Zusätzlich ergeben sich aus dem Wertpapierbestand Emittentenrisiken und Kontrahentenrisiken in Form von Wiedereindeckungs- und Erfüllungsrisiken sowie spezifische, d. h. Credit-Spread-induzierte Zinsänderungsrisiken. Im Gegensatz zu den spezifischen Zinsänderungsrisiken werden Emittenten- und Kontrahentenrisiken unter den Kreditrisiken ausgewiesen.

Die Marktpreisrisiken des Bankbuchs umfassen in erster Linie die dominierenden Zinsänderungsrisiken. In äußerst geringem Maße sind auch Fremdwährungsrisiken vorhanden, die aus nicht taggleich geschlossenen Positionen resultieren. Grundsätzlich gilt die Regel, dass Fremdwährungsgeschäfte für Kunden durch Gegengeschäfte geschlossen werden. Implizite Optionen aus Kündigungsrechten und Zinsbegrenzungsvereinbarungen werden ebenfalls in der Messung des Zinsänderungsrisikos des Bankbuchs berücksichtigt.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt handelsunabhängig im Bereich Risk Office. Neben den aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Risikomessung und die Risikosteuerung stellt dieser Bereich das tägliche Reporting an die zuständigen Dezernenten und die wöchentliche bzw. monatliche Information des Vorstands sicher. Zudem ist er für die Marktgerechtigkeitsprüfung verantwortlich.

Der Bereich Treasury ist für das Management der Zinsrisiken aus dem zinstragenden Geschäft nach Vorgaben des Vorstands sowie für die Entwicklung von Zinsstrategien und den Abschluss von Zinsderivaten zuständig.

Der Fachbereich Kapitalmarkt des Bereichs Treasury ist verantwortlich für das Positionsmanagement der Eigenanlagen und die Überwachung der Wertentwicklungen der einzelnen Fonds.

Zur Steuerung der Marktpreisrisiken verfügt die Bank über ein Limitsystem, das eng mit der Risikotragfähigkeit verknüpft ist. Der Bereich Treasury erhält für Handelsgeschäfte ein Limit, das sich aus der für Marktpreisrisiken zur Verfügung gestellten Deckungsmasse ableitet und damit eng mit der Risikotragfähigkeit verbunden ist. Reicht das Risikokapital nicht mehr zur Deckung aller zukünftigen Risiken aus, muss der Vorstand eine Anpassung der Deckungsmasse genehmigen oder Maßnahmen zur Senkung des Risikokapitalbedarfs ergreifen. Die Einhaltung der Limite wird vom Bereich Risk Office täglich (Wertpapiere) bzw. wöchentlich (Bankbuch) überwacht und fließt in das regelmäßige Reporting ein.

Gleichberechtigt zur Risikotragfähigkeit limitiert die Bank die negativen Auswirkungen von realisierten Verlusten und marktwertbedingten Veränderungen der Neubewertungsreserve nach IFRS.

Die Bank limitiert den Risikokapitalbedarf für Zinsänderungsrisiken im Bankbuch anhand der im Rahmen ihrer Risikotragfähigkeitsbetrachtung zur Verfügung gestellten Deckungsmasse. Die Ermittlung des ökonomischen Zinsänderungsrisikos erfolgt als historische Simulation der Barwertveränderungen der Zins- und Kapitalcashflows aus der Zinsbindungsbilanz. Die Einhaltung des Grenzwerts des aufsichtsrechtlichen Szenarios – das Risiko der maximalen Barwertveränderung bei einem Zinsshift von ± 200 BP – steuert die Bank über ein Limitsystem, das bereits frühzeitig die Risiken begrenzt und Eskalationsprozesse auslöst. Der Bereich Risk Office berichtet im Rahmen der wöchentlichen Vorstandssitzung und des monatlichen Risikoberichts über die Auslastung des Limits.

Im Rahmen der stochastischen Modelle zur Marktrisikobestimmung werden die Risikofaktoren Zins, Aktie, Volatilität und Credit Spreads berücksichtigt. Die Berechnung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Basis einer historischen Simulation. Die bestimmten Value-at-Risk-Werte mit einer Haltedauer von einem Tag und einem Konfidenzniveau von 99% werden für die Bestimmung des ökonomischen Risikokapitalbedarfs auf ein Konfidenzniveau von 99,95% und unter Berücksichtigung portfoliospezifischer Haltedauern skaliert. Das Gesamtrisiko ergibt sich durch

Addition der skalierten Value at Risks für das Depot A und das Bankbuch.

Die Zuverlässigkeit der Marktrisikomessverfahren wird regelmäßig hinsichtlich der Güte bzw. Qualität des Risikoverfahrens geprüft. Im Rahmen des Backtestings wird die Risikoprognose mit dem tatsächlich eingetretenen Ergebnis verglichen.

Im täglichen Reporting an den Handels- und den Risikovorstand werden der Value at Risk für Handelsgeschäfte, die Performance und die Einhaltung aller geltenden Limite – wöchentlich ergänzt durch die GuV-Wirkung – vorgelegt.

Im Rahmen der monatlichen Berichterstattung an den Vorstand werden zusätzlich zur Darstellung der Risikotragfähigkeit Stressszenarien untersucht. Dabei orientiert sich die Bank an den Empfehlungen der Bundesbank für Stressszenarien und den Standards der BayernLB.

Zur Absicherung und Reduzierung von Zinsänderungsrisiken setzt die Bank Zinsswaps im Rahmen von Portfolio-Hedges ein.

Zusätzlich zu den bereits beschriebenen risikoartenübergreifenden Stresstests führt die Bank marktpreisrisikospezifische Stresstests durch. Das Stresstesting erfolgt in Form von Sensitivitäts- oder Szenarioanalysen. Dabei werden historische und hypothetische Szenarien betrachtet. In die Stresstestanalysen werden alle relevanten Risikofaktoren (Zins-, Credit-Spread- sowie Aktienrisiken) einbezogen.

Zudem wird in einer separaten Analyse für alle Positionen, die einem Aktienrisiko unterliegen, ein Kursrutsch simuliert. Beim Credit-Spread-Risiko werden Ausweitungen der Credit Spreads unterstellt.

Zudem werden die Auswirkungen verschiedener Szenarien quantifiziert, die im Konzern der BayernLB bestimmt werden und auf Analysen der Bundesbank basieren. Beim Zinsrisiko werden 8 vorgegebene Zinsszenarien berücksichtigt. Szenarien, die unter Berücksichtigung der aktuellen Zinssituation zum Stichtag für die Bank als risikorelevant gelten, werden im Risikobericht kommentiert. Die beiden darin enthaltenen Szenarien, die wie im Vorfeld bereits beschrieben die Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung auf Grundlage einer Parallelverschiebung der aktuellen Zinskurve um 200 Basispunkte nach oben und 200 Basispunkte nach unten analysieren,

werden genauso wie die 4 institutsspezifische Stressszenarien sowohl im wöchentlichen Reporting als auch im monatlichen Risikobericht einbezogen und kommentiert.

Sämtliche Stresstests werden mindestens zum Monatsende durchgeführt und die Ergebnisse im monatlichen Risikobericht dargestellt. Die Validierung sämtlicher Stresstests erfolgt einmal jährlich oder anlassbezogen.

Entwicklung der Marktpreisrisiken aus dem Wertpapiergeschäft

Im Wertpapierportfolio dominieren durch den hohen Anteil von Rentenpapieren die Zinsänderungsrisiken. Zusätzlich hält die Bank einen Bestand von Investmentfonds, um die Diversifikation zu erhöhen. Die Bank achtet bei der Umsetzung ihrer Risikostrategie darauf, dass der eigenverwaltete Bestand frei von Währungsrisiken ist. Risikokonzentrationen werden emittentenbezogen analog zur geltenden Klumpenregelung und portfoliobezogen für regionale Konzentrationen begrenzt und gesteuert.

Der nominale Rentenbestand der Bank (ohne Eigenemissionen) ist im Jahr 2015 auf 5,0 Mrd. EUR (31. Dezember 2014: 4,2 Mrd. EUR) gestiegen. Der Abbau des im Rahmen des Restrukturierungsprojekts des BayernLB-Konzerns beschlossenen Wertpapieraltbestands wurde strategiekonform fortgesetzt. Er wurde um 10,0 Mio. EUR auf 65 Mio. EUR verringert. Beim Rentenportfolio handelt es sich im Wesentlichen um einen aufsichtsrechtlich erforderlichen Liquiditätsbestand, der sicherstellt, dass ausreichend zentralbankfähige und jederzeit sofort und ohne Wertverluste an privaten Märkten liquidierbare Wertpapiere vorhanden sind. Der Anteil des Liquiditätsbestands am Gesamtportfolio beträgt 99%.

Der Risikokapitalbedarf für das Zinsrisiko des Wertpapierportfolios stieg von 46 Mio. EUR auf 138 Mio. EUR. Wesentliche Ursache für den Anstieg der Auslastung ist die volatilere Marktlage und damit verbunden eine höhere Anzahl neuer Ausreißer in der relevanten Marktdatenhistorie zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs. Die daraus resultierende Hinterlegung eines Anpassungsfaktors erhöhte die Auslastung zusätzlich.

Es bestehen keine Konzentrationen hinsichtlich einzelner Emittenten. Die Bank verfügt über keine nennenswerten Länderrisiken.

Im Geschäftsjahr verbuchte die DKB Zuschreibungen in Höhe von 7,1 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 9,0 Mio. EUR) und Abschreibungen in Höhe von 3,0 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 0,3 Mio. EUR).

Entwicklung der Zinsänderungsrisiken aus dem Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko bei einem Zinsshift von +200 BP betrug zum Stichtag 360 Mio. EUR. Das entspricht einer Auslastung der Eigenmittel nach CRR von 13,2% (31. Dezember 2014: 7,4%). Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich das Zinsänderungsrisiko. Der niedrigste Barwertverlust lag bei 176 Mio. EUR im September, der höchste bei 494 Mio. EUR im Juli.

Der +200-BP-Shift war das gesamte Jahr das risikorelevante Szenario. Zum Jahresbeginn wurde die Berechnung der 200-BP-Shifts von Innenzins auf Außenzins umgestellt, was sich risikoe erhöhend auswirkte. Im Verlauf des Jahres gestaltete sich das Risiko wellenartig und erreichte im Juli den höchsten Wert. Durch Abschlüsse von Payer-Swaps und durch Emissionen von Pfandbriefen konnte das Risiko auf den niedrigsten Stand des Jahres im September gesenkt werden. Hauptverantwortlich für die Wellenbewegungen waren das Darlehensneugeschäft, Käufe von festverzinslichen Wertpapieren und die Veränderungen innerhalb der Kundeneinlagen. Aufgrund des starken Darlehensneugeschäfts zum Jahresende stieg das Risiko wieder an.

Der Risikokapitalbedarf für Zinsrisiken des Bankbuchs ist im Jahr 2015 leicht um 19 Mio. EUR auf 203 Mio. EUR zurückgegangen, wobei der höchste Wert mit 447 Mio. EUR im Juli und der niedrigste Wert mit 156 Mio. EUR im März erreicht wurde.

Liquiditätsrisiken

Risikosteuerung und -überwachung

Der Vorstand trägt die Gesamtverantwortung für die Messung und Steuerung der Liquiditätsrisiken. Er wird im Rahmen seiner wöchentlichen Vorstandssitzungen über die Liquiditätssituation unterrichtet und leitet daraus Maßnahmen zur Feinsteuerung der Liquiditätsrisiken ab bzw. beauftragt die verantwortlichen Bereiche mit der Umsetzung. Das Asset Liability Committee (ALCO) setzt sich aus dem Vorstand und den Bereichsleitern Treasury und

Risk Office zusammen und überwacht auf Basis der vorgelegten Risikoberichte und Liquiditätsstatus die strategische Liquiditätssituation und erarbeitet mittel- und langfristige Steuerungsmaßnahmen. Daneben existiert ein Notfallgremium, in dem zusätzlich zum ALCO der Bereichsleiter Unternehmensentwicklung vertreten ist. Es tritt im Liquiditätsnotfall zusammen, beschließt Maßnahmen zur Überwindung des Notfalls und überwacht deren Durchführung.

Zur Sicherstellung einer konzerneinheitlichen Steuerung hat die BayernLB der Bank einen inhaltlichen und organisatorischen Rahmen für die Behandlung von Liquiditätsrisiken in Form von Group Treasury Principles und Group Risk Management Principles vorgegeben. Die konkrete Überführung dieser Group Principles mit Bezug zur Steuerung des Liquiditätsrisikos in das Regelwerk der Bank erfolgt über die Risikostrategie, die Liquidity Policy und die Funding Policy. Die Risikostrategie regelt dabei den inhaltlichen und organisatorischen Rahmen des Umgangs mit den bestehenden Liquiditätsrisiken. Die in der Risikostrategie der Bank definierten Rahmenbedingungen werden anschließend in der Liquidity Policy konkretisiert und detailliert beschrieben. Die Funding Policy regelt die Grundsätze und Prozesse der Refinanzierung.

Die Bank hat Art und Umfang des Managementsystems für Liquiditätsrisiken in der Liquidity Policy festgelegt. Diese regelt neben dem organisatorischen Aufbau und der Verteilung der Verantwortlichkeiten auch die Risikomessung, Limitierung und Berichterstattung sowie die Liquiditätssteuerung der Bank. Zusätzlich zur Darstellung des Risikomanagementsystems definiert die Liquidity Policy den Notfallbegriff, legt die Zusammensetzung des Notfallgremiums sowie die Vorgehensweise und Kommunikationswege im Notfall fest und beschreibt mögliche Maßnahmen im Fall eines Liquiditätsengpasses.

Der Bereich Treasury ist verantwortlich für die Steuerung der kurzfristigen Liquidität unter Beachtung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben und des strategischen mittel- und langfristigen Fundings. Zudem ist der Bereich Treasury nach Vorgaben des Vorstands für das Management der Zinsrisiken aus dem zinstragenden Geschäft sowie die Entwicklung von Zinsstrategien und den Abschluss von Zinsderivaten zuständig. Weiterhin erstellt der Bereich täglich den Refinanzierungsstatus.

Der Bereich Risk Office nimmt die unabhängige Risikomessung und Berichterstattung vor und eskaliert eventuelle Limitüberschreitungen.

Zum Zwecke der strategischen Betrachtung der Liquiditätssituation werden wöchentlich Liquiditätsübersichten erstellt. Über die strategische Ausrichtung der Liquiditätssteuerung sowie wesentliche Einzelvorgaben entscheidet der Vorstand. Mittels der Liquiditätsübersichten erfolgen Analysen der Aktivseite, der Diversifikation der Passivseite und der Entwicklung des Liquiditätsdeckungspotenzials.

Die Überwachung der Liquiditätssituation erfolgt auf ökonomischer und aufsichtlicher Ebene. Dafür hat die Bank verschiedene Limitsysteme, an die verschiedene Eskalationsstufen gekoppelt sind, implementiert. Über die Eskalationsmodelle wird sichergestellt, dass Veränderungen der Liquiditätsausstattung der Bank frühzeitig entgegengewirkt werden kann.

Grundlage der ökonomischen Liquiditätsbetrachtung ist die Gegenüberstellung der saldierten zukünftigen Ein- und Auszahlungen in der Kapitalablaufbilanz und des Liquiditätsdeckungspotenzials. Das Liquiditätsdeckungspotenzial beschreibt die Fähigkeit der Bank, sich zum frühestmöglichen Zeitpunkt liquide Mittel zu beschaffen. Kernelemente sind Zentralbankgeldpotenzial, Deckungsregisterpotenzial, erhaltene unwiderrufliche Kreditzusagen und Liquidationserlöse aus Wertpapieren. Bezüglich der Anrechnung der Deckungsregisterpotenziale gab es Anfang 2015 eine methodische Änderung. Die Berücksichtigung erfolgt nun über die im Deckungsstock enthaltenen Kredite und deren Verwendbarkeit beim Zentralbankpotenzial und nicht mehr über die Emission von Pfandbriefen.

Der ökonomische Liquiditätsstatus wird auf Basis zweier durch die BayernLB vorgegebenen Szenarien (dem Steuerungscase und dem Plancase) sowie institutsspezifischen Szenarien, die dem Risikoprofil der Bank Rechnung tragen, festgelegt.

Der Steuerungscase stellt ein Szenario in einem normalen Markt- und Kundenumfeld dar und betrachtet einen Zeitraum von 5 Jahren. Zusätzlich wird das geplante Neugeschäft der nächsten 3 Monate einbezogen. Der Plancase basiert auf dem Steuerungscase. Hier erfolgt eine Betrachtung der Cashflows aus dem erwarteten Neugeschäft über den gesamten Planungshorizont von 5 Jahren. Der

Steuerungscase wird wöchentlich, der Plancase monatlich berechnet.

Maßgeblich für die Limitierung des Steuerungscase ist, unter Berücksichtigung eines zusätzlichen Freiraums, der Nettocashflow aus Kapitalbindungsbilanz und Liquiditätsdeckungspotenzial, wobei der minimale Liquiditätsüberhang für mehrere Betrachtungszeiträume gemessen wird. Je Betrachtungszeitraum sind bis zu 4 Eskalationsstufen festgelegt. Der Plancase wird nicht limitiert.

Die institutsspezifischen Szenarien umfassen einen Marktstress, der die Auswirkungen von Marktverwerfungen auf die Liquiditätssituation der Bank untersucht und auch das Marktliquiditätsrisiko berücksichtigt, sowie den Infrastrukturkundenstress und den Privatkundenstress. In beiden Fällen werden Mittelabflüsse dieser Kundengruppen unterstellt. Im Rahmen kombinierter Szenarien wird das gleichzeitige Auftreten von institutsspezifischen und marktbedingten Ereignissen analysiert.

MaRisk BTR 3.2 gibt die Zeithorizonte 7 Tage und einen Monat vor, für die liquidierbare Vermögensgegenstände vorzuhalten sind. Entsprechend wird das Liquiditätsdeckungspotenzial ermittelt, das innerhalb von 7 Tagen (LDPO) bzw. einem Monat liquidierbar (LDP1) ist. Zur Festlegung der Eskalationsstufe wird für beide Zeithorizonte der minimale Liquiditätsfreiraum auf Basis von LDPO bzw. LDP1 bestimmt. Der Liquiditätsfreiraum definiert sich über den Abstand des Liquiditätsüberhangs zum jeweils geltenden Limit. Darüber hinaus wird die Time to Wall, das heißt der früheste Zeitpunkt, zu dem das jeweilige Liquiditätsdeckungspotenzial nicht ausreicht, um den Nettzahlungspflichten des Szenarios nachzukommen, in Bezug auf LDPO und LDP1 ermittelt.

Maßgeblich für die Einordnung in eine Eskalationsstufe ist jeweils der minimale Liquiditätsfreiraum im jeweiligen Betrachtungshorizont. Neben diesen quantitativen Kriterien kann jedes Mitglied des Notfallgremiums auch einen höheren Liquiditätsstatus ausrufen, wenn z. B. ein verändertes Marktumfeld dies aus Sicht des Mitglieds rechtfertigt.

Zur Steuerung der quantitativen Anforderungen der Liquiditätsverordnung (LiqV) verfügt die Bank über ein Limitsystem mit Eskalationsstufen, an das abhängig von der Prognose der Liquiditätsentwicklung für den nächsten Stichtag und der festgelegten Grenzwerte für die Liquiditätsausstattung Handlungsempfehlungen und

Verantwortlichkeiten geknüpft sind und über das dem Vorstand wöchentlich berichtet wird. Die Überwachung des Eskalationsmodells zur aufsichtsrechtlichen Liquiditätssteuerung erfolgt durch den Fachbereich Reporting im Bereich Finanzen.

Refinanzierung

Die Rahmenbedingungen der Refinanzierung werden in der DKB Funding Policy und der DKB Refinanzierungsstrategie geregelt, die im Einklang mit den korrespondierenden Guidelines der BayernLB stehen. Die Darstellung der Auswirkungen der Geschäftsstrategie auf die Refinanzierungskomponenten und den zukünftigen Mittelbedarf erfolgt in der Fundingplanung. Diese basiert auf der Mehrjahresplanung der DKB und wird vom Bereich Treasury jährlich erstellt.

Die DKB refinanziert sich im Wesentlichen aus Kundeneinlagen, dem Förderbankengeschäft und der Emission von Pfandbriefen. Zusätzlich wird die unbesicherte Refinanzierung (Senior Unsecured) – u. a. über Green Bonds – erwogen und ggf. 2016 umgesetzt. Die Kundeneinlagen stellen dabei mehr als die Hälfte der Refinanzierungsbasis und sind aufgrund der hohen Kundenzahl – insbesondere im Bereich Privatkunden und Infrastruktur – sehr granular. Nach den starken Zuwächsen in den Vorjahren konnten im Jahr 2015 weitere 1,2 Mrd. EUR generiert werden. Das Gesamtvolumen der Kundeneinlagen beträgt nunmehr 48,5 Mrd. EUR (31. Dezember 2014: 46,9 Mrd. EUR). Damit konnte die grundlegende Strategie der DKB, das Nettoneugeschäft im Kundenkreditbereich durch Kundeneinlagen zu refinanzieren, erneut erfolgreich umgesetzt werden. Der Ausbau des Einlagengeschäfts macht die DKB grundsätzlich unempfindlicher gegenüber nachteilhaften Entwicklungen am Geld- und Kapitalmarkt.

Neben den Kundeneinlagen stellt das Förderbankengeschäft eine weitere bedeutende Säule der Refinanzierung dar. Im Jahr 2015 konnten Programmkredite mit einem Volumen von 2,2 Mrd. EUR (31. Dezember 2014: 2,1 Mrd. EUR) neu vereinbart werden. Der Gesamtbestand an Durchleit- und Globaldarlehen belief sich zum Jahresende 2015 auf rund 13,1 Mrd. EUR (31. Dezember 2014: 12,5 Mrd. EUR).

Zur Stärkung der mittel- und langfristigen Refinanzierungsmittel emittiert die DKB Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen im Benchmark- bzw. Privatplatzierungsformat. Die Pfandbriefemissionen wirken

dabei diversifizierend auf die Refinanzierungsstruktur und belegen den jederzeitigen Zugang zum Kapitalmarkt. Im Jahr 2015 wurde insgesamt ein liquiditätswirksames Volumen von rund 1,7 Mrd. EUR platziert, davon 2 großvolumige Benchmarktransaktionen in Höhe von jeweils 500 Mio. EUR. Die Ratingagentur Moody's bewertet die Öffentlichen und Hypothekenpfandbriefe mit „Aaa“.

Im Rahmen der kurzfristigen Refinanzierung bzw. Liquiditätssteuerung wird im Bedarfsfall der Interbankenmarkt genutzt, wobei im Jahr 2015 hauptsächlich auf den besicherten Geldmarkt zurückgegriffen wurde. Aufgrund der Refinanzierungsstruktur der DKB ist der Anteil der Interbankenrefinanzierung jedoch strategiekonform gering.

Zusätzlich zu den zuvor genannten Refinanzierungsquellen steht für die kurzfristige Liquiditätssteuerung das EZB-Pfanddepot zur Verfügung. Mit einer ungenutzten Linie in Höhe von 7,4 Mrd. EUR zum Jahresende 2015 stellt diese einen signifikanten Liquiditätspuffer dar.

Der Liquiditätsbestand an Wertpapieren ist im Jahresverlauf mit einem Volumen von 4,1 Mrd. EUR auf 5,0 Mrd. EUR ausgebaut worden. Als Bestandteil des Liquiditätsdeckungspotenzials trägt er zur Erhöhung der Risikoresistenz in unerwarteten Stresssituationen bei.

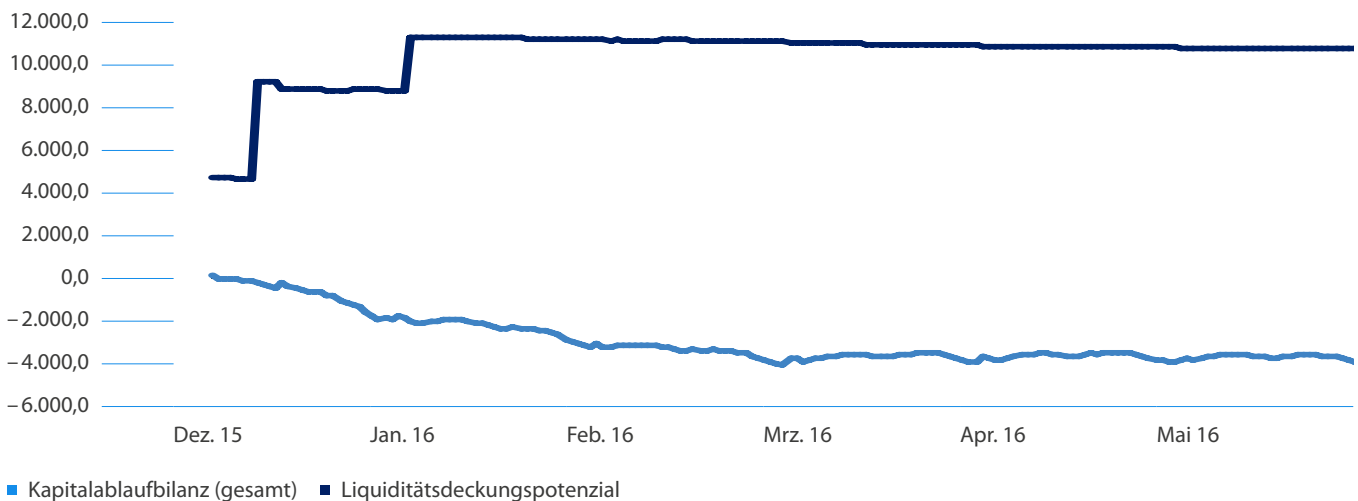
Im Berichtsjahr hat die Bank alle ihre Verbindlichkeiten fristgerecht bedient.

Entwicklung der Risikosituation

Aufgrund der gewählten Refinanzierungsstrategie besteht das größte Risiko in einem massiven kurzfristigen Abfluss von Kundeneinlagen. Darüber hinaus existiert das Risiko, bestehende zukünftige Liquiditätsengpässe zu erhöhten Refinanzierungskosten eindecken zu müssen.

Die Liquiditätsübersicht der Bank hat zum 31. Dezember 2015 im Steuerungscase für die nächsten 180 Tage folgende Struktur:

in Mio. EUR



Die strategische Liquiditätssteuerung erfolgt mithilfe einer wöchentlich rollierenden Liquiditätsvorschau. Das Liquiditätsdeckungspotenzial deckt zu jeder Zeit die Liquiditätslücken der Kapitalablaufbilanz. Der Saldo aus Kapitalablaufbilanz und Liquiditätsdeckungspotenzial wird

als Liquiditätsüberhang bezeichnet. Unter dem aktuell vorherrschenden Limitierungssystem beträgt der geringste Liquiditätsüberhang zum Berichtsstichtag innerhalb der nächsten 180 Tage 4,2 Mrd. EUR. Damit ist die Bank mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Darüber hinaus betrachtet die Bank für mehrere Stressszenarien die nach BTR 3.2 MaRisk für kapitalmarktorientierte Institute zusätzlichen Betrachtungshorizonte von 7 und 30 Tagen. Neben den Auswirkungen einer Marktliquiditätskrise werden in weiteren Szenarien die schnellen Abflüsse von Geldern in den bedeutenden Segmenten Privatkunden und Infrastruktur sowie Kombinationen der einzelnen Stressevents betrachtet. Der minimale Liquiditätsüberhang liegt für den Betrachtungshorizont von 7 Tagen im schlechtesten Szenario (Kombination von Markt- und Privatkundenstress) bei 2,9 Mrd. EUR, für den Betrachtungshorizont von 30 Tagen bei 4,1 Mrd. EUR.

Die aufsichtsrechtliche Kennziffer nach LiqV wurde im Jahr 2015 durchgehend eingehalten. Sie liegt zum Stichtag bei 2,88 (31. Dezember 2014: 3,05).

Ab Oktober 2015 ist eine weitere aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer verpflichtend. Die Liquidity Coverage Ratio (LCR) stellt eine kurzfristige Liquiditätsüberwachung dar und wird innerhalb der Bank überwacht und monatlich gemeldet. Zum 31. Dezember 2015 liegt diese Kennziffer mit 119% deutlich über den aufsichtlich geforderten 60%.

Operationelle Risiken

Risikosteuerung und -überwachung

Die Steuerung und Überwachung des operationellen Risikos erfolgt sowohl zentral im Bereich Risk Office als auch dezentral in den einzelnen kundenbetreuenden Bereichen und den Zentralbereichen. Die Verantwortung für das Management operationeller Risiken obliegt dabei grundsätzlich dem Bereich Risk Office.

Der Fokus im Management operationeller Risiken liegt auf der frühzeitigen Erkennung der operationellen Risiken, um durch gezielte Maßnahmen die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg der Bank nachhaltig beeinträchtigen können, so weit wie möglich zu minimieren.

Zur Erfassung, Messung sowie Analyse und Beurteilung der Risikosituation setzt die Bank verschiedene Instrumente und Methoden ein.

Die Erfassung von Verlustdaten ermöglicht es, Verlustereignisse zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten, um Muster, Trends und Konzentrationen operationeller Risiken erkennen zu können. Auf Basis eines definierten

Schadenmeldeprozesses werden Schadenfälle mit einem gebuchten und/oder geschätzten Bruttobetrag ab 500 EUR von den Organisationseinheiten der Bank an das Risk Office gemeldet und in der OpRisk-Datenbank erfasst. Ebenso unterliegen Projektbudgetüberschreitungen von mindestens 20% sowie Rechtsstreitigkeiten mit einer Erfolgswahrscheinlichkeit von weniger als 50% der Meldepflicht. Die DKB Service GmbH ist ebenfalls in das Meldewesen zur Schadenfallerfassung eingebunden. Darüber hinaus besteht für alle Tochtergesellschaften eine konzernweit gültige Ad-hoc-Meldepflicht von Schadenfällen gegenüber der Bank.

Je nach Wesentlichkeit der aufgetretenen Schadenfälle werden unter Kosten-Nutzen-Aspekten Maßnahmen zur Risikovermeidung, Risikoreduktion oder zum Risikotransfer ergriffen, oder aber es wird eine bewusste Entscheidung zur Risikoakzeptanz getroffen. Bei Festlegung einer Steuerungsmaßnahme wird ein Zeitplan zur Umsetzung der Maßnahme erstellt und die Umsetzung durch den Bereich Risk Office überwacht.

Mithilfe von Gefährdungsanalysen ermittelt der Bereich Compliance Geldwäscherisiken und Risiken aus betrügerischen Handlungen und entwickelt für identifizierte Risiken geeignete Präventionsmaßnahmen.

Im Rahmen der jährlich durchgeführten OpRisk-Szenarioanalyse werden unter Koordination des Bereichs Risk Office mit den verschiedenen Organisationseinheiten der Bank seltene, jedoch realistische und potenziell schwerwiegende operationelle Risiken ermittelt und bewertet. Die für die Bank quantifizierten Szenarien sind inhaltlich überschneidungsfrei und geben eine realistische Einschätzung der möglichen operationellen Risiken wieder.

Als Ergänzung zur Verlustdatensammlung und zur OpRisk-Szenarioanalyse ermöglichen kritische Risikoindikatoren (Key Risk Indicators) frühzeitige Aussagen zu Trends und Häufungen in der Risikoentwicklung und erlauben es, Schwächen in den Geschäftsprozessen frühzeitig zu erkennen und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen. Die in der Bank definierten kritischen Risikoindikatoren betreffen die Themenfelder Internetbetrug, beispielsweise durch Phishing und Pharming, Kreditkarten- und Kreditbetrug, Technologieausfall, Kreditsicherheiten und Rechtsrisiken.

Darüber hinaus hat die Bank zur Vermeidung von Schäden aus Prozessschwächen in den Markt Bereichen ein

dezentrales Qualitätsmanagement eingerichtet. Gleichzeitig ist der Zentralbereich Prozesse für die Organisation, Optimierung und Steuerung von bankweiten Arbeitsabläufen in Kooperation mit den betroffenen Organisationseinheiten der Bank zuständig.

Bei Feststellung von Rechtsrisiken, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die Bank gerichteten Klagen ergeben (Passivprozesse), nimmt der Fachbereich Recht eine Beurteilung der Risikoparameter hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit sowie möglicher Auswirkungen in quantitativer und qualitativer Hinsicht vor. Identifizierte Rechtsrisiken werden durch rechtliche bzw. prozessuale Gestaltungsmaßnahmen begrenzt und gemindert oder mittels Rückstellungen bzw. gleichwertiger Risikovorsorge berücksichtigt.

Der Fachbereich Service Level Controlling im Bereich Mid Office gewährleistet durch umfassende Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebs. Zur Identifizierung und Behandlung von IT-Risiken hat die Bank einen IT-Risikomanagementprozess implementiert. Die IT-Ziele und strategischen Ansätze werden mittels Maßnahmen konkret und messbar operationalisiert und der Erfolg der umgesetzten Maßnahmen mittels Key Performance Indicators (KPI) überprüft. Die Steuerung und Überwachung der IT-/Informationssicherheit wird im Rahmen des Informationssicherheits-Managementsystems (ISMS) durch den Informationssicherheitsbeauftragten im Fachbereich Datenschutz und Sicherheit wahrgenommen.

Die Bank steuert zudem ihre Risiken der operativen Geschäftskontinuität sowie die Bewältigung von Notfällen und Krisen über das Business Continuity Management (BCM), welches Kernabläufe und Maßnahmen zur Fortführung und Wiederherstellung des Geschäftsbetriebs vorgibt. Die bankweit gültigen BCM- bzw. Notfallmanagementstandards zur Notfallprävention und Krisenbewältigung werden vom Krisenstab definiert, dessen Einhaltung überwacht und regelmäßig auf ihre Aktualität angepasst. Der Krisenstab ist auf unbestimmte Dauer eingesetzt und wird durch die Leitung der Bereiche Unternehmensentwicklung, Mid Office, Compliance, einem Vertreter der Niederlassungen sowie 2 Geschäftsführern der DKB Service GmbH gebildet.

Die Ergebnisse aller vorgenannten Methoden bzw. Verfahren gehen in die Berechnung einer angemessenen

Kapitalanforderung für mögliche Verluste aus operationellen Risiken ein. Dabei orientiert sich die Berechnung an den für den Standardansatz maßgeblichen Vorgaben der CRR. Die Zuteilung der Eigenmittel erfolgt jährlich unter Beachtung der Group OpRisk Guideline der BayernLB im Rahmen des Risikokapitalallokationsprozesses (ICAAP). Zur Abdeckung operationeller Risiken hält die Bank ausreichende Eigenmittel vor.

Der Vorstand erhält im Rahmen der Risikoberichterstattung einen laufenden Überblick über die Höhe der eingetretenen Schadenfälle, beobachtbaren Häufungen sowie über die Entwicklung OpRisk-relevanter Indikatoren, wodurch eine zeitnahe und effektive Steuerung der operationellen Risiken gewährleistet wird. Zudem ist die Bank in das gruppenweite Risikomanagementsystem und somit in das konzernweite Reporting eingebunden. Danach werden Schadenfälle regelmäßig bzw. ad hoc nach Überschreiten definierter Meldegrenzen an die BayernLB berichtet.

Entwicklung der Risikosituation

Das Risikoprofil ist geprägt durch das Geschäftsmodell für Privatkunden, deren Kundenprozesse und Geschäfte internetbasiert abgewickelt werden. Somit bestehen operationelle Risiken in erster Linie hinsichtlich der Systemverfügbarkeit zur reibungslosen Abwicklung aller Transaktionen, des Zusammenbruchs des Internetportals der Bank durch externe Einflüsse, der Sicherheit der Daten vor unbefugtem Zugriff, Kontoeröffnungs- bzw. Kreditbetrugs durch gefälschte Unterlagen und Betrugs mit bargeldlosen Zahlungsmitteln. Darüber hinaus wurden die operationellen Risiken in jüngster Vergangenheit stark durch verbraucherrechtliche Entscheidungen bei Privatkunden beeinflusst, was u. a. zu erhöhten Rechtsrisiken führt.

Die im Jahr 2015 aus operationellen Risiken eingetretenen Schäden sind gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen und liegen zum Stichtag bei rund 25,1 Mio. EUR (31. Dezember 2014: 24,2 Mio. EUR). Dieser Anstieg der OpRisk-Schäden ist im Wesentlichen auf verbraucherrechtliche Entscheidungen zur Erstattung von Bearbeitungsgebühren und dem Umgang mit fehlerhaften Widerrufsbefehlen zurückzuführen.

Für das Jahr 2016 wird von einem gleichbleibenden Schadensvolumen bei operationellen Risiken ausgegangen. Zum einen wird weiterhin mit erhöhten Rechtsrisiken im Rahmen der sich verändernden Rechtsprechung im

Verbraucherschutz gerechnet. Zum anderen geht mit der stetig steigenden Kundenzahl immanent ein höheres Risiko, z. B. von Verlusten im Zusammenhang mit Kreditkartenbetrug, einher. Dieses Risiko versucht die Bank durch die Implementierung geeigneter Präventionsmaßnahmen zu minimieren.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Zielsetzung und Organisation

Der Gesamtvorstand als gesetzlicher Vertreter der DKB hat gemäß § 264 HGB i.V.m. § 242 HGB den Jahresabschluss und Lagebericht aufzustellen. Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für die Ausgestaltung, das heißt die Konzeption, Implementierung, Aufrechterhaltung sowie Überwachung eines angemessenen und wirksamen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess. Auf Vorschlag des für den Bereich Finanzen zuständigen Vorstands entscheidet der Gesamtvorstand hierzu über alle Strategien und wesentlichen Fragen.

Ein internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess kann keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der verbundenen Ziele geben. Wie alle Ermessensentscheidungen können auch solche zur Einrichtung angemessener Systeme grundsätzlich aufgrund von Fehlern, Irrtümern, Veränderungen der Umgebungsvariablen oder kriminellen Umgehungen fehlerhaft sein. Aufgrund dieser Grenzen können Fehlaussagen in den Abschlüssen nicht mit absoluter Sicherung aufgedeckt oder verhindert werden.

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess spiegelt sich entsprechend in der Aufbau- und Ablauforganisation wider. Während das betriebliche Rechnungswesen hinsichtlich der Erfassung von Geschäftsvorfällen dezentral organisiert ist, sind jahresabschlussrelevante Buchungen und die Erstellung des Jahresabschlusses ausschließlich dem Bereich Finanzen vorbehalten. In Bezug auf die Aufbauorganisation gibt es eine klare Trennung der vollenziehenden, buchenden und verwaltenden Tätigkeiten. Des Weiteren sind klare Kompetenzordnungen sowie Funktionszuordnungen und -trennungen der im Hinblick

auf den Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereiche und Mitarbeiter geregelt.

In der Ablauforganisation ist neben einer weitestgehenden Standardisierung von Prozessen und Software insbesondere ein adäquates Anweisungswesen für Kernaktivitäten und -prozesse festgelegt. Zudem ist das 4-Augen-Prinzip für wesentliche Geschäftsvorfälle verpflichtend. Darüber hinaus wurden Compliance-Regeln definiert, nach denen bestimmte relevante Informationen Mitarbeitern nur zur Verfügung gestellt werden, sofern sie diese für ihre Arbeit benötigen.

Der Bereich Finanzen ist für die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie für die Einrichtung und Wirksamkeit des Rechnungslegungsprozesses verantwortlich. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang die Erstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben sowie die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten. Zudem obliegt dem Bereich Finanzen die Umsetzung der relevanten Bilanzierungsstandards und der die Rechnungslegung betreffenden gesetzlichen Anforderungen, die in Bilanzierungsrichtlinien konkretisiert werden. Diese Richtlinien, die eine wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem bilden, setzen sich für die DKB aus dem Bilanzierungshandbuch, Geschäfts- und Arbeitsanweisungen, Teamhandbüchern sowie Fach- und Produktkonzepten zusammen.

Der auf Grundlage der Bilanzierungsrichtlinien erstellte Jahresabschluss und Lagebericht wird durch den Gesamtvorstand aufgestellt, durch den Abschlussprüfer geprüft und anschließend dem Aufsichtsrat zur Feststellung vorgelegt. Der Aufsichtsrat hat einen Prüfungsausschuss gebildet, der insbesondere die Erörterung der Prüfungsberichte sowie die Vorbereitung der Entscheidung des Aufsichtsrats zur Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts verantwortet. Zudem obliegt dem Prüfungsausschuss die Aufgabe, den Rechnungslegungsprozess sowie die Wirksamkeit des internen Kontroll-, Revisions- und Risikomanagementsystems zu überwachen. Der Abschlussprüfer nimmt an der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung, insbesondere über wesentliche Schwächen des internen Kontroll- und des Risikomanagementsystems bezogen auf den Rechnungslegungsprozess.

Der Bereich Revision prüft den Geschäftsbetrieb der Bank und ist dem Vorsitzenden des Vorstands unterstellt. Die Prüfungstätigkeit basiert auf einem risikoorientierten Prüfungsansatz und umfasst grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der DKB, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein. Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben selbstständig und unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus. Zur Wahrung ihrer Aufgaben hat die Interne Revision ein vollständiges und uneingeschränktes Informationsrecht über die Aktivitäten, Prozesse sowie die IT-Systeme.

Der direkt an den Finanzvorstand angebundene Bereich Compliance ist für die Überwachung bezüglich der Einhaltung Compliance-relevanter gesetzlicher und aufsichtsrechtlicher Anforderungen verantwortlich.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontroll- und Risikomanagementsystem basiert auf einer schriftlich fixierten Ordnung.

Hinsichtlich des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sind diese Regelungen in Bilanzierungsrichtlinien und geschäftsspezifischen Arbeitsanweisungen festgeschrieben. Zentraler Bestandteil dieser Richtlinien ist das Bilanzierungshandbuch, das auf der Grundlage des HGB wesentliche Vorgaben für einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsverfahren in der DKB beinhaltet. Darüber hinaus existieren Geschäfts- und Arbeitsanweisungen, Teamhandbücher und Fach- und Produktkonzepte, die verbindliche Vorgaben zu rechnungsrelevanten Themen und Prozessen beinhalten.

In Bezug auf das Risikomanagement gibt es darüber hinaus Regelwerke für den Umgang mit den wesentlichen Risiken auf Ebene der DKB, die insbesondere aus den konzernweit gültigen Group Risk Guidelines abgeleitet werden. Diese Regelwerke dokumentieren die Risiko-steuerungs- und -controllingprozesse, die eine frühzeitige Erkennung, vollständige Erfassung und angemessene Darstellung der für die DKB wesentlichen Risiken einschließen.

Sämtliche für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem relevanten Regelungen und Regelwerke des Risikomanagements werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Buchung, Datenerfassung und Dokumentation zu gewährleisten, hat die DKB eine Vielzahl von Kontrollen implementiert. Diese umfassen insbesondere klare Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffs- und Berechtigungskonzept, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufs unter Beachtung des 4-Augen-Prinzips sowie systembasierte Kontrollen innerhalb der eingesetzten IT-Systeme. Im Rahmen der internen Kontrollen liegt der Schwerpunkt vor allem auf der Abstimmung des Haupt- und der Nebenbücher, der Überwachung manueller Buchungen sowie der Durchführung von Buchungsläufen. Ergänzt wird dies durch zusätzliche Kontrollen und Abstimmungen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen verschiedenen IT-Systemen sicherzustellen.

Im Rahmen des Abschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte im 4-Augen-Prinzip geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der im Jahresabschluss und Lagebericht berücksichtigten Daten und Informationen durchgeführt.

Der Rechnungslegungsprozess der DKB unterliegt regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf innewohnende Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems veranlassen zu können. Die DKB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen, im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen der Wertpapierabwicklung und des Kreditkartengeschäfts, an externe Unternehmen ausgelagert. Die Einbindung der ausgelagerten Bereiche in das interne Kontrollsystem der DKB wird maßgeblich durch die Auslagerungsbeauftragten sichergestellt, die für die laufende Überwachung des jeweiligen externen Dienstleisters zuständig sind. Neben der Internen Revision der Auslagerungsunternehmen werden die Auslagerungsmaßnahmen in regelmäßigen Abständen durch die Interne Revision der DKB geprüft.

Chancenbericht

Chancenprofil und Chancenmanagement

Unter Chancen verstehen wir positive Abweichungen von unseren Planungen hinsichtlich Strategie und Marktentwicklung. Unternehmensstrategische Chancen entstehen in Verbindung mit der Umsetzung von strategisch initiierten Maßnahmen. Die über die Maßnahmen erzielten Effekte können umfangreicher sein oder früher eintreten als in der Planung angenommen.

Marktchancen entstehen bei Marktentwicklungen, die sich unabhängig von strategischen Entscheidungen stärker als erwartet zugunsten unseres Unternehmens einstellen. Diese können sich ergeben aus regulatorischen Anpassungen, aus besonders günstigen Entwicklungen an den (Finanz-)Märkten oder auch aus kurzfristig aufkommenden geschäftsfördernden Trends.

Management von Chancen ist an die Unternehmensführung angebunden

Die Erschließung der Chancen ist unmittelbar eingebunden in die strategische Unternehmensplanung. Im Rahmen ihrer zukunftsgerichteten Steuerung analysieren der Vorstand und die ihm unmittelbar zugeordneten Unternehmenseinheiten auch unterjährig in regelmäßigen Abständen die kurz-, mittel- und langfristigen Marktentwicklungen, identifizieren Trends und entwerfen auf Basis von Fakten mögliche Entwicklungsszenarien.

Entscheidend dafür, welche Ressourcen für die Nutzung zusätzlicher Potenziale in den unterschiedlichen Feldern zur Verfügung gestellt werden, ist die erwartete Ergebniswirkung und Eintrittswahrscheinlichkeit.

Über die laufende Beobachtung der Märkte und Trends und etablierte Feedback-Prozesse passen wir unsere Chancenbewertung laufend an. Auf diese Weise können wir auch auf kurzfristige Entwicklungen schnell reagieren.

Aktuelle Chancensituation

Im Folgenden erläutern wir aktuelle Chancenszenarios und ihre Auswirkungen für die DKB:

Die **gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen** können sich besser als erwartet entwickeln: Niedrigzinsen und ein gestiegenes Vertrauen von Verbrauchern und Marktteilnehmern könnten zu einem kräftigen Aufschwung auch in Europa führen. Bezogen auf unsere Bank könnte ein steigendes Verbrauchervertrauen zu einer vermehrten Nachfrage nach Konsumentenkrediten und somit zur Erhöhung der erzielbaren Margen im Privatkundengeschäft führen. Ein breit angelegter Aufschwung würde die Investitionstätigkeit der Unternehmen stimulieren und eine entsprechende Kreditnachfrage in den Bereichen Infrastruktur und Firmenkunden schaffen. Dies würde bei der DKB zu einem unerwartet starken Anstieg der Zinserträge führen.

Das **Geld- und Kapitalmarktumfeld** könnte sich vorteilhafter als angenommen entwickeln. Schnell steigende Preise könnten in der Eurozone für einen Auftrieb der Kapitalmarktzinsen am längeren Ende sorgen, während die EZB die kurzfristigen Leitzinsen im Vergleich dazu langsamer anhebt. Unterstellt man eine konstante Kreditnachfrage, könnte diese Konstellation zu höheren Kreditmargen im langfristigen Segment führen, während sich die eher kurzfristigen Anlageprodukte für die DKB zeitlich langsamer verteuern würden. Dies würde einen positiven Einfluss auf den Zinsüberschuss der DKB haben.

Aufgrund der weiterhin inhomogenen konjunkturellen Entwicklung in Europa und der zuletzt noch einmal deutlich gefallen Rohstoffpreise wird die Eintrittswahrscheinlichkeit für diese beiden Chancenszenarien als eher gering eingeschätzt. Für den Fall des Eintretens ist die DKB aber in der Lage, die Chancen entsprechend wahrnehmen zu können.

Mit dem allgemeinen **Prozess der Digitalisierung** könnte sich bei den Privatkunden der Trend zum Direktbankkonto ausgeprägter entwickeln als angenommen. Das aufkommende Mobile Banking über Smartphones könnte die Nachfrage nach Direktbankkonten zusätzlich verstärken. Damit würde die Zahl der Privatkunden über Erwarten steigen und sich das Privatkundengeschäft entsprechend besonders günstig entwickeln.

Im Zuge der **zunehmend nachhaltigen Ausrichtung der Marktteilnehmer** könnte das Anlegerinteresse an nachhaltigen Finanzangeboten steigen. Auf der Grundlage der hohen Reputation der DKB auf diesem Feld und im Zuge einer sich gerade intensivierenden Außendarstellung zu diesem Thema könnte die Nachfrage nach DKB-Leistungen stärker wachsen als erwartet.

Es könnte zudem zu unerwarteten kurzfristigen **Impulsen aus dem regulatorischen Umfeld** kommen: Neu angestoßene Förderprogramme oder Initiativen der Bundesländer, der Bundesregierung oder der EU könnten bei einzelnen Kundengruppen der DKB die Nachfrage nach Finanzierungen signifikant steigen lassen.

Von der im Jahr 2016 geplanten **Übernahme der Visa Europe Limited durch die Visa Inc.** wird die DKB durch Barauszahlung und den Erhalt von Vorzugsaktien profitieren. Der daraus resultierende Ertrag ist insbesondere von Transaktionskosten und möglichen Widersprüchen beteiligter Mitglieder von Visa Europe Limited abhängig.

Prognosebericht

Erwartete Entwicklung der Rahmenbedingungen

Deutsche Wirtschaft bleibt auf gutem Kurs

Nachdem sich der Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion zuletzt etwas abgeschwächt hat, zeichnet sich für 2016 ein merklich erhöhtes Expansionstempo ab. Besonders im Dienstleistungssektor sind die Wachstumserwartungen so hoch wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Für das Jahr 2016 erwartet die Bundesbank in ihrem Monatsbericht Dezember ein Wachstum plus von 1,8% mit leicht steigender Tendenz. Hauptträger des Wachstums bleibt der private Konsum, dessen Zuwächse sich aus kräftigen Einkommensanstiegen der privaten Haushalte nähren. Die Unternehmensinvestitionen werden in einem extrem günstigen Finanzierungsumfeld weiter expandieren.

Die Beschäftigungsentwicklung bleibt positiv und dürfte von Lohnzuwächsen begleitet werden. Nach Prognose der Bundesbank wird die Arbeitslosenquote auf 6,4% verharren.

Bedingungen für Anziehen der Inflation verbessern sich

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird sich nach Einschätzung der Experten der Bundesbank verstärken, da die Rohölnotierungen ihre inflationsdämpfende Wirkung nach und nach verlieren dürften. So dürfte die Teuerungsrate auf 1,1% im laufenden Jahr und 2,0% im Jahr 2017 steigen.

Wir gehen davon aus, dass die EZB die Leitzinsen weiterhin auf einem niedrigen Niveau belässt. Für den Dollar-Raum erwarten wir moderat steigende Zinsen.

Gemäß Dezemberbeschluss der Europäischen Zentralbank werden die Notenbanken des Eurosystems bis mindestens Ende März 2017 Wertpapiere erwerben, und damit länger als bisher geplant. Im Zuge der Verlängerung des Programms wird das Eurosystem nun auch Schuldtitel von Regionen und Kommunen kaufen und Erträge aus fällig werdenden Wertpapieren reinvestieren. Voraussichtlich wird das Kaufprogramm die Renditen im Jahr 2016 auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau halten.

Angesichts der insgesamt nach wie vor schwer einschätzbaren Gesamtsituation stehen die nachfolgenden Ausführungen zur erwarteten Entwicklung der DKB unter dem Vorbehalt, dass sich sowohl die allgemeinen politischen als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht wesentlich ändern.

Erwartete Entwicklung der DKB

Stabilisierung des Geschäfts auf einem weiterhin hohen Niveau

Bei den Finanzdaten gehen wir von einer Stabilisierung des guten Niveaus aus.

DKB	Ist 2015	Prognose 2016
		Besser als 2015
		Für 2016 rechnen wir mit Belastungen aus der Interchange-Regulierung, die seit dem Dezember 2015 eine europaweite Deckelung für das Interbankenentgelt vorsieht, sowie mit erhöhten Verwaltungsaufwendungen, insbesondere zur Umsetzung regulatorischer Anforderungen. Diese Belastungen planen wir durch Wachstum und Profitabilität unseres Kerngeschäfts zu kompensieren. Unter Berücksichtigung des erfolgswirksamen Effektes aus dem 2016 anstehenden Vollzug der Übernahme der Visa Europe Limited durch die Visa Inc. erwarten wir eine Ergebnissteigerung um 100 bis 130 Mio. EUR gegenüber 2015.
Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung	162,3 Mio. EUR	

Vorbereitung auf zahlreiche regulatorische Neuerungen

Die DKB bereitet sich auf zahlreiche regulatorische Neuerungen vor, die für die Jahre 2016 und 2017 anstehen:

- Mithilfe der globalen Standards für automatischen Informationsaustausch (Automatic Exchange of Information – AEOI) ist ab 2016 die Besteuerung anhand eines Steuerdatenaustauschs sicherzustellen.
- In der EU ist ein Steuerdatenaustausch ab 2017 für das Meldejahr 2016 vorgeschrieben.
- Bis zum März 2016 ist die europäische Wohnimmobilienkreditrichtlinie umzusetzen. Dann gelten für Wohnimmobilienkredite neue EU-weite Standards mit dem Ziel eines verbesserten Verbraucherschutzes.
- Die Einlagensicherungsrichtlinie wurde überarbeitet und zielt zum Schutze der Verbraucher auf eine weitere Harmonisierung der Einlagensicherungssysteme und eine verbesserte Ausstattung mit finanziellen Mitteln.

- Die POG-Guidelines der 3 europäischen Aufsichtsbehörden sind ab 2017 zu beachten. Sie beinhalten Vorschriften zu Verbesserung des Verbraucherschutzes.
- Die Anforderungen des Baseler Komitees für Bankenaufsicht an die Risikodatenaggregation und Berichterstattung (BCBS 239) und die ab 2018 anzuwendenden Vorschriften des IFRS 9 werden von der DKB im Rahmen von mehrjährigen Projekten konzernweit umgesetzt.
- Ab Januar 2017 treten außerdem neue Regeln gemäß MiFID/MiFIR in Kraft. Diese haben das Ziel, die Harmonisierung der europäischen Finanzmärkte weiter voranzutreiben.

Die Umsetzung dieser regulatorischen Anforderungen verursacht auch 2016 steigende Kosten für Personal, IT und externe Beratung.

Fortsetzung der Refinanzierungsstrategie

Sowohl am Banken- als auch am Geld- und Kapitalmarkt rechnen wir für 2016 mit der Fortsetzung der bestehenden Unsicherheiten. Entsprechend aufmerksam verfolgen wir die Marktentwicklungen und passen unsere Zins- und Kreditvergabepolitik sowie unsere Risikomanagementprozesse gegebenenfalls auch kurzfristig an.

So, wie es unser Geschäftsmodell vorsieht, halten wir auch im kommenden Jahr an unserer Refinanzierungsstrategie fest und nutzen zur Liquiditätssicherung vor allem

Kundeneinlagen, Pfandbriefemissionen und das Förderbankengeschäft. Auf diese Weise sichern wir eine solide Basis für das angestrebte Wachstum im Aktivgeschäft, stellen unsere Liquidität sicher und können unsere Refinanzierungsaufgaben innerhalb des BayernLB-Konzerns auch künftig zuverlässig wahrnehmen.

Zudem planen wir, für das Jahr 2016 die Kundennähe weiter zu verbessern. An den Standorten Düsseldorf, Hamburg und Frankfurt am Main richten wir Büros ein, von denen aus eine engere Betreuung vor Ort der Kunden der Bereiche Infrastruktur und Firmenkunden möglich ist.

Erwartete Entwicklung der Bereiche

Bereiche	Ist 2015	Prognose 2016
	Kunden: 3,2 Mio.	Neukunden: 250.000
	Forderungsvolumen: 12,4 Mrd. EUR	Forderungsvolumen: auf dem Niveau von 2015
Privatkunden	Einlagenvolumen: 22,3 Mrd. EUR	Einlagenvolumen: Entsprechend dem Markt- und Zinsumfeld rechnen wir mit einer leichten Steigerung.
	Forderungsvolumen: 35,9 Mrd. EUR	Forderungsvolumen: leicht über dem Niveau von 2015
Infrastruktur	Einlagenvolumen: 17,9 Mrd. EUR	Einlagenvolumen: leicht über dem Niveau von 2015
	Forderungsvolumen: 12,6 Mrd. EUR	Forderungsvolumen: leicht über dem Niveau von 2015
Firmenkunden	Einlagenvolumen: 3,7 Mrd. EUR	Einlagenvolumen: auf dem Niveau von 2015

Privatkunden: Wachstum trotz starken Wettbewerbs

Für das Privatkundengeschäft gehen wir von einem weiteren Wachstum aus. Primärer Treiber wird unser Ankerprodukt DKB-Cash bleiben. Wir setzen auf die Intensivierung der vorhandenen Kundenbeziehungen und werden das Baufinanzierungsneugeschäft stärken und weiter ausbauen. Daneben werden wir das Neukundengeschäft vorantreiben.

Insgesamt bewegen wir uns mit dem Privatkundengeschäft in einem sich rasch ändernden Umfeld. Wettbewerber, die keine Banken sind, aber Dienstleistungen aus dem Bankgeschäft anbieten, genießen beim Privatkunden

eine hohe Aufmerksamkeit. Global Player wie Amazon, Facebook oder Ebay steigen in das Kreditgeschäft ein. Das Mobile Payment wird mit der zum Ende des Jahres 2016 erwarteten Einführung von ApplePay in Deutschland einen deutlichen Schub erhalten. Zusätzlich wird die seit Dezember 2015 geltende Interchange-Regulierung auf die Erträge aus den Kreditkartenportfolios drücken.

In diesem starken Wettbewerbsumfeld konzentrieren wir uns auf die Kundenbedürfnisse. Im Zuge der Digitalisierung hat sich das Kundenverhalten grundlegend verändert. Es gilt, den Erwartungen hinsichtlich Erlebniswert, Multikanalfähigkeit und Individualisierbarkeit bestmöglich zu entsprechen.

Infrastruktur: Finanzierungsbedarf ungebrochen hoch

Die Rahmenbedingungen für den Bereich Infrastruktur werten wir für das folgende Jahr positiv. Wir rechnen für 2016 mit einem unverändert hohen Finanzierungsbedarf in allen Zielbranchen. Die Planungsannahmen der Vorjahre können wir grundsätzlich fortschreiben. Eine intensive Bestandskundenbetreuung sowie das vorhandene Neukundenpotenzial bilden zudem eine solide Grundlage für unser künftiges Geschäft.

Für den Bereich **Wohnen** erwarten wir für 2016 eine stabile Entwicklung im Aktivbereich. Aufgrund der fortgeführten Niedrigzinspolitik der EZB wird weiter Kapital in Immobilien fließen. Entsprechend wird sich auch der Immobilienmarkt dynamisch entwickeln. Eine Entspannung der Marktlage sehen wir allerdings nicht. Das aktuelle Zinsniveau sowie der starke Wettbewerb durch andere Banken und Versicherungen verschärfen die Konkurrenzsituation weiterhin.

Unsere Kunden aus dem Bereich **Energie und Versorgung** investieren jährlich mehrere Milliarden Euro in Infrastrukturmaßnahmen vor allem zur Sicherstellung der Ver- und Entsorgungstabilität. Dieser Investitionsbedarf wird auch 2016 ungebrochen hoch sein. Für den Energiesektor gehen wir von weiteren Engagements unserer Kunden im Bereich Erneuerbare Energien aus.

Der Bereich **Gesundheit und Pflege** wird künftig weiter wachsen. Unser Fokus wird auf Finanzierungen von Ersatzneubauten und Umbauvorhaben liegen. Daneben streben wir an, die Position der Hauptbank einzunehmen und entsprechend Einlagen zu generieren. Die Rahmenbedingungen für ein Wachstum sind günstig. Die Gesundheits- und Pflegereformen werden in den kommenden Jahren zu deutlichen Budgetausweitungen in der Branche führen.

Bei den Kunden in der Kundengruppe **Kommunen, Bildung, Forschung** sehen wir weiterhin einen hohen Einspardruck, sodass der Investitionsstau voraussichtlich bestehen bleiben wird. Allerdings ist der Investitionsbedarf bei kommunaler und sozialer Infrastruktur unverändert hoch. Die Vergabe von langfristigen Kommunalfinanzierungen ist auch künftig einem starken Wettbewerb ausgesetzt.

Im Geschäftsfeld **Bürgerbeteiligung** schätzen wir die Nachfrage nach der Beteiligung an regionalen Projekten auch für 2016 hoch ein.

Firmenkunden: Wachstum trotz veränderter Rahmenbedingungen

Wir rechnen 2016 mit einem Wachstum im Firmenkundengeschäft.

Die Bedingungen für das Geschäft in der Kundengruppe **Umwelttechnik** haben sich leicht verändert, blieben aber positiv: Der Ausbau erneuerbarer Energien wird auch künftig grundsätzlich gefördert. Allerdings steht ein Wechsel vom System der festen Vergütungstarife zum Ausschreibungsverfahren an.

In der Kundengruppe **Landwirtschaft und Ernährung** rechnen wir mittelfristig mit einer Erholung der Erzeugerpreise und damit auch mit einer verbesserten Liquiditätssituation. In Verbindung mit dem weiterhin niedrigen Zinsniveau erwarten wir eine unverändert rege Investitionstätigkeit für den Erwerb von Nutzflächen und den Bau von Ställen. Der verstärkte Generationswechsel in der Landwirtschaft lässt auch weiterhin Finanzierungsbedarf für den Erwerb von landwirtschaftlichen Unternehmen erwarten. Wir gehen für diese Kundengruppe sowohl von einer steigenden Kundenzahl als auch von einem weiteren Ausbau des Geschäftsvolumens aus.

In der Kundengruppe **Tourismus** gehen wir für 2016 von grundsätzlich positiven Rahmenbedingungen aus. Über regionale Kompetenzzentren werden wir bei ausgewählten Projekten entsprechend Neugeschäft generieren.

Die Kundengruppe **Freie Berufe** stellt in unserer Strategie der Fokussierung auf granulares Geschäft einen wichtigen Baustein dar. Entsprechend werden wir diese Ausrichtung auch 2016 weiterverfolgen.

Finanzmärkte: Fortführung der Refinanzierungsstrategie

Auch im laufenden Geschäftsjahr folgen wir unserer Refinanzierungsstrategie und haben vor allem das Einlagenwachstum im Fokus. Die mittel- bis langfristige Refinanzierung über Pfandbriefe treiben wir verstärkt voran.

Für den Ausbau der Liquiditätsreserve konzentrieren wir uns nach wie vor auf ein Portfolio hochliquider Anleihen bonitätsstarker Emittenten. Die Wertpapiere im Nicht-Kerngeschäft bauen wir wie auch in der Vergangenheit weiter ab.

Nicht-Kerngeschäft: kontrollierter Abbau von nicht strategiekonformen Portfolios

Die im Segment Nicht-Kerngeschäft zusammengefassten nicht mehr strategiekonformen Aktivitäten werden wir gemäß der laufenden Abbaustrategie weiter geordnet abbauen. Erfolg und Dauer dieser Maßnahmen sind abhängig von allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen sowie von der Realisierbarkeit kundenindividueller Lösungen. Der nicht strategiekonforme Wertpapierbestand wird unverändert bei Fälligkeit reduziert oder es werden Marktchancen opportunistisch genutzt. Die Abbauportfolios beobachten wir kontinuierlich und analysieren sie individuell, um etwaige zusätzliche Belastungen aus dem Abbau frühzeitig zu erkennen und zu vermeiden. Wir gehen für 2016 davon aus, dass der Abbau kontinuierlich fortgesetzt werden kann.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur weiteren Verbesserung unserer Leistungen setzen wir auch 2016 auf ein unverändert hohes Niveau in Bezug auf Mitarbeiterzufriedenheit, -fortbildungsstand und -gesundheit, hohe Kundenzufriedenheit, den Ausbau und den Erhalt von Marktanteilen sowie eine positive Bewertung unserer Produkte und Leistungen durch externe Institutionen. Auch 2016 planen wir, unsere Nachhaltigkeitsleistung weiter kontinuierlich zu verbessern.

Fazit

In allen 3 Marktbereichen Privatkunden, Infrastruktur und Firmenkunden rechnen wir insgesamt mit einer stabilen Entwicklung. Große Wachstumsschübe werden ausbleiben.

Von der geplanten Übernahme der Visa Europe Limited durch die Visa Inc. wird der DKB-Konzern durch Barauszahlung und den Erhalt von Vorzugsaktien profitieren. Der daraus resultierende Ertrag ist insbesondere von Transaktionskosten und möglichen Widersprüchen beteiligter Mitglieder von Visa Europe Limited abhängig. Unter Berücksichtigung dieses Sondereffektes erwarten wir eine Ergebnissteigerung um 100 bis 130 Mio. EUR gegenüber dem Jahr 2015.

Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG

Bilanz **70**

Gewinn- und Verlustrechnung **72**

Anhang **73**

Versicherung der gesetzlichen Vertreter **103**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers **104**

Bilanz

zum 31. Dezember 2015

Aktivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		9.552		6.934
b) Guthaben bei der Deutschen Bundesbank		710.365		646.507
			719.917	653.441
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		410.801		223.850
b) andere Forderungen		4.454.994		6.187.775
			4.865.795	6.411.625
4. Forderungen an Kunden				
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	TEUR 24.157.641		61.128.952	57.834.167
	(Vorjahr: TEUR 23.117.375)			
Kommunalkredite	TEUR 12.647.402			
	(Vorjahr: TEUR 11.439.017)			
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten	3.405.945			2.650.676
darunter:				
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 3.405.945			
	(Vorjahr: TEUR 2.650.676)			
bb) von anderen Emittenten	1.632.570			1.541.185
darunter:		5.038.515		4.191.861
beliehbar bei der Deutschen Bundesbank	TEUR 1.628.138			
	(Vorjahr: TEUR 1.536.752)			
c) eigene Schuldverschreibungen		668.695		1.000.042
Nennbetrag:	TEUR 670.000		5.707.210	5.191.903
	(Vorjahr: TEUR 1.000.000)			
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			141.555	135.193
7. Beteiligungen			20.718	20.718
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 19.996			
	(Vorjahr: TEUR 19.996)			
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			16.836	96.636
darunter: an Kreditinstituten	TEUR 0			
	(Vorjahr: TEUR 79.800)			
9. Treuhandvermögen			11.080	10.646
darunter: Treuhandkredite	TEUR 11.060			
	(Vorjahr: TEUR 10.628)			
14. Sonstige Vermögensgegenstände			26.259	32.539
15. Rechnungsabgrenzungsposten			31.169	25.048
16. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			3.135	2.558
Summe der Aktiva			72.672.626	70.414.474

Passivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		42.802		321.811
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		16.018.953		15.507.456
			16.061.755	15.829.267
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten		408.778		380.402
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig	33.953.746			29.787.282
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	14.179.075	48.132.821		16.752.935
			48.541.599	46.920.619
3. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen			4.765.656	4.158.891
4. Treuhandverbindlichkeiten			11.080	10.646
darunter:				
Treuhandkredite	TEUR 11.060			
	(Vorjahr: TEUR 10.628)			
5. Sonstige Verbindlichkeiten			201.711	243.838
6. Rechnungsabgrenzungsposten			35.155	8.596
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		48.500		37.749
b) Steuerrückstellungen		0		0
c) andere Rückstellungen		121.449		125.900
			169.949	163.649
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			298.064	591.311
10. Genussrechtskapital			21.745	21.745
darunter:				
vor Ablauf von 2 Jahren fällig	TEUR 0			
	(Vorjahr: TEUR 0)			
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken			230.000	130.000
12. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		339.300		339.300
b) Kapitalrücklage		1.314.381		1.314.381
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage	242.436			242.436
cd) andere Gewinnrücklagen	439.795			439.795
		682.231		682.231
			2.335.912	2.335.912
Summe der Passiva			72.672.626	70.414.474
1. Eventualverbindlichkeiten				
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			887.684	687.462
2. Andere Verpflichtungen				
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			2.254.721	2.295.250

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 01.01.2015 bis 31.12.2015

Aktivseite

	TEUR	TEUR	TEUR	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		2.182.266		2.246.036
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		27.052		34.499
			2.209.318	2.280.535
2. Zinsaufwendungen			1.452.901	1.630.931
			756.417	649.604
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		746		751
b) Beteiligungen		2.042		3.947
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		155		146
			2.943	4.844
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			15.850	19.131
5. Provisionserträge			317.551	305.825
6. Provisionsaufwendungen			330.739	320.088
			-13.188	-14.263
8. Sonstige betriebliche Erträge			13.899	15.887
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	107.894			98.108
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	23.779			21.197
darunter:				
für Altersversorgung	TEUR 7.421			
	(Vorjahr: TEUR 6.682)			
b) andere Verwaltungsaufwendungen		213.210		195.705
			344.883	315.010
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			82	0
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			44.574	37.192
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			128.937	123.067
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			9.550	13.517
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme			0	2.499
18. Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			100.000	0
19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			166.995	210.952
20. Außerordentliche Erträge		1.719		0
21. Außerordentliche Aufwendungen		6.422		6.464
22. Außerordentliches Ergebnis			-4.703	-6.464
23. Ertrag aus Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		2		10
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen (im Vorjahr: Erstattete sonstige Steuern)		1		2
			1	12
26. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne			162.293	204.499
27. Jahresüberschuss			0	0
34. Bilanzgewinn			0	0

Anhang

Grundlagen zur Aufstellung

Der Jahresabschluss der Deutschen Kreditbank AG (DKB) wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) und den Regelungen des Pfandbriefgesetzes (PfandBG) erstellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht den Formblättern 1 und 3 der RechKredV.

Mit Verschmelzungsvertrag vom 26. Juni 2015 ist die SKG BANK AG (SKG) rückwirkend zum 1. Januar 2015 durch Übertragung ihres Vermögens unter Auflösung ohne Abwicklung als Ganzes auf die DKB verschmolzen. Die SKG hat insgesamt keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens- und Ertragslage der DKB. Da dadurch die Vergleichbarkeit der Vorjahreszahlen nicht wesentlich beeinträchtigt wird, erfolgte keine Anpassung der Vorjahreszahlen der DKB. Wesentliche Auswirkungen bei einzelnen Posten der Bilanz oder Gewinn- und Verlustrechnung werden – soweit vorhanden – in den Abschnitten 3 bis 5 erläutert.

Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden entspricht den allgemeinen Bewertungsvorschriften der §§ 252 ff. HGB unter Berücksichtigung der für Kreditinstitute geltenden Sonderregelungen (§§ 340e ff. HGB).

Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen werden zum Nennwert, zu den fortgeführten Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert am Bilanzstichtag und nach aktivischer Absetzung der Wertberichtigungen ausgewiesen.

Für alle erkennbaren Risiken ist durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen ausreichend Vorsorge getroffen worden. Darüber hinaus bestehen für latent vorhandene Kreditrisiken Pauschalwertberichtigungen.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag passiviert. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit ihrem Barwert angesetzt.

Agien und Disagien zu Forderungen und Verbindlichkeiten werden in die aktive bzw. passive Rechnungsabgrenzung eingestellt und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Wertpapiere

Die Bewertung der Wertpapierbestände des Umlaufvermögens erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip unter Beachtung des Wertaufholungsgebots. Die Wertpapiere des Anlagevermögens werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Eine Zuordnung der Zweckbestimmung erfolgt bei Zugang der Wertpapiere.

Zur Ermittlung der Bewertungskurse wird – soweit vorhanden – auf die Preise an aktiven Märkten zurückgegriffen. Zum 31. Dezember 2015 war der gesamte Wertpapierbestand an aktiven Märkten notiert.

Per Wertpapierleihetransaktionen entlehene bzw. per Wertpapierpensionsgeschäften gekaufte Wertpapiere werden entsprechend der Auffassung der Bilanzierungspraxis, dass das wirtschaftliche Eigentum beim Verleiher/Pensionsgeber der Wertpapiere verbleibt, nicht bilanziert. Verlehene bzw. verkaufte Wertpapiere werden im Wertpapierbestand ausgewiesen und entsprechend dem zugeordneten Bestand bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sind zu Anschaffungskosten oder – bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung – zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet. Sofern die Gründe für eine Wertminderung entfallen sind, erfolgt eine Wertaufholung.

Sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände werden nach dem strengen Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet.

Rückstellungen

Die Bewertung der Rückstellungen erfolgt zum Erfüllungsbetrag unter Berücksichtigung von Preis- und Kostensteigerungen. Rückstellungen werden gemäß § 253 Abs. 2 HGB laufzeitadäquat mit dem von der Bundesbank

veröffentlichten durchschnittlichen Marktzins der vergangenen 7 Geschäftsjahre abgezinst. Die Einbuchung der Rückstellungen erfolgt nach der Nettomethode, das heißt, es wird der abgezinste Erfüllungsbetrag eingebucht und in den Folgejahren zulasten des Zinsergebnisses aufgezinnt.

Für Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen im Kreditgeschäft gebildet.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen (Altersteilzeit- und Vorruhestandsregelung) erfolgt jährlich durch versicherungsmathematische Gutachten unter Berücksichtigung der „Richttafeln 2005 G“ von Professor Dr. Klaus Heubeck. Es werden die unmittelbaren leistungsorientierten Versorgungsverpflichtungen bewertet.

Für die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen werden folgende Annahmen zugrunde gelegt:

Annahmen p. a.	Zinssatz
Rechnungszinssatz	3,89 %
Gehaltstrend	2,25 %
Karrieretrend	1,00 %
Entwicklung Beitragsbemessungsgrenze	2,25 %
Rententrend	2,00 %
Fluktuation	2,00 %
Pensionsalter	64 Jahre

Die Berechnung der Pensionsverpflichtungen sowie der pensionsähnlichen Verpflichtungen erfolgt mittels des finanzmathematischen Verfahrens Projected-Unit-Credit-Methode (Anwartschaftsbarwertmethode).

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbar langfristig fälligen Verpflichtungen dienen, werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit diesen Schulden verrechnet. Ein die Verpflichtungen übersteigender Betrag wird gesondert als Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung aktiviert.

Derivative Finanzinstrumente und Bewertungseinheiten

Die Bank setzt derivative Finanzgeschäfte (vor allem Swaps) ausschließlich zur Steuerung von Zins- und Währungsrisiken ein. Zinsderivate, welche zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch eingesetzt werden, werden in Bewertungseinheiten nach § 254 HGB zusammengefasst und nach der Einfrierungsmethode abgebildet oder nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung gemäß IDW RS BFA 3 im Bankbuch beurteilt. Hierbei wurde im Rahmen einer GuV-orientierten Betrachtung des Bestandsgeschäfts unter Berücksichtigung der Schließung offener Festzinspositionen sowie von Risikokosten und Verwaltungskosten ein barwertiges Periodenergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt.

Gezahlte bzw. erhaltene Optionsprämien sowie die positiven bzw. negativen Marktwerte der zur Deckung von Wechselkursschwankungen eingesetzten Devisentermingeschäfte mit einer Laufzeit von unter einem Jahr bzw. einer besonderen Deckung nach § 340h HGB werden unter den sonstigen Vermögensgegenständen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung erfolgt nach den Grundsätzen des § 256a HGB i.V.m. § 340h HGB. Auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden werden mit den durch die EZB veröffentlichten Euro-Referenzkursen des Abschlussstichtags umgerechnet. Die Umrechnung nicht abgewickelter Termingeschäfte erfolgt zum Terminkurs. Dienen Devisentermingeschäfte der Absicherung zinstragender Bilanzposten, so wird unter Wesentlichkeitsaspekten hinsichtlich der verbleibenden Nettoposition und aufgrund der kurzen Restlaufzeit der Geschäfte (unter einem Jahr) auf die Spaltung des Terminkurses verzichtet. Die auf Fremdwährung lautenden Bilanzbestände und schwebenden Geschäfte werden je Währung zu einer Devisenposition zusammengeführt und gemäß § 340h HGB als besonders gedeckt eingestuft. Dementsprechend werden die Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung erfolgswirksam erfasst und im sonstigen betrieblichen Ergebnis ausgewiesen.

Latente Steuern

Latente Steuern werden auf Ebene des Organträgers Bayerische Landesbank (BayernLB) abgebildet. Dies ergibt sich aus dem mit der BayernLB abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag und der daraus resultierenden ertragsteuerlichen Organschaft.

Ausweis negativer Zinsen

Zinsen, die die DKB für die befristete Ausreichung von Kapital zahlt (negative Zinserträge) bzw. für die befristete Entgegennahme von Kapital erhält (positive Zinsaufwendungen) werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen erfasst und im Anhang in Abschnitt 4 genannt.

Angaben zur Bilanz

Aktivseite

Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	2015	2014
Andere Forderungen mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	313,2	455,8
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.755,6	911,6
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	2.373,4	4.504,1
mehr als 5 Jahre	12,8	316,3
Forderungen an verbundene Unternehmen	4.673,1	6.290,2 ¹

¹ Davon SKG 843,3 Mio. EUR.

Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2015	2014
Forderungen mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	3.554,6	3.651,9
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	4.106,4	3.156,3
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	15.124,8	13.668,8
mehr als 5 Jahre	37.197,6	35.596,3
mit unbestimmter Laufzeit	1.145,6	1.760,9
Forderungen an verbundene Unternehmen	253,9	253,7
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	65,5	47,0
davon nachrangig	26,4	–
Sonstige nachrangige Forderungen	25,7	30,7

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	2015	2014
Anleihen und Schuldverschreibungen		
im Folgejahr fällig (einschließlich der anteiligen Zinsen)	866,4	1.179,5
börsenfähige Wertpapiere		
davon börsennotiert	5.667,1	5.171,8
davon nicht börsennotiert	40,1	20,1
verliehene Wertpapiere	–	65,0
in Pension gegebene Wertpapiere	25,0	–
von verbundenen Unternehmen ausgegebene Wertpapiere	–	263,9

Umwidmungen wurden im Geschäftsjahr nicht vorgenommen.

Der Buchwert der zum gemilderten Niederstwertprinzip bewerteten Papiere des Anlagevermögens beträgt 2.363,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.581,8 Mio. EUR). Der Anstieg im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus dem Erwerb von weiteren Anleihen, die dauerhaft dem Geschäftsbetrieb dienen sollen. Der beizulegende Zeitwert der im Anlagevermögen ausgewiesenen Bestände beläuft sich auf 2.415,8 Mio. EUR (Vorjahr: 1.651,8 Mio. EUR).

Der Unterschied zum Buchwert ist auf veränderte Marktbedingungen gegenüber dem Zeitpunkt des Erwerbs der Wertpapiere zurückzuführen. Dauernde Wertminderungen liegen nicht vor. Aus dem Wertpapierbestand des Anlagevermögens ergeben sich stille Reserven von 61,0 Mio. EUR (Vorjahr: 70,2 Mio. EUR) sowie stille Lasten von 8,9 Mio. EUR (Vorjahr: 0,2 Mio. EUR). Die Einschätzung, dass die stillen Lasten nicht dauerhaft sind, stellt auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Anleihen und die Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten, ab.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

in Mio. EUR	2015	2014
nachrangige Wertpapiere	–	–
börsenfähige Wertpapiere	133,1	126,8
davon börsennotiert	84,1	79,5
davon nicht börsennotiert	49,0	47,3

Im Anlagevermögen werden Anteile an einem nicht börsenfähigen geschlossenen Immobilienfonds mit einem Buchwert von 8,4 Mio. EUR (Vorjahr: 8,4 Mio. EUR) ausgewiesen. Der beizulegende Zeitwert beläuft sich auf 7,9 Mio. EUR (Vorjahr: 7,9 Mio. EUR).

Es bestehen unterlassene Abschreibungen im Sinne des § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB von 0,5 Mio. EUR (Vorjahr: 0,5 Mio. EUR). Aufgrund der bestehenden Marktlage im Bereich der gewerblichen Immobilien, der Diversifikation der Anlageobjekte auf verschiedene Segmente und Länder sowie der stabilen Ausschüttungen gehen wir davon aus, dass die Wertminderung bei dem wie Anlagevermögen bewerteten Wertpapier nicht von Dauer ist.

Die Angaben zum Investmentvermögen erfolgen gemäß
§ 285 Nr. 26 HGB:

in Mio. EUR	Buchwert (BW) 31.12.2015	Marktwert (MW) 31.12.2015	Δ MW-BW	Ausschüttung 2015	tägl. Rückgabe möglich
Aktienfonds					
DKB Asien TNL	14,2	16,7	2,5	–	ja
DKB Europa TNL	16,2	16,2	0	–	ja
DKB Nordamerika TNL	17,1	17,1	0	–	ja
DKB Pharma TNL	15,5	29,3	13,8	–	ja
DKB Zukunftsfonds	11,8	17,0	5,2	–	ja
DKB Ökofonds	12,4	12,8	0,4	–	ja
DKB Teletech ANL	5,3	8,4	3,1	–	ja
DKB Teletech TNL	11,2	17,3	6,1	–	ja
Mischfonds					
DKB NBL ANL	19,6	19,6	0	–	ja
Immobilienfonds					
BGV III Feeder 3	8,4	7,9	-0,5	0,3	nein

Beteiligungen

In den Beteiligungen sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Anteile an verbundenen Unternehmen

In den Anteilen an verbundenen Unternehmen sind keine börsenfähigen Wertpapiere enthalten.

Treuhandvermögen

Das Treuhandvermögen besteht ausschließlich aus Forderungen an Kunden.

Sonstige Vermögensgegenstände

In dieser Position sind insbesondere Forderungen aus Ergebnisabführungsverträgen von 15,8 Mio. EUR (Vorjahr: 19,1 Mio. EUR), bei der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung (FMSA) hinterlegte Barsicherheiten wegen unwiderruflicher Zahlungsverpflichtungen von 5,3 Mio. EUR (Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) sowie aktivierte Ansprüche aus Zahlungsverkehrs- und Kreditkartenprovisionen enthalten.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und höherem Auszahlungsbetrag von Forderungen sowie dem Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und niedrigerem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten von 28,9 Mio. EUR (Vorjahr: 22,5 Mio. EUR).

Entwicklung des Anlagevermögens

in Mio. EUR	Anschaffungskosten	Zugänge	Abgänge ¹	Kumulierte Zu-/Abschreibungen	Restbuchwert 31.12.2015	Restbuchwert 31.12.2014
Beteiligungen	20,7	-	-	-	20,7	20,7
Anteile an verbundenen Unternehmen	242,2	-	79,8	145,6 ²	16,8	96,6
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.593,2	970,6	187,0	-4,7	2.372,1	1.590,2

¹ Der Abgang bei den verbundenen Unternehmen bezieht sich auf die Verschmelzung mit der SKG.

² Im Geschäftsjahr wurden weder Zu- noch Abschreibungen vorgenommen.

Vermögensgegenstände in fremder Währung

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Vermögensgegenstände beträgt 259,9 Mio. EUR (Vorjahr: 252,2 Mio. EUR).

Passivseite

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. EUR	2015	2014
Befristete Verbindlichkeiten mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	593,1	511,2
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.379,4	1.244,8
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	6.004,3	5.940,8
mehr als 5 Jahre	8.042,2	7.810,6
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	1.213,2	1.604,1 ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	–	–
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen	186,0	222,1

¹ Davon SKG 60,1 Mio. EUR.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. EUR	2015	2014
Andere befristete Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	8.284,3	10.052,8
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	922,0	1.581,3
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	1.376,5	1.536,7
mehr als 5 Jahre	3.596,3	3.582,1
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	62,1	60,7
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14,7	25,7
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen	2,5	5,0

Verbrieftes Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	2015	2014
Angaben zur Restlaufzeit:		
bis 3 Monate (einschließlich der anteiligen Zinsen)	125,2	548,3
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	350,0	500,1
mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	1.382,5	1.802,5
mehr als 5 Jahre	2.908,0	1.308,0
Verbindlichkeiten, fällig im Folgejahr (einschließlich der anteiligen Zinsen)	475,2	1.048,4
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	26,9	91,8
Verbindlichkeiten gegenüber sonstigen nahestehenden Unternehmen	25,3	23,2

Deckungsrechnung

in Mio. EUR	2015	2014
Öffentliche Pfandbriefe	4.705,9	4.768,4
Deckungswerte enthalten in:		
Forderungen an Kreditinstitute	–	20,0
Forderungen an Kunden	7.983,8	7.130,4
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	300,0	345,0
Überdeckung	3.577,9	2.727,0
Hypothekendarfandbriefe	5.077,4	4.143,4
Deckungswerte enthalten in:		
Forderungen an Kreditinstitute	–	–
Forderungen an Kunden	7.819,7	7.843,3
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	360,0	250,0
Überdeckung	3.102,3	3.949,9

Im Geschäftsjahr wurden Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekenpfandbriefe (Inhaberpapiere) von 1.630,0 Mio. EUR (Vorjahr: 1.980,0 Mio. EUR) emittiert und von 1.025,0 Mio. EUR (Vorjahr: 2.010,0 Mio. EUR) zurückgezahlt.

Treuhandverbindlichkeiten

Die Treuhandverbindlichkeiten bestehen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Sonstige Verbindlichkeiten

In dieser Position sind im Wesentlichen das aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB abzuführende Periodenergebnis von 162,3 Mio. EUR (Vorjahr: 204,5 Mio. EUR), Verbindlichkeiten wegen Aufwand aus dem Kreditkartengeschäft von 19,9 Mio. EUR (Vorjahr: 26,2 Mio. EUR), abzuführende Lohnsteuer- und Kapitalertragsteuerbeträge sowie per 31. Dezember 2015 bestehende Zinszahlungsverpflichtungen ausgewiesen.

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren im Wesentlichen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen Nennbetrag und niedrigerem Auszahlungsbetrag von Forderungen

sowie dem Unterschiedsbetrag zwischen Rückzahlungs- und höherem Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten von 28,0 Mio. EUR (Vorjahr: 8,3 Mio. EUR).

Durch die Verschmelzung mit der SKG wurden Rechnungsabgrenzungsposten von 3,2 Mio. EUR (Stand 31. Dezember 2014) übernommen. Diese betreffen vor allem abgegrenzte Disagien aus dem Forderungsankauf. Zum Bilanzstichtag verblieb nach Berücksichtigung der planmäßigen Amortisation der Disagien ein abzugrenzender Betrag von 1,9 Mio. EUR.

Rückstellungen

Die Rückstellungen beinhalten Pensionsrückstellungen von 48,5 Mio. EUR (Vorjahr: 37,7 Mio. EUR).

Durch die Verschmelzung mit der SKG hat die DKB Pensionsrückstellungen von 2,0 Mio. EUR (Stand 31. Dezember 2014) übernommen. Der für diese Rückstellungen nach dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz ermittelte Unterschiedsbetrag von 0,3 Mio. EUR (ursprünglich 0,4 Mio. EUR) wurde im Geschäftsjahr zulasten der außerordentlichen Aufwendungen vollständig den Pensionsrückstellungen zugeführt.

Die anderen Rückstellungen ergeben sich aus folgenden Positionen:

in Mio. EUR	2015	2014
Personalarückstellungen	13,0	12,4
Rückstellungen im Kreditgeschäft	11,2	4,8
Sonstige Rückstellungen	97,2	108,7

Die sonstigen Rückstellungen betreffen vor allem Rückstellungen für Einlagen mit steigendem Zins, zum Bilanzstichtag offene Rechnungen, Provisionszahlungen sowie Rechts- und Prozessrisiken.

Das Planvermögen, mit dem die Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen sowie Zeitguthaben gesichert werden, wird gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungswerten verrechnet. Der verbleibende aktive Überhang ist als „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ von 3,1 Mio. EUR (Vorjahr: 2,6 Mio. EUR) ausgewiesen. Erträge aus dem Deckungsvermögen wurden mit Aufwendungen aus der Aufzinsung der Rückstellung verrechnet.

Bruttoausweis

in Mio. EUR	Rückstellungen Altersteilzeit	Rückstellungen Überstundenvergütung
Erfüllungsbetrag der Verpflichtung	8,4	18,4
Anschaffungskosten der verrechneten Vermögensgegenstände	5,6	21,2
Zeitwert des Deckungsvermögens	6,3	21,5
Aufwendungen aus der Aufzinsung im laufenden Geschäftsjahr	0,4	2,6
Erträge aus Deckungsvermögen im laufenden Geschäftsjahr	0,1	0

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für eingegangene nachrangige Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr insgesamt Aufwendungen von 19,6 Mio. EUR (Vorjahr: 23,9 Mio. EUR) angefallen.

Es bestehen Verbindlichkeiten von 50 Mio. EUR und 100,0 Mio. EUR, die jeweils 10 % des Gesamtbetrags der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen. Diese werden mit 6,05 % bzw. 4,78 % verzinst und haben eine Laufzeit bis zum 24. März 2020 bzw. 26. März 2024.

Sämtliche nachrangigen Verbindlichkeiten sind vertraglich so ausgestattet, dass im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Bank eine Rückerstattung erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger erfolgt. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung auf Verlangen der Gläubiger kann nicht entstehen. Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital gemäß Art. 72 CRR sind für einen Bestand von nominal 288,3 Mio. EUR erfüllt. Unter Beachtung der Restlaufzeit und der abzusetzenden Disagien (0,2 Mio. EUR) finden nachrangige Verbindlichkeiten von 237,4 Mio. EUR im Zuge der Ermittlung der Eigenmittel Berücksichtigung.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen von 156,0 Mio. EUR (Vorjahr: 187,1 Mio. EUR).

Fonds für allgemeine Bankrisiken

Im Geschäftsjahr wurden dem Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB 100,0 Mio. EUR zur Stärkung des aufsichtsrechtlichen Eigenkapitals zugeführt (Bestand Vorjahr: 130,0 Mio. EUR).

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt 339,3 Mio. EUR. Es ist eingeteilt in 130,5 Mio. nennwertlose Stückaktien.

Nach § 268 Abs. 8 HGB dürfen Gewinne aus Zuschreibungen über die Anschaffungskosten von nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Rückstellungen zu verrechnenden Vermögenswerten nur ausgeschüttet werden, wenn die nach der Ausschüttung verbleibenden frei verfügbaren Rücklagen zuzüglich eines Gewinnvortrags und abzüglich eines Verlustvortrags mindestens den insgesamt angesetzten Beträgen, abzüglich der hierfür gebildeten passiven latenten Steuern, entsprechen. Zum 31. Dezember 2015 betragen die dementsprechend ausschüttungsgesperreten Beträge 1,1 Mio. EUR. Vor dem Hintergrund der ausreichend vorhandenen anderen Gewinnrücklagen erfolgt jedoch eine vollständige Abführung des Jahresergebnisses.

Verbindlichkeiten in fremder Währung

Der Gesamtbetrag der auf Fremdwährung lautenden Verbindlichkeiten beträgt 185,3 Mio. EUR (Vorjahr: 166,8 Mio. EUR).

Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für nachstehende Verbindlichkeiten (ohne verbrieftete Verbindlichkeiten) wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert als Sicherheit übertragen:

in Mio. EUR	2015	2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15.870,3	15.784,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	7.484,0	7.925,3

Aufgliederung der Bilanz für Pfandbriefbanken

Da das Pfandbriefgeschäft in der bilanziellen Wirkung nicht den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit darstellt, werden die für Pfandbriefbanken zusätzlichen Formvorschriften aus Gründen der Klarheit und Übersichtlichkeit nicht im Gliederungsschema der Bilanz, sondern im Anhang dargestellt.

Aktiva 3 – Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. EUR	2015	2014
a) Hypothekendarlehen	–	–
b) Kommunalkredite	–	–
c) Andere Forderungen	4.865,8	6.411,6
darunter:		
täglich fällig	410,8	223,9
gegen Beleihung von Wertpapieren	–	–

Aktiva 4 – Forderungen an Kunden

in Mio. EUR	2015	2014
a) Hypothekendarlehen	24.157,6	23.117,4
b) Kommunalkredite	12.647,4	11.439,0
c) Andere Forderungen	24.324,0	23.277,8
darunter gegen Beleihung von Wertpapieren	6,1	5,6

Aktiva 15 – Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. EUR	2015	2014
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	28,9	22,5
b) Andere	2,3	2,5

Passiva 1 – Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. EUR	2015	2014
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	172,3	158,0
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	429,7	117,5
c) Andere Verbindlichkeiten	15.459,8	15.553,8
darunter:		
täglich fällig	42,8	321,8
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 2 – Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. EUR	2015	2014
a) Begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	2.366,7	2.229,9
b) Begebene Öffentliche Namenspfandbriefe	2.167,7	2.270,9
c) Spareinlagen		
ca) mit vereinbarter Kündigungsfrist von 3 Monaten	408,8	380,4
d) Andere Verbindlichkeiten	43.598,4	42.039,4
darunter:		
täglich fällig	33.953,7	29.787,3
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	–	–
und Öffentliche Namenspfandbriefe	–	–

Passiva 3 – Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. EUR	2015	2014
a) Begebene Schuldverschreibungen		
aa) Hypothekenpfandbriefe	2.599,6	1.770,4
ab) Öffentliche Pfandbriefe	2.165,9	2.388,3
ac) sonstige Schuldverschreibungen	0,2	0,2
b) Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	–	–
darunter Geldmarktpapiere	–	–

Passiva 6 – Rechnungsabgrenzungsposten

in Mio. EUR	2015	2014
a) Aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	29,9	8,3
b) Andere	5,3	0,3

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen handelt es sich um potenzielle Verpflichtungen, die durch den Eintritt ungewisser künftiger Ereignisse entstehen und deren Erfüllungsbetrag bzw. -zeitpunkt nicht mit hinreichender Zuverlässigkeit geschätzt werden kann.

In beiden unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Posten sind keine in Bezug auf die Gesamttätigkeit wesentlichen Einzelbeträge enthalten. Die anderen Verbindlichkeiten beinhalten ausschließlich unwiderrufliche Kreditzusagen.

Zum Bilanzstichtag ergaben sich folgende Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen:

in Mio. EUR	2015	2014
Eventualverbindlichkeiten	0,9	0,9
Andere Verpflichtungen	4,3	294,4 ¹

¹ Davon SKG 290,0 Mio. EUR.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften

In den Zinserträgen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften sind wie im Vorjahr keine Erträge aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen enthalten.

Die Zinserträge enthalten negative Zinserträge aus Tages- und Termingeldern (0,2 Mio. EUR), aus Wertpapierpensionsgeschäften (1,2 Mio. EUR) sowie aus Zinsswaps (0,4 Mio. EUR). Im Vorjahreszeitraum waren keine negativen Zinserträge enthalten.

Zinsaufwendungen

In den Zinsaufwendungen sind Aufwendungen aus der Aufzinsung bzw. aus der Änderung des Diskontierungszinssatzes von Rückstellungen von 11,5 Mio. EUR (Vorjahr: 9,1 Mio. EUR) enthalten.

Die Zinsaufwendungen enthalten positive Zinsaufwendungen aus Wertpapierpensionsgeschäften von 0,2 Mio. EUR. Im Vorjahreszeitraum waren keine positiven Zinsaufwendungen enthalten.

Provisionsaufwendungen

Die Provisionsaufwendungen enthalten periodenfremde Erstattungen aus einer Betriebsprüfung von 9,2 Mio. EUR.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind im Wesentlichen Erträge aus Kostenerstattungen, aus der Auflösung von Rückstellungen sowie aus der Währungsumrechnung (2,4 Mio. EUR; Vorjahr: 1,4 Mio. EUR) enthalten.

In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden vor allem Schäden u. a. aus dem Missbrauch im Kreditkartengeschäft und aus Rechtsrisiken von 18,6 Mio. EUR (Vorjahr: 10,6 Mio. EUR) ausgewiesen. Der Ausweis des Beitrags zum Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Bankenabgabe) von 12,4 Mio. EUR (Vorjahr: 2,2 Mio. EUR) erfolgt ebenfalls in dieser Position.

Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die im Vorjahr ausgewiesenen Aufwendungen aus Verlustübernahme betrafen fast vollständig die Verluste der SKG.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Die außerordentlichen Aufwendungen beinhalten Restrukturierungsaufwendungen, die sich aus der Umsetzung der für die DKB als Teil des BayernLB-Konzerns festgelegten Restrukturierungsmaßnahmen ergeben haben. Dazu zählen ebenso Programme bei Tochterunternehmen sowie daraus resultierende Aufwendungen für Verlustübernahmen der Jahresergebnisse.

Der außerordentliche Ertrag resultiert aus der Verschmelzung mit der SKG.

Ertrag aus Steuern vom Einkommen und Ertrag

Aufgrund des Ergebnisabführungsvertrags mit der BayernLB fallen auf der Ebene der DKB keine Ertragsteuerzahlungen für das laufende Geschäftsjahr an.

Angaben zu Bewertungseinheiten gemäß § 285 Nr. 23 HGB

Art der abgesicherten Risiken	Buchwert der Grundgeschäfte	Art der Bewertungseinheit	Höhe der abgesicherten Risiken
Zinsrisiken	25,0 Mio. EUR	Mikro-Hedge	100 %

Bei den nach § 254 HGB gebildeten Sicherungsbeziehungen stimmen die Parameter des abgesicherten Teils von Grundgeschäft und Sicherungsinstrument überein. Es handelt sich um perfekte Mikro-Hedges. Die Wirksamkeit der Bewertungseinheiten wird unter dieser Voraussetzung mit der Critical-Term-Match-Methode bewertet. Die Bewertungseinheiten werden für die gesamte Laufzeit von Grund- und Sicherungsgeschäft gebildet.

Angaben zu derivativen Geschäften

Die Angaben zu den derivativen Finanzinstrumenten im Sinne des § 285 Nr. 19 HGB i.V.m. § 36 RechKredV sind den nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Darstellung der Volumina

in Mio. EUR	Nominalwert	
	2015	2014
Zinsrisiken		
Zinsswaps	13.270,0	12.600,0
Caps/Floors	0,0	0,0
Zinsoptionen	0,0	0,0
Zinsrisiken insgesamt	13.270,0	12.600,0
Währungsrisiken		
Währungsswaps	0,0	0,0
Devisentermingeschäfte	69,5	67,9
Währungsrisiken insgesamt	69,5	67,9
Insgesamt	13.339,5	12.667,9

	Beizulegender Zeitwert ¹			
	positiv		negativ	
	2015	2014	2015	2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	9,5	0,0	1.050,3	1.436,6
Caps/Floors	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsoptionen	0,0	0,0	0,0	0,0
Zinsrisiken insgesamt	9,5	0,0	1.050,3	1.436,6
Währungsrisiken				
Währungsswaps	0,0	0,0	0,0	0,0
Devisentermingeschäfte	0,1	0,0	0,1	0,3
Währungsrisiken insgesamt	0,1	0,0	0,1	0,3
Insgesamt	9,6	0,0	1.050,4	1.436,9

¹ Ohne Zinsabgrenzung.

Fristengliederung

in Mio. EUR	Nominalwert			
	Zinsrisiken		Währungsrisiken	
	2015	2014	2015	2014
Bis ein Jahr	1.770,0	750,0	69,5	67,9
Mehr als ein Jahr bis 5 Jahre	7.480,0	8.150,0	0,0	0,0
Über 5 Jahre	4.020,0	3.700,0	0,0	0,0
Insgesamt	13.270,0	12.600,0	69,5	67,9

Kontrahentengliederung

in Mio. EUR	Nominalwert	
	2015	2014
Öffentliche Stellen in der OECD	0,0	0,0
Banken in der OECD	13.339,5	12.667,9
Sonstige Kontrahenten	0,0	0,0
Insgesamt	13.339,5	12.667,9

in Mio. EUR	Beizulegender Zeitwert ^{1,2}			
	positiv		negativ	
	2015	2014	2015	2014
Öffentliche Stellen in der OECD	0,0	0,0	0,0	0,0
Banken in der OECD	9,6	0,0	1.050,4	1.436,9
Sonstige Kontrahenten	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	9,6	0,0	1.050,4	1.436,9

¹ Ohne Zinsabgrenzung.

² Im Geschäftsjahr wurden bei der Ermittlung des Marktwerts erstmals Fair Value Adjustments berücksichtigt. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreswerte entsprechend angepasst.

Die zinsbezogenen Geschäfte wurden zur Sicherung von Zinsschwankungen abgeschlossen und dienen der Steuerung des globalen Zinsänderungsrisikos. Sie werden mit den gesicherten Geschäften zusammen betrachtet und nach dem Grundsatz der verlustfreien Bewertung bewertet. Eine Drohverlustrückstellung im Rahmen der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs war zum

31. Dezember 2015 nicht erforderlich, da auf Basis einer GuV-orientierten Betrachtung der zinsbezogenen Geschäfte ein positives barwertiges Ergebnis über den Gesamtbetrachtungszeitraum ermittelt wurde. Die währungsbezogenen Geschäfte dienen vollständig der Deckung von Wechselkursschwankungen.

Angaben gemäß § 28 Pfandbriefgesetz (PfandBG)¹

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG)

Öffentliche Pfandbriefe

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ³	8.283,8	7.495,4	9.205,7	8.536,0	8.123,2	7.535,1
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	4.705,9	4.768,4	5.215,3	5.394,4	4.625,2	4.913,7
Überdeckung	3.577,9	2.727,0	3.990,4	3.141,6	3.497,9	2.621,4
	76,03 %	57,19 %	76,51 %	58,24 %	75,63 %	53,35 %

Hypothekendarlehen

in Mio. EUR	Nennwert		Barwert		Risikobarwert ²	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag der Deckungsmassen ³	8.179,7	8.093,3	9.359,2	9.451,1	9.591,0	8.511,3
davon Derivate	–	–	–	–	–	–
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	5.077,4	4.143,4	5.703,2	4.865,5	6.130,0	4.052,2
Überdeckung	3.102,3	3.949,9	3.656,0	4.585,7	3.461,0	4.459,1
	61,10 %	95,33 %	64,10 %	94,25 %	56,46 %	110,04 %

¹ Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen auftreten.

² Statischer Ansatz (2015 –250 BP; 2014 +250 BP).

³ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen (§ 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG)

Restlaufzeiten/Zinsbindungsfristen

in Mio. EUR	Öffentliche Pfandbriefe		Deckungsmassen ¹	
	2015	2014	2015	2014
Bis 6 Monate	2,0	507,0	485,4	449,1
Über 6 Monate bis 12 Monate	260,0	500,0	391,1	492,1
Über 12 Monate bis 18 Monate	356,0	2,0	364,4	402,6
Über 18 Monate bis 2 Jahre	261,9	260,0	361,3	339,6
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	769,5	617,9	849,6	667,8
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	601,0	769,5	1.018,7	659,5
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	75,5	601,0	850,6	821,9
Über 5 Jahre bis 10 Jahre	1.721,5	957,0	2.603,5	2.455,1
Über 10 Jahre	658,5	554,0	1.359,2	1.207,8
Insgesamt	4.705,9	4.768,4	8.283,8	7.495,4

Restlaufzeiten/Zinsbindungsfristen

in Mio. EUR	Hypothekendarpfandbriefe		Deckungsmassen ¹	
	2015	2014	2015	2014
Bis 6 Monate	100,0	25,0	550,4	509,8
Über 6 Monate bis 12 Monate	100,0	14,0	383,9	399,1
Über 12 Monate bis 18 Monate	51,0	100,0	490,0	358,0
Über 18 Monate bis 2 Jahre	85,3	100,0	555,8	413,3
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	210,5	136,3	955,1	1.020,7
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	211,3	210,5	929,5	939,9
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	155,8	211,3	767,2	767,8
Über 5 Jahre bis 10 Jahre	2.828,5	2.199,3	2.908,7	3.122,0
Über 10 Jahre	1.335,0	1.147,0	639,2	562,6
Insgesamt	5.077,4	4.143,4	8.179,7	8.093,3

¹ Einschließlich weiterer Deckungswerte gemäß §§ 19 Abs. 1, 20 Abs. 2 PfandBG.

Zusammensetzung der weiteren Deckung (§ 28 Abs. 1 Nr. 4, 5, 6, 8 PfandBG)

Hypothekendarfandbriefe

in Mio. EUR	Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG		Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG ¹		Deckungswerte § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG		Summe	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Staat								
Deutschland	-	-	-	-	360,0	250,0	360,0	250,0
Summe	-	-	-	-	360,0	250,0	360,0	250,0
davon Grenzüberschreitung § 19 Abs. 1 PfandBG			-	-	-	-	-	-

Öffentliche Darfandbriefe

in Mio. EUR	Deckungswerte § 20 Abs. 2 Nr. 1 DarfandBG		Deckungswerte § 20 Abs. 2 Nr. 2 DarfandBG ¹		Summe	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Staat						
Niederlande	-	-	-	10,0	-	10,0
USA	-	-	-	10,0	-	10,0
Summe	-	-	-	20,0	-	20,0
davon Grenzüberschreitung § 20 Abs. 2 DarfandBG			-	-	-	-

¹ Forderungen i.S.d. Art. 129 Verord. (EU) Nr. 575/2013 sind jeweils nicht enthalten.

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2015	Deckungswerte 2014
Bis 10 Mio. EUR	2.936,7	2.959,2
Über 10 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	3.713,5	3.532,7
Über 100 Mio. EUR	1.633,6	983,5
Weitere Deckung	–	20,0
Insgesamt	8.283,8	7.495,4

Zur Deckung von Öffentlichen Pfandbriefen verwendete Forderungen nach Art des Schuldners bzw. der gewährleistenden Stelle und deren Sitz (§ 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2015	Deckungswerte 2014
Bundesrepublik Deutschland	8.283,8	7.475,4
Staat	58,2	55,1
regionale Gebietskörperschaften	975,1	983,6
örtliche Gebietskörperschaften	5.505,9	4.946,7
sonstige Schuldner	1.744,7	1.490,1
Weitere Deckung	–	20,0
Insgesamt	8.283,8	7.495,4

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Größenklassen (§ 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2015	Deckungswerte 2014
Bis 300.000 EUR	3.349,8	3.405,6
Über 300.000 EUR bis 1 Mio. EUR	689,8	709,7
Über 1 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.872,1	2.799,7
Über 10 Mio. EUR	908,0	928,3
Weitere Deckung	360,0	250,0
Insgesamt	8.179,7	8.093,3

Zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die Grundstückssicherheiten liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Abs. 2 Nr. 1 b, c PfandBG)

in Mio. EUR	Deckungswerte 2015	Deckungswerte 2014
Bundesrepublik Deutschland		
Wohnungen	988,0	1.012,8
Ein- und Zweifamilienhäuser	2.139,6	2.154,6
Mehrfamilienhäuser	4.303,4	4.236,4
unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten	5,7	–
Bauplätze	1,3	0,6
Wohnwirtschaftlich insgesamt	7.438,0	7.404,4
Bürogebäude	80,7	93,9
Handelsgebäude	41,1	50,2
Industriegebäude	2,9	3,1
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	257,0	291,7
Gewerblich insgesamt	381,7	438,9
Weitere Deckung	360,0	250,0
Insgesamt	8.179,7	8.093,3

Kennzahlen

	Kennzahlen	2015	2014
§ 28 Abs. 1 Nr. 7 PfandBG	Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen des § 13 Abs. 1 PfandBG überschreiten	0,0	0,0
	Anteil festverzinslicher Deckungsmasse	91,07 %	91,79 %
	Anteil festverzinslicher Umläufe	97,28 %	96,67 %
§ 28 Abs. 1 Nr. 9 PfandBG	Hypothekendarlehen	78,01 %	73,05 %
	Öffentliche Pfandbriefe		
§ 28 Abs. 1 Nr. 11 PfandBG	Volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Hypothekendarlehen in Jahren	7,9	7,2
§ 28 Abs. 2 Nr. 3 PfandBG	Durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf der nach § 14 PfandBG zur Deckung genutzten Hypotheken	52,74 %	46,78 %

Weitere Angaben

In den Deckungswerten der DKB bestanden für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen zum Stichtag keine rückständigen Leistungen (> 90 Tage) gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 3 Nr. 2 PfandBG.

Die Deckungswerte der DKB für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen enthalten ausschließlich auf Euro lautende Forderungen, sodass ein Währungsstress entfällt. Aus dem gleichen Grund wird auf eine Darstellung je Fremdwährung nach § 28 Abs. 1 Nr. 10 PfandBG verzichtet.

Die Deckungswerte der DKB enthalten für Öffentliche Pfandbriefe und Hypothekendarlehen keine Derivate (§ 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG).

Es befinden sich keine Forderungen in der Deckungsmasse, die 90 Tage oder länger rückständig sind. Es liegen keine anhängigen Zwangsversteigerungs- oder Zwangsverwaltungsverfahren vor. Rückständige Zinsen bestehen nicht. Im Geschäftsjahr wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen (§ 28 Abs. 2 Nr. 4 PfandBG).

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
Bauland GmbH Baulandbeschaffungs-, Erschließungs- und Wohnbaugesellschaft, München ^{1,2,3}	94,5	-10,1	0,0
Bau-Partner GmbH, Halle (Saale) ⁴	49,7	-0,2	-0,6
DKB Finance GmbH, Berlin ^{2,5}	100,0	11,6	0,0
DKB Grundbesitzvermittlung GmbH, Berlin ^{2,5}	100,0	0,1	0,0
DKB Immobilien Beteiligungs GmbH, Potsdam ¹	100,0	2,2	0,2
DKB PROGES GmbH, Berlin ^{5,7}	100,0	0,5	0,0
DKB Service GmbH, Potsdam ^{2,5}	100,0	7,1	0,0
DKB Wohnen GmbH, Berlin ^{1,2}	94,5	0,0	0,0
DKB Wohnungsbau und Stadtentwicklung GmbH, Berlin ^{1,2}	100,0	2,5	0,0
Film und Video Untertitelung Gerhard Lehmann AG, Potsdam ⁸	33,3	-2,0	-0,5
FMP Forderungsmanagement Potsdam GmbH, Potsdam ^{5,6}	100,0	4,7	1,2
GbR Olympisches Dorf, Potsdam ¹	99,7	0,2	0,2
GESO Gesellschaft für Sensorik, geotechnischen Umweltschutz und mathematische Modellierung mbH, Jena ⁹	43,1	-0,4	0,0
Hausbau Dresden GmbH, München ¹	94,5	0,0	0,0
Mediport Venture Fonds Zwei GmbH, Berlin ¹⁰	53,8	-0,9	-1,1
Melhoria Immobiliengesellschaft mbH, Potsdam ^{1,2}	100,0	0,3	0,2
MVC Unternehmensbeteiligungs GmbH, Berlin ⁵	100,0	2,2	-0,2
Neue Novel Ferm Verwaltungs GmbH, Berlin ¹¹	49,0	0,0	0,0
Novel Ferm Brennerei Dettmannsdorf GmbH & Co. KG, Berlin ¹¹	49,0	0,0	0,0

¹ Jahresabschluss 31.12.2014.

² Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag.

³ Ein tatsächliches Negativvermögen der Gesellschaft liegt nicht vor.

⁴ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2010.

⁵ Vorläufiger Jahresabschluss 31.12.2015.

⁶ Beherrschungsvertrag.

⁷ Ergebnisabführungsvertrag.

⁸ Jahresabschluss 31.12.2009.

⁹ Jahresabschluss 31.12.2012.

¹⁰ Aufgestellter Jahresabschluss 31.12.2009.

¹¹ Jahresabschluss 31.12.2013.

Name und Sitz der Beteiligungsunternehmen	Kapitalanteil in %	Eigenkapital in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
Oberhachinger Bauland GmbH Wohnbau- und Erschließungsgesellschaft, München ¹	86,0	-2,4	0,0
Potsdamer Immobiliengesellschaft mbh, Potsdam ¹	100,0	0,0	0,0
PROGES Drei GmbH, Berlin ¹	100,0	0,5	0,1
PROGES ENERGY GMBH, Berlin ¹	100,0	0,3	0,2
PROGES Sparingberg GmbH, Berlin ¹	100,0	0,6	0,0
PROGES VIER GmbH, Berlin ¹	100,0	0,2	0,0
PROGES ZWEI GmbH, Berlin ¹	100,0	1,0	-0,5
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin ¹	50,0	0,0	0,0
TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin ¹	47,0	-7,2	0,2

¹ Jahresabschluss 31.12.2014.

Publikumsfonds und Spezialfonds

Name und Sitz	Kapitalanteil in %	Fondsvermögen in Mio. EUR	Ergebnis in Mio. EUR
DKB Asien Fonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	84,1	22,3	0,0
DKB Europa Fonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	75,2	23,9	0,3
DKB Neue Bundesländer Fonds ANL, Luxemburg ^{1,2}	96,5	19,9	0,0
DKB Nordamerika Fonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	86,7	19,7	0,1
DKB Ökofonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	94,7	14,2	-0,1
DKB Pharma Fonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	76,5	39,8	-0,3
DKB Teletech Fonds AL, Luxemburg ^{1,2}	82,1	9,0	0,0
DKB Teletech Fonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	93,6	18,8	-0,2
DKB Zukunftsfonds TNL, Luxemburg ^{1,2}	77,2	21,5	-0,1

¹ Abschluss nach den für Luxemburg von der Commission de Surveillance du Secteur Financier angenommenen internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing).

² Jahresabschluss 31.03.2015.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Bei der DKB bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Dienstleistungsverträgen, die vor allem die Bereiche banknahe Dienstleistungen, IT-Betrieb, Facility-Management und Marketing betreffen.

Im Rahmen der Jahresbeitragerhebung für die Bankenabgabe 2015 hat die DKB 30 % des Jahresbeitrags (5,3 Mio. EUR; Vorjahr: 0,0 Mio. EUR) in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsansprüchen erbracht.

Sonstige Haftungsverhältnisse

Die DKB hat nach § 10 Abs. 5 der Satzung des Einlagen-sicherungsfonds des Bundesverbands Öffentlicher Banken Deutschlands, Berlin, die Verpflichtung übernommen, im Bedarfsfall bei Sicherungsfällen Nachschüsse zu leisten. Die Nachschusspflicht ist für jedes Mitglied begrenzt, und zwar für die gesamte Dauer des Fonds sowie für alle Sicherungs-fälle insgesamt für den auf ihn entfallenden Teil des in § 8 Abs. 1 der Satzung festgelegten Gesamtvolumens des Fonds, vermindert um alle von ihm bereits geleisteten Beiträge.

Die von der DKB für die Verbindlichkeiten der SKG abgege-bene Patronatserklärung ist aufgrund der Verschmelzung der SKG mit der DKB im Geschäftsjahr erloschen.

Organe der Deutschen Kreditbank AG

Vorstand

Stefan Unterlandstätter

Vorsitzender des Vorstands

Rolf Mähliß

Mitglied des Vorstands
(Finanzvorstand)

Dr. Patrick Wilden

Mitglied des Vorstands
(Risikovorstand)

Tilo Hacke

Mitglied des Vorstands
(Vertriebsvorstand)

Thomas Jebesen

Mitglied des Vorstands
(Vertriebsvorstand)

Aufsichtsrat

Dr. Johannes-Jörg Riegler (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Bernd Fröhlich

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Mainfranken Würzburg

Michael Huber

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Karlsruhe Ettlingen

Marcus Kramer

Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Walter Pache

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Günzburg-Krumbach
Unabhängiger Finanzexperte

Michael Schneider

Vorsitzender des Vorstands
der LfA Förderbank Bayern a. D.

Dr. Markus Wiegelmann

Mitglied des Vorstands
der Bayerischen Landesbank
Unabhängiger Finanzexperte

Dr. Edgar Zoller

Stellv. Vorsitzender des Vorstands
der Bayerischen Landesbank

Günther Troppmann

Ehrenmitglied

Arbeitnehmervertreter:

Bianca Häsen

(Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrats)

Angestellte
Deutsche Kreditbank AG

Michaela Bergholz

Gewerkschaftsvertreterin
Deutscher Bankangestellten-Verband

Christine Enz

Gewerkschaftsvertreterin
Deutscher Bankangestellten-Verband

Jörg Feyerabend

Angestellter
DKB Service GmbH

Jens Hübler

Leitender Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Frank Radtke

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Wolfhard Möller

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Gunter Wolf

Angestellter
Deutsche Kreditbank AG

Bezüge der Organe

in Mio. EUR	2015	2014
Mitglieder des Vorstands	2,6	2,8
kurzfristig fällige Leistungen	2,0	2,0
andere langfristig fällige Leistungen	0,6	0,8 ¹
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	–	–
Mitglieder des Aufsichtsrats	0,4	0,4
Frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene	0,8	0,4
Für frühere Mitglieder des Vorstands und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	13,3	12,2

¹ Davon 0,2 Mio. EUR für Vorjahre.

Die für die Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr berücksichtigte variable Vergütung von 0,7 Mio. EUR steht zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Gesamtbetrag der den Mitgliedern des Vorstands bzw. des Aufsichtsrats gewährten Vorschüsse und Kredite sowie der zu ihren Gunsten eingegangenen Haftungsverhältnisse

in Mio. EUR	2015	2014
Mitglieder des Vorstands	2,2	2,4
Mitglieder des Aufsichtsrats	0,9	1,0

Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften einschließlich Kreditinstituten

Stefan Unterlandstättner

Bayern Card-Services GmbH, München

Dr. Patrick Wilden

VÖB Service GmbH, Bonn

Stadtwerke Cottbus GmbH, Cottbus (bis 16.02.2015)

Die bei der SKG in den gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien ausgeübten Mandate sind durch die Verschmelzung im Geschäftsjahr erloschen.

Honorar für den Abschlussprüfer

in Mio. EUR (ohne Umsatzsteuer)	2015	2014
Abschlussprüfungsleistungen	1,5 ¹	1,4 ²
Andere Bestätigungsleistungen	0,3	0,4
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,1
Sonstige Leistungen	0,1	0,3
Insgesamt	1,9	2,2

¹ Davon 0,2 Mio. EUR für das Vorjahr.

² Davon 0,1 Mio. EUR für das Vorjahr.

Anzahl der Mitarbeiter

	2015	2014
Mitarbeiter (Kapazitäten) im Jahresdurchschnitt	1.494	1.359
davon Teilzeitkapazitäten	320	273
davon männlich	688	631
davon weiblich	806	728

Gesellschafter und Gewinnverwendung

Die DKB ist seit 1995 ein 100%iges Tochterunternehmen der BayernLB. Die BayernLB ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Ihre Eigentümer sind – indirekt über die BayernLB Holding AG – der Freistaat Bayern und der Sparkassenverband Bayern. Die Mitteilung der BayernLB gemäß § 20 Abs. 4 AktG ist an die DKB erfolgt.

Die DKB wird in den Konzernabschluss der BayernLB einbezogen. Der Konzernabschluss der BayernLB wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die BayernLB hat für die Verbindlichkeiten der DKB eine Patronatserklärung abgegeben. Abgesehen vom Fall des politischen Risikos trägt danach die BayernLB dafür Sorge, dass die DKB ihre vertraglichen Verpflichtungen erfüllen kann.


Mit der BayernLB besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Der an die BayernLB aufgrund des Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinn beträgt 162,3 Mio. EUR (Vorjahr: 204,5 Mio. EUR).

Berlin, 19. Februar 2016

Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstätter



Rolf Mähliß



Dr. Patrick Wilden



Tilo Hacke



Thomas Jebsen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, 19. Februar 2016

Deutsche Kreditbank AG
Der Vorstand



Stefan Unterlandstätter



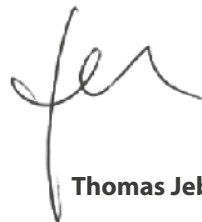
Rolf Mähliß



Dr. Patrick Wilden



Tilo Hacke



Thomas Jebsen

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutschen Kreditbank AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 19. Februar 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bergmann
Wirtschaftsprüfer

Protze
Wirtschaftsprüfer

Kontakt und Impressum

Ihre Verbindung zu uns

Deutsche Kreditbank AG
Taubenstraße 7–9
10117 Berlin
info@dkb.de
info@dkb.epost.de
Tel +49 30 120 300 00
www.dkb.de

Postanschrift

Deutsche Kreditbank AG
10919 Berlin

Die Deutsche Kreditbank AG ist ein Unternehmen
der BayernLB.

Ansprechpartner

Presse

Frauke Plaß
Bereichsleiterin Unternehmensentwicklung
Tel +49 30 120 30-3600
presse@dkb.de

Dana Wachholz
Pressesprecherin
Tel +49 30 120 30-3610
presse@dkb.de

Investor Relations

Thomas Pönisch
Bereichsleiter Treasury
Tel +49 30 120 30-2900
zentrale.treasury@dkb.de

Weitere Informationen

Weitere Informationen zu unserem Unternehmen finden Sie auf www.dkb.de.

Hinweis

Der Einzelabschluss der Deutschen Kreditbank AG enthält Aussagen zu zukünftigen Entwicklungen. Diese Aussagen spiegeln die gegenwärtigen Ansichten der Unternehmensführung wider und basieren auf entsprechenden Einschätzungen und Erwartungen. Somit sind sie nicht als Garantien dafür zu verstehen, dass diese Erwartungen auch eintreffen. Die verwendeten Quellenangaben wurden sorgfältig ausgewählt und stammen aus glaubwürdigen Quellen, ohne dass wir diese Angaben auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft haben.

Impressum

Herausgeber: Der Vorstand der Deutschen Kreditbank AG
Konzept und Gestaltung: Berichtsmanufaktur GmbH, Hamburg
Stand: März 2016

Deutsche Kreditbank AG

Taubenstraße 7–9
10117 Berlin

info@dkb.de
info@dkb.epost.de

www.dkb.de

Tel +49 30 120 300 00
Fax +49 30 120 300 01